

Context XXI

ISSN 1028-2319 • 50,- ATS • 7,- DEM

Nummer 3-4/2000

diE nOt	2
WAS ENTSTEHT Von kleinen und großen Brüdern Überwachung in der Informationsgesellschaft	4
VON CORNELIA MOSER	
WIDER WAS WER STEHT Der Mythos der Repression	8
VON JÜRGEN DEDINSZKY	
Adorno statt Protest	11
VON STEPHAN GRIGAT	
Alltagspraxis statt Adorno	15
VON TINA LEISCH	
Zivilgesellschaft – Bekenntnis, Blase, Begriff	16
VON ROLAND ATZMÜLLER	
Öffentlichkeit statt „Zivilgesellschaft“	24
VON ROBERT ZÖCHLING	
Widerstand im Spektakel	27
Die Situationistische Internationale VON DIETER SCHRAGE	
ATTAC – Gegen die neoliberale Globalisierung	31
VON ALEXANDER SCHÜRMMANN-EMANUELY	
WO WER STEHT Kritik der reinen Projektion	32
Über die deutsche Notwendigkeit, in Jugoslawien Krieg zu führen VON GERHARD SCHEIT	
Neues aus Nahost	36
VON THOMAS SCHMIDINGER	
Der Diskurs des Krieges	38
VON DORIS WALLNÖFER	
WIE STEHT'S? Kant und Hegel vor dem Sexshop	40
VON FRANZ SCHANDL	
Impressum	3

Jetzt brandneu auf CD!

14 Goldene Kuschel-Hits



Mit den unvergesslichen
Schlagermelodien von:

1. Mein Name ist ...
2. Einfach einfach
3. Echte Sau
4. Mir san mir
5. Azorella
6. Weiß von nix
7. Frau mir ehrlich
8. Brüsseler Spitze
9. Nur ein Wort
10. Nie gesagt
11. Cher Louis
12. Bella Benita
13. Nie gehört
14. Warum ich?

Mit den absoluten **★ Nie gesagt**
Ö Top-Hits: ★ Nie gehört
★ Weiß von nix

Liebe Leserin, lieber Leser!

Manchmal könnte alles ganz einfach sein. Man bräuchte sich nur an die Gesellschaftskritikerin Ulrike Meinhof zu erinnern und wüßte, daß Protest bedeutet, zu sagen, daß einem dieses und jenes nicht paßt, Widerstand jedoch meint, dafür Sorge zu tragen, daß das, was einem nicht paßt, auch nicht mehr stattfindet. Und schon wüßte man, womit wir es momentan in Österreich zu tun haben. Da sich aber heute kaum noch jemand für Meinhof interessiert, sind wir mit Bürgern und Bürgerinnen konfrontiert, die meinen, Teil einer Widerstandsbewegung zu sein, wenn sie mit Kochtöpfen durch die Straßen lärmten.

Diese Bewegung gibt es nun seit einigen Monaten. Trotzdem scheint niemand zu wissen, wie es im und nach dem Sommer damit weitergeht. Um die Reflexion über das bisher Geschehene ein wenig anzuregen, finden Sie in dem vorliegenden Doppelheft einen klei-

nen Schwerpunkt zu Protest und Widerstand, bei dem es uns wichtig war, die damit im Zusammenhang stehenden Probleme nicht ausschließlich anhand der aktuellen Aktivitäten in Österreich gegen die schwarzblau-braune Koalition zu thematisieren. So finden sie in dem Heft auch einen einführenden Beitrag über VertreterInnen einer der ambitioniertesten Richtungen emanzipativer Gesellschaftskritik: die Situationisten. Von ihnen stammen auch die Abbildungen im Schwerpunkt. Wir haben sie dem Ausstellungskatalog „Situationistische Internationale 1957 – 1972“ und der Textsammlung „Der Beginn einer Epoche“ (Edition Nautilus) entnommen.

In Anknüpfung an den Artikel über „Globalisierten Konkurrenzkapitalismus“ im letzten Heft schildert Alexander Schürmann-Emanuel Ansätze zum Protest gegen neoliberale Umstrukturierungen und zur Zügelung des

Kapitalismus. Die Debatte darüber möchten wir im nächsten Heft von **Context XXI** vor dem Hintergrund der bevorstehenden IWF- und Weltbanktagung in Prag mit weiteren Beiträgen zur Internationalisierung des Kapitalverhältnisses fortsetzen.

Eine Debatte, die schon länger in unserer Zeitschrift geführt wird, ist jene über die Gründe für den Jugoslawienkrieg. Nachdem Uli Krug in Heft 4-5/99 auf Hannes Hofbauers Ausführungen in Heft 3/99 geantwortet hatte, greift nun Gerhard Scheit Krugs Gedanken auf und weist auf die Besonderheiten deutscher Projektionsleistungen im Krieg gegen Jugoslawien hin.

Um derartigen Diskussionen auch weiterhin ein Forum bieten zu können, sind wir um die Weiterentwicklung des Projektes **Context XXI** bemüht. Im Rahmen unserer Bemühungen um eine verstärkte Vernetzung und Zusammenarbeit mit gesellschaftskritischen Initiativen

hat sich unsere Redaktion erweitert. Zum einen freuen wir uns, Robert Kogler als neuen Redakteur vorstellen zu dürfen. Zum anderen wird die „Ökologische Linke“ ihre Zeitschrift *radix* einstellen und arbeitet nun in Gestalt von Marianne Kreutzer und Thomas Schmidinger, der unseren LeserInnen bereits als Autor bekannt ist, bei **Context XXI** mit. Einige Texte aus der alten *radix* werden demnächst in unserem inzwischen umgestalteten und erweiterten Internet-Medium (Sehen sie sich das an!: URL siehe Impressum), abrufbar sein.

Eine andere Neuerung betrifft die Funktion des koordinierenden Redakteurs. Ab Juli werden die mit dieser Funktion verbundenen Aufgaben von einem oder einer anderen RedakteurIn erledigt werden, da ich anderen Verpflichtungen nachzukommen habe, und mich daher auf diesem Wege von ihnen, liebe Leserin und lieber Leser, als koordinierender Redakteur verabschiede.

STEPHAN GRIGAT,
JUNI 2000

Context XXI

Schottengasse 3A/1/59, A-1010 Wien
Telefon ++43-1-535 11 06, Telefax: ++43-1-532 74 16
E-mail: contextXXI@mediaweb.at

Medieninhaber: Bureau N° 2 – Agentur für Kommunikation und Information **Herausgeberin:** Arbeitsgemeinschaft für Wehrdienstverweigerung, Gewaltfreiheit und Flüchtlingsbetreuung **Redaktion:** diE nOt, Manfred Gmeiner, Stephan Grigat (koordinierender Redakteur), Elfriede Hufnagl, Markus Kemmerling, Robert Kogler, Marianne Kreutzer, Markus Pinter, Thomas Schmidinger, Alexander Schürmann-Emanuel (Hereingeber der Internet-Ausgabe) und Robert Zöchling (geschäftsführender Redakteur)

AutorInnen dieser Ausgabe: Roland Atzmüller, Jürgen Dedinszky, Tina Leisch, Cornelia Moser, Franz Schandl, Gerhard Scheit, Dieter Schrage, Doris Wallnöfer **Titelgraphik:** diE nOt **Layout:** Kemmerling Zöchling & Partner Medien- und Informationsdienste KEG, Schottengasse 3a/1/4/59, 1010 Wien, Telefon 533 14 27-0, Telefax 532 74 16 **Hersteller:** Resch & Vana, Rosinagasse 19, 1150 Wien, Telefon 89 32 358, Telefax 89 32 358-4 **Abo:** 250,- ATS/Jahr; Förderabo: 700,- ATS/Jahr; Ausland: 350,- ATS/Jahr, Übersee: 450,- ATS/Jahr bitte für die Empfängerin *spesenfrei* überweisen oder bar zusenden. Bitte *keine Vorauszahlungen* – Rechnung abwarten **Mitgliedschaft ARGE WDV:** 500,- ATS/Jahr; ermäßigt: 350,- ATS (inkl. Abo **Context XXI**) **Konto:** 0521-07281/00 bei Creditanstalt-Bankverein (BLZ 11.000) **Context XXI** ist Mitglied der **VAZ** – Vereinigung alternativer Zeitungen und Zeitschriften.

<http://contextXXI.mediaweb.at> • Die nächste gedruckte Ausgabe erscheint am 4. September

Von kleinen und großen Brüdern

Überwachung in der Informationsgesellschaft

Die polizeistaatliche Kontrolle der BürgerInnen wird sowohl in Österreich als auch in der restlichen EU immer mehr verschärft.

VON CORNELIA MOSER*

Neue Informations- und Kommunikationstechnologien werden zumeist als Mittel zur Schaffung einer grenzenlosen Wissensgesellschaft propagiert. Sie sind jedoch nicht nur dazu geeignet, abstrakte Sachverhalte zu erfassen und für die Allgemeinheit bereitzustellen oder als kommunikative Vernetzungsformen die Plattform für potentiell freie und gleiche Diskurse zu liefern. Die technischen Grundlagen der modernen Informationsgesellschaft bieten darüber hinaus die Möglichkeit, in den unterschiedlichsten Zusammenhängen personenbezogene Informationen zu erfassen, zu speichern, weiterzugeben und zu verwerten.

Schauplatz 1: Monaco ist eine sichere Stadt.

Schon in der Anfahrt erfassen Überwachungskameras den Ankommenden, der über die elektronischen Augen an allen wichtigen Punkten der Stadt jederzeit im Bild bleibt. Gesteuert wird dieses ausgefeilte System über die zentrale polizeiliche Leitstelle, die über die schwenkbaren Kameras potentielle Rechtsbrecher – wie zum Beispiel Fahrradfahrer in der Fußgängerzone – entdecken und ein Sicherheitsorgan zur Maßregelung des Missetäters entsenden kann. Dunkelheit ist kein Problem für die Infrarotkameras zur Küstenüberwachung, und auch un-

gewöhnliche nächtliche Geräusche können mittels eines Abhör- und Geräusch-analysesystems jederzeit ausgemacht werden.

Schauplatz 2: Das Unternehmen macht ausgezeichnete Gewinne.

Maximale Kontrolle über die Effizienz und Produktivität der MitarbeiterInnen erreichen Tourismusunternehmen in den USA durch den Einsatz des Computers als Aufseher über die telefonische Kundenberatung. Mittels Steuersignal in den Sprechgarnituren der Angestellten wird jede Sekunde kontrolliert, ob gesprochen wird oder nicht. Die computergenerierten Auswertungsprotokolle der Zahl und Länge der Verkaufsgespräche sowie der Verkaufserfolge werden täglich oder wöchentlich kontrolliert und verglichen.

Schauplatz 3: Ich habe mein Kind immer im Auge.

Ebenfalls in den USA boomt der Verkauf von „Nannycams“, die die elektronische Überwachung des Kinderzimmers samt Kind und Kindermädchen ermöglichen. Mittels Koppelung an einen PC kann auch über einen weit entfernten Arbeitsplatz die häusliche Sphäre im Blickfeld bleiben.

Alle drei Beispiele haben als gemeinsamen Nenner die Nutzung moderner Kommunikationstechnologien und verweisen auf das, was späte-

stens seit George Orwells literarischer Negativ-Utopie „1984“ in liberalen westlichen Demokratien als abschreckende Zukunftsvision der totalen Überwachungsgesellschaft gesehen wird. Wenn auch der „Große Bruder“ in nächster Zeit nicht über die Hintertüre der neuen schönen Informationsgesellschaft Einzug halten wird, so zeigt doch der Blick auf die Einsatzmöglichkeiten neuer Technologien das Wesen und Wirken der vielen „kleinen Brüder“, die hier am Werk sind. In jedem der Fälle werden technische Hilfsmittel eingesetzt, um ehemals unzugängliche – private – Informationen zu erheben, Schlußfolgerungen zu ziehen und einseitig Handlungsoptionen zu entwickeln.

Die Entwicklung der unterschiedlichsten Überwachungstechnologien ist vor allem auf die Forschungstätigkeiten für den militärischen Einsatz und für die Erfordernisse der Spionageabwehr zurückzuführen, die nach dem 2. Weltkrieg weiter vorangetrieben wurde. Die Technologien zur Erfassung, Speicherung und Verarbeitung von personenbezogenen Informationen sind seither laufend weiterentwickelt worden und finden sich seit den achtziger Jahren verstärkt auch in zivilen Bereichen. Viele der Einsatzformen von Überwachungstechnologien

*) Cornelia Moser ist Politikwissenschaftlerin in Wien und hat ihre Diplomarbeit zum Thema „Privates in Öffentlicher Hand. Elektronische Überwachung vor dem Hintergrund von Lauschangriff und Rasterfahndung“ geschrieben.

zielten und zielen nicht explizit auf die Erfassung intimer Daten ab. Die Verwendung erfolgt dezentral und ist keineswegs flächendeckend. In den neunziger Jahren hat jedoch die Entwicklung der Technologien des Erfassens, Sammelns, Speicherns und Verwertens von personenbezogenen Informationen eine neue Dynamik entwickelt, die vermehrt in Hinblick auf ihre sozialen und politischen Konsequenzen diskutiert werden muß. Die qualitativen Verschiebungen durch Überwachungstechnologien ergeben sich vor allem durch die Verschränkung der direkten Informationserfassung mit gleichzeitiger Verarbeitung und Weitergabe der Informationen, die erst durch die Möglichkeiten der Konvertierung unterschiedlicher Datenformen – Bild, Ton und Text – sowie durch die Vernetzung dezentraler Quellen verwirklicht werden. So erfassen Stroboskopkameras auch in großen Menschenmassen einzelne Personen und liefern innerhalb von Sekunden hunderte Einzelbilder. Neben der reinen Einzelbilderfassung kann das Personenbild über CCTV (Closed Circuit Television)-Technologie mit anderen Bild-Datenbanken abgeglichen werden. Eindeutige Identifizierungssysteme wie Iriscans oder DNA-Proben werden verstärkt zur zweifelsfreien Personenfeststellung herangezogen und immer mehr personenbezogene Informationen aus unterschiedlichsten Bereichen werden über große Informationsverbundsysteme gespeichert und abfragbar. Damit zeichnen sich neue Formen der sozialen Kontrolle ab, die zunehmend intensiver und extensiver wirken, und die von

den jeweils Betroffenen immer weniger bemerkt oder kontrolliert werden können. Inwieweit elektronische Überwachung den Anspruch erfüllt, „im Dienste des Menschen“ zu stehen, bleibt eine Frage des Zusammenhangs. Handelt es sich um Einsatzgebiete mit unterschiedlichen Interessen und eingeschränkten Handlungsspielräumen auf Seiten der Überwachten, dann erweist sich Überwachung als eine Verstärkung des Machtungleichgewichts zugunsten desjenigen, von dem elektronische Überwachung ausgeht.

Im modernen Panopticum

Aus theoretischer Sicht wird in Anlehnung an Michel Foucaults „Überwachen und Strafen“ unter dem Stichwort des *panoptischen Blickes* vermehrt die normierende Wirkung elektronischer Überwachung diskutiert. Foucaults Beschreibung von Machtgefügen anhand des Panopticum beinhaltet zwei zentrale Aspekte von Überwachung: Zum einen den direkten personenbezogenen – asymmetrischen – Informationsfluß, wobei der Betroffene gesehen wird „... ohne selbst zu sehen, er ist Objekt einer Information, niemals Subjekt einer Kommunikation“ (Foucault 1995: 257); zum anderen die Sammlung von Informationen, die es in der Summe erst ermöglichen, Kategorien zu bilden, daraus Abweichungen zu erkennen und entsprechend zu sanktionieren. Die Qualität des Panopticum zur Analyse moderner elektronischer Überwachung besticht vor allem in Hinblick auf den Einsatz von Kamerasystemen im öffentlichen und privaten Bereich, in der der kontrollierende Blick der Linse Regelverstöße seltener

werden läßt und dadurch tatsächlich „*normend, normierend, normalisierend*“ (Foucault 1995: 236) wirkt.

Vielfach wird davon ausgegangen, daß das Schreckensszenario des „Großen Bruders“ ausgedient hat, und daß das Bedrohungspotential für individuelle Privatsphären nicht durch staatliche Überwachungsaktivitäten entsteht, sondern sich vielmehr aus den vielen dezentralen Kontroll- und Überwachungsformen privater Unternehmen ergibt. Das ist richtig, allerdings sollten die staatlichen Aktivitäten in diesem Bereich nicht unterschätzt werden. Die Zuwächse an Sammlungen personenbezogener Daten rühren in erster Linie von den Aktivitäten der Privatwirtschaft her, aber auch der Staat nutzt neue Formen der Informationserfassung und verfeinert die vorhandenen Instrumentarien, die im Zuge verwaltungsstaatlicher und polizeilicher Aufgaben Verwendung finden.

Die Erhebung von personenbezogenen Informationen – seien es Bilder, Bewegungen im öffentlichen Raum, Gespräche mit dritten oder Informationen über Konsum- und Sozialverhalten – schafft Wissen über Bevölkerungskreise und einzelne Personen. Sie ermöglicht Kontrolle und etwaige Sanktionierung regelwidrigen Verhaltens einzelner Personen. Parallel zum Kontrollzuwachs auf Seiten der Überwacher verstärkt sich der Kontrollverlust auf Seiten der Überwachten, deren Bestimmungsgewalt darüber, mit wem sie wann, wie, wo und zu welchen Bedingungen Informationen über sich selbst mit Dritten teilen, sinkt. Der selbstgewählten Entgrenzung des Privaten

steht die fremdbestimmte Entgrenzung mittels Überwachungstechnologien gegenüber, und nicht ohne Grund wird die Kehrseite der Informationsgesellschaft auch als „das Ende der Privatheit“ (Whitacker 1999) thematisiert, in der „der Mensch unter ständigem Verdacht“ (Leuthardt 1996) steht und sich „im Visier der Datenjäger“ (Reischl 1998) wiederfindet.

Das Recht auf Privatheit

Der Anspruch auf die Unverletzbarkeit der Person und eine ihr zuzurechnende individuelle Sphäre wurde zunächst als ein Abwehrrecht gegenüber Dritten – „the right to be let alone“ – formuliert, um später als Selbstbestimmungsrecht fixiert zu werden. Selbstbestimmung versteht sich dabei vor allem als Kontrollrecht, durch welches die Entscheidungshoheit über Grenzüberschreitungen ins Private dem/der Einzelnen überlassen wird. Als Gegenpart zur öffentlich-staatlichen Gewalt muß es daher in liberalen Demokratien private Räume geben, die als individuelle Ansprüche festgelegt werden und dem Prinzip der – wie immer gearteten – Ausgewogenheit zwischen kollektiven und individuellen Interessen folgen. Ihre Legitimation zieht diese Fassung von individueller Privatsphäre aus der Betonung des demokratischen Wertes von Privatheit. Selbstbestimmung über die eigene Privatsphäre und über angestrebte Kommunikationsprozesse wird dadurch zur Voraussetzung für soziales und politisches Handeln und damit zur Basis für alle Bürgerrechte schlechthin.

Die Ausdehnung der jeweiligen Privatsphäre orien-



tiert sich aber auch am jeweiligen Umfeld und nicht zuletzt an kollektiven Interessen, vor denen das Ausmaß an Privatheit im Zweifelsfall neu abgesteckt wird. In der rechtlichen Fassung als Anspruch auf Achtung des Privat- und Familienlebens wird dieser Vorbehalt bereits formuliert. Privatheit steht dabei im Spannungsfeld zu allgemeinen Werten der Sicherheit, Gesundheit, Moral und auch zu den Anrechten anderer Einzelpersonen auf Freiheit und Sicherheit.

Das Grundrecht auf Privatsphäre wurde in den siebziger Jahren in den meisten Ländern um die Datenschutzgesetzgebung erweitert, die staatlichen Eingriffen auf personenbezogene Daten Schranken setzen sollte. Darin wurde auch der Anspruch auf Geheimhaltung persönlicher Daten formuliert, den moderne Verfechter von Privatheit als Recht auf informationelle Selbstbestimmung für BürgerInnen und KonsumentInnen verankert sehen möchten. Dieser geforderte Paradigmenwechsel zeichnet sich angesichts der laufenden Entwicklungen nicht ab. Im Gegenteil: Elektronische Überwachung gibt staatlichen Stellen die Möglichkeit, eine größere Menge privater

– personenbezogener – Informationen besser zu sammeln, zu speichern und zu verknüpfen. Überwachung durch den Staat bedeutet zwar nicht eine absolute Veröffentlichung privater Informationen im Sinne allgemeiner Zugänglichkeit, denn dies wird durch das Geheimhaltungsgebot grundsätzlich verhindert. Überwachung in der Beziehung Staat – Privat führt vielmehr zu neuen „intimen“, quasi privaten Beziehungen, die sich durch asymmetrische Transparenz auszeichnen, wobei die überwachende Stelle über die Macht oder die Ermächtigung sowie die Mittel verfügt, Informationen zu generieren.

Überwachen und Strafen in Österreich ...

In Österreich ist diese Entwicklung seit einigen Jahren zu beobachten, wobei der tatsächliche flächendeckende Einsatz angesichts der vorhandenen Ressourcen zwar derzeit wenig wahrscheinlich scheint, die legislatischen Voraussetzungen jedoch geschaffen und laufend weiter ausgebaut werden. Bereits vor der Einführung der besonderen Ermittlungsverfahren „Lauschangriff“ und „Rasterfahndung“ 1997 waren eine Vielzahl von Einsatzmöglichkeiten technischer Überwachungsverfahren durch entsprechende rechtliche Regelungen gedeckt. Telefonüberwachungen sind seit Jahren gang und gäbe und auf der Basis der entsprechenden gesetzlichen Bestimmungen nach richterlicher Genehmigung möglich und auch die Strafprozeßordnung bot bereits vor 1997 eine Reihe von Instrumenten, um in der Strafverfolgung technische Hilfsmittel einzusetzen. Mit dem

Sicherheitspolizeigesetz 1991 wurden erstmals auch für den präventiven sicherheitspolizeilichen (inklusive staatspolizeilichen) Einsatz Regelungen für die Inanspruchnahme akustischer und optischer Geräte und den Umgang mit personenbezogenen Daten getroffen. Ausgenommen waren bis dahin nur der große Lausch- und Spähangriff als akustische oder optische Überwachung von privaten Räumen und die negative automationsgestützte Rasterfahndung, bei der nicht nach bestimmten bekannten Personen gesucht wird, sondern nach dem Prinzip der Wahrscheinlichkeit Personen- und Gruppen nach bestimmten Kriterien vom Tatverdacht ausgeschlossen werden. Im Rahmen der Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung wurde überdies die optische Überwachung des öffentlichen Raums durch Kameras geregelt, die immer dann auf einer rechtlichen Basis steht, wenn mit Menschenansammlungen und möglichen daraus resultierenden Gefahren zu rechnen ist. Dabei kann seither sowohl auf reine Übertragungs- als auch auf Aufzeichnungsgeräte zurückgegriffen werden.

Die befristete Einführung von „Lauschangriff“ und „Rasterfahndung“ 1997 stellt die bislang letzte große Maßnahme im Bereich der polizeilichen Befugnisweiterung unter Nutzung technischer Hilfsmittel dar. Beide Überwachungsformen sind sowohl in Hinblick auf die Eingriffsmöglichkeiten polizeilicher Gewalt in die Intimsphäre als auch auf die Verwischung strafrechtlich relevanter Tatbestände und konkreter Verdachtsmomen-

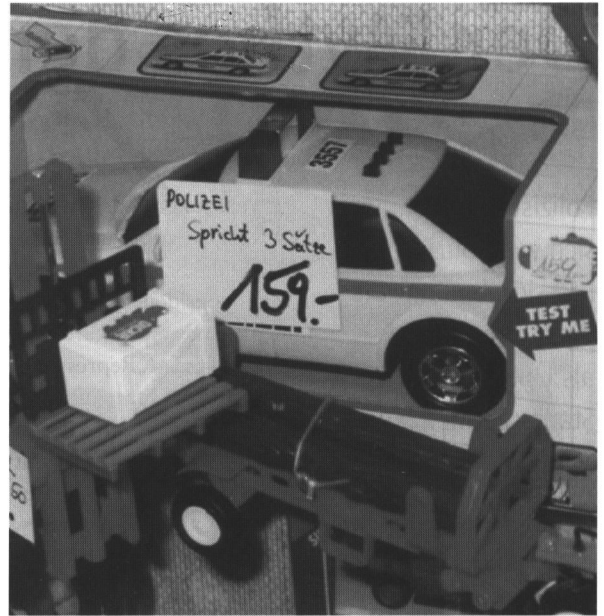
te umstrittene Methoden. Als Entscheidung zwischen kollektiver Sicherheit und individueller Freiheit formuliert, konnte sich jedoch die Argumentation der BefürworterInnen, die die besondere Gefährlichkeit „Organisierte Kriminalität“ für den Staat und seine BürgerInnen hervorhoben, durchsetzen. Den Bedenken der GegnerInnen wurde durch bestimmte Auflagen und die Einführung einer übergeordneten Kontrolle Rechnung getragen, die diesen Methoden, private Räume mittels Kameras und/oder Mikrofone zu überwachen sowie staatliche und private Datenbanken nach mutmaßlichen Straftätern im Bereich der „Organisierten Kriminalität“ zu durchsuchen, Grenzen setzen. Es ist davon auszugehen, daß beide Instrumente in das Dauerrecht übernommen werden, obwohl die Frage, inwieweit die Aktivitäten krimineller Organisationen in Österreich tatsächlich jene oft konstatierte letale Bedrohung für den Rechtsstaat darstellen, keineswegs eindeutig mit Ja beantwortet werden kann.

... und in der EU

Die stärksten Impulse in Richtung des Ausbaus polizeilicher Überwachungsinstrumentarien gehen heute jedoch nicht mehr nur von einzelnen nationalen „law & order“-Regierungen aus. Im Zuge des europäischen Integrationsprozesses erweisen sich die Hüter der Inneren Sicherheit als besonders zielstrebig. Im Rahmen des dritten Pfeilers der EU, der Sicherheitsunion, werden nicht nur grenzüberschreitende Abhöraktionen ohne nationale Kontrollmöglichkeiten – derzeit noch heftig umstritten – angestrebt, sondern

es zeichnet sich auch ein weiterer Ausbau der EU-weiten Informationssysteme ab. Das kriminalpolizeiliche Schengener Informationssystem (SIS) oder auch The European Computer System (TECS) von Europol entwickeln sich zu mächtigen Datensammlungen, deren Aufnahmekriterien und Inhalte weitgehend unkontrolliert bleiben. Einen weiteren Schritt hin in Richtung der Nutzung elektronischer Überwachungsverfahren wird die Verabschiedung der Eurodac-Konvention darstellen, wonach EU-weit die Fingerabdrücke von Asylsuchenden registriert werden, womit schnell und relativ treffsicher der Status von Personen ermittelt und „unerwünschte“ Menschen „beamtshandelt“ werden können. Den gut vernetzten Innenministerien Europas stehen dabei in ihren Bestrebungen keine vergleichbaren Kräfte gegenüber, die die Rechte auf Privatsphäre ähnlich vehement fordern würden wie es bei den Anwälten der informationellen Aufrüstung im Rahmen der Polizeiapparate zu beobachten ist.

Die Technik macht's möglich: Im Visier polizeilicher Ermittlungen sind im Zeitalter elektronischer Überwachung weitaus mehr Menschen. Zum einen alle Personen „ohne Ansehen der Person“ im Falle der kategorialen Ermittlungen („Verdächtig sind alle männlichen Porschefahrer, die ihre Duftbäume über ein Versandhaus beziehen ...“), zum anderen alle, die heimlicher, direkter Überwachung ausgesetzt sind: Tatverdächtige, ihre Familien, Freunde und Bekannten. Das Prinzip, wonach ein Vergehen und konkrete Verdachtsmomente vorliegen



„Test Try Me“

müssen, damit eine polizeiliche Ermittlung beginnen kann, löst sich mit der Intensivierung präventiver Beobachtungsmaßnahmen zunehmend auf. Betroffen davon sind grundsätzlich alle, die „anders“ und damit unvermeidbar „verdächtig“ sind. Die technologische Entwicklung und ihre legistische Instrumentalisierung etablieren damit in ihrer Intensität und Extensität qualitativ neue Dimensionen, Normenbefolgung zu überwachen. Unweigerlich wird es damit schwieriger, sich den Staat vom Leibe zu halten.

Der politische Wille geht nicht erst seit der blauschwarzen Regierungsbildung in Richtung Ausbau präventiv orientierter polizeilicher Befugnisse. Technische Hilfsmittel durften dabei bisher nicht fehlen und werden auch in Zukunft eingefordert werden. Der Mangel an qualifiziertem Personal und geringe finanzielle Mittel bleiben die neuen (alten) Grenzen, die die Eingriffsmöglichkeiten öffentlich-staatlicher Gewalt in private Sphären mildern. Ein schwacher Trost.

Literatur:

- Foucault, Michel (1995): *Überwachen und Strafen: Die Geburt des Gefängnisses*. Frankfurt/Main
- Leuthardt, Beat (1996): *Leben Online. Von der Chipkarte bis zum Europol-Netz: Der Mensch unter ständigem Verdacht*. Hamburg
- Reischl, Gerald (1998): *Im Visier der Datenjäger*. Wien
- Whitacker, Reg (1999): *Das Ende der Privatheit*. München

Aktuelle Informtionen:

- www.ad.or.at
www.telepolis.de
www.quintessenz.at

Der Mythos der Repression

Polizisten benehmen sich wie Polizisten. Repression bedeutet jedoch etwas anderes als Übergriffe von Staatsorganen.

VON JÜRGEN DEDINSZKY*

Repression", das ist Kultur, Identität und Show. Nicht des Staates, nein, einer sich oppositionell wählenden Strömung ubiquitärer Jugendlichkeit. „Repression“, das ist der Götze eines Kultes des Andersseins, der im Immer-Gleichen verweilt. „Repression“ ist die Repressalie auf infantile Juxerei.

Sie ist Event und Autosuggestion. „Repression“ ist nicht *wirklich* böse, tut nicht wirklich weh. Es bedarf schon einer ordentlichen Portion Blödsinn und Wagemut, um in *wirkliche* Schwierigkeiten zu kommen. Aber Schwierigkeit und Gewichtigkeit sind nicht Ziele dieser Übung.

Seitdem in den sechziger Jahren eine Koalition aus vergnügungs- und sexualitätsmanischen Hippies mit moralinsauren Stalinisten die längst geräumten Barrikaden der bürgerlichen Sittlichkeit erstürmten, sind es in Wahrheit die Konzerne der Musik- und Modeindustrie, die den Ton angeben, wenn es darum geht, neue Revolutionen durchzuführen, das Establishment zu verunsichern und die Eltern zu verärgern. Es ist schon ziemlich blöd, wenn schwarze Kids aus den Vororten der amerikanischen Großstädte zu Gangsta-Rap ihre absolut beschissene Zukunft beschwören. Und wahrlich fernab von gut und böse ist es, wenn sich Hietzinger Jugendliche derart gebärden.

Die Offensichtlichkeit der Lüge, wenn *Ö3* und *Krone* unisono ein neues Zeitalter einläuten und Revolutionen ansagen, führt lediglich zur

falschen Kritik der falschen Kritik – schön, wenn dies Gymnasiasten zu entdecken meinen. Noch schöner, wenn dies wem von den in der Stumpfheit von Arbeit oder Haushalt jahrzehntelang Gefangenen auffällt. Ganz unschön hingegen ist der Reflex krypto-revolutionärer Wadlbeißer, die die *Lüge für Wahrheit* halten und dergestalt erst für die post-mortale *Legitimation* der Journaille herhalten. Denn sie verkennen: *Alles* ist Unterhaltung und hat nun wahrlich nichts mit „Information“ zu tun. Das wissen die Macher und ihre überzeugten Leser.

„Repression“ ist eine synkretistische Verballhornung aus den Versatzstücken ehemaliger politischer Initiativen – mit einem würzigen Schuß Miß- und Unverständnis – und dem uneingestandenem Versuch, dem rasenden Puls der Warenmetamorphose einen Schritt voraus zu sein.

„Repression“ ist ein Tauschwert scene-orientierter Werte-Skalen. Ein bunter Ordner, der die stolzerfüllte Brust interimistisch verloren gegangener Kinder schmückt. „Repression“ ist ein Mirakel der Physiker. Dem Perpetuum mobile gleich benötigt sie keinen Einsatz von Energie oder Anstrengung – weder der aktiven noch der passiven Beteiligten. Die Litanei der „Repression“ ist masochistisch. Sie bettelt nach dem Knüppel, den sie nie kriegt.

Es war *lustig*, über all die Jahre hinweg sich darüber zu mokieren, daß die staatliche Gewalt ein steter Wegbeglei-

ter des alltäglichen Nichtstuns war. „Repression“, das war der Kitt eines nichtsnutzigen Sammelsuriums von Leuten, die sich dem Nutzen durch Konsumtion verwegener Waren entziehen wollten. Und wenn auch nichts *geschah*, so übte man doch „Solidarität“. Und je weiter die Opfer weg waren, desto besser. Denn was konnte man da schon wirklich tun?

Und dort, wo man wirklich was tun könnte, nämlich hier, kann man es natürlich nicht, wegen der „Repression“. Das paranoide Gelaber der marxistisch-leninistischen, autonomen, trotzkistischen und sonstwelchen Gruppen hat dazu geführt, daß über ein Jahrzehnt lang *keine* breite Propaganda passiert ist. Das hat, noch viel schlimmer, zu einem Stillstand der praktischen Solidarität geführt.

Es war der auto-erotische Saft der Selbstbeweihräucherung, der verhindert hat, daß eine Kontinuität hätte hergestellt werden können zwischen den „Sozial“-Bewegungen der achtziger Jahre und den anstehenden Aufgaben. Aber nachdem die klammheimliche Gewißheit, irgendwann doch einmal von der „Roten Armee“ errettet zu werden, in der globalisierten Warengier zerborsten ist, war die Alternative, selbst das Geschick in die Hand zu nehmen, eine Zumutung.

Und war es nicht immer ein sozialdemokratischer Innenminister, der *uns* verfolgt hat? Also, Kurzdenker, wer ist der Feind? Haider? Ach! Der Schlögl macht's!

*) Jürgen Dedinszky arbeitet als Behindertenbetreuer und ist Mitglied im *Revolutionsbräuhaus* in Wien.

Weil „gequält“, bleibt man der „Alltags“-Politik fern. Warum sollte man auch nicht? Da gibt es die Zirkel universitärer Geschäftigkeit, die Vergnüglichkeit subkultureller Pseudo-Ausschweifungen und die Gewißheit, in Österreich zu leben, wo nie was passiert.

Baff und Peng

3. Oktober 1999. 27% für die FPÖ. Ein Zaudern, ein Sträuben, weil nicht sein kann, was ist. Es waren doch immer die Sozialdemokraten die Bösen, wir die Guten! So bleibt es. All die Jahre „Kampf“-Erfahrung sagen uns, daß das nicht sein kann, denn laut Dimitroff waren es schon immer die Sozialisten. Zynismus! „Kampf dem Zionismus“, Feste, Ignoranz am 9. November, es ist ja alles, wie es ist. Was man nicht sieht, ist nicht. Faschismus ist ein Problem der Historie; sicherlich schlimm.

Und wirklich passiert, was niemals hätte passieren sollen: Die Scheiß-Sozialdemokraten fallen aus der Regierung. Und jetzt eine Mitte-Rechts-RechtsRechte Regierung. Was sagt uns da der „Faschismustheoretiker“? Nicht so schlimm. Wo doch die „G'nack-Watsch'n“ für einen grün-haarigen Buam von einem b'soffenen Kibera schon immer die Ausgeburt des Faschismus, weil Repression, war.

Jetzt geht es *wirklich* um etwas. Jetzt kommt das, was die „Repressions“-Fanatiker immer für sich in Anspruch genommen haben. Es straft vorherige Hysterie der Lächerlichkeit. Es ist eine Partei in der Regierung, die noch niemals zimperlich war. Die „Dritte Republik“ ist sicherlich keine Anlehnung an das „Dritte Reich“? Das Su-

perBundespräsidentenKanzlerInnenundHeeresministerium kommt sicherlich nur aus Sparsamkeit, die Strafandrohung für Staats-, ergo Regierungskritiker nur aus überschäumender Sorge um den Fremdenverkehr! Und die Appellation an die nationalen Gefühle, über alle Grenzen hinweg, vom Hojac über den Prinzhorn zum Westenthaler und dem kleinen Woifi, dienen sicherlich nur der Pflege „unserer“ Ehre.

Das kommt davon, wenn man jahrelang aus Gruppenrason, Nachäfferei und purer Blödheit Worte benutzt, die im gesellschaftlichen Zusammenhang keinen Sinn ergeben. Dann haben sie den auch nicht mehr, wenn der Sinn sich plötzlich „einstellt“. „Repression“ ist zur Spielweise entwertet.

Was man eigentlich darunter verstehen würde, die gewaltsame Unterdrückung und Verfolgung von politischer Opposition, ist in Österreich schon lange nicht mehr geschehen. Die beinahe rituellen Geplänkel zwischen der Polizei und kulturdefinierten „Jugend“-Bewegungen fallen sicherlich nicht darunter. Auch nicht die Art und Weise, wie die Polizei gegen die Donnerstags-Demos und bei ähnlichen Anlässen vorgeht. Dem Ganzen hingegen bedenklich nahe kommt die Behandlung von Schwarzen durch die Polizei. Das sind eben nicht „nur“ vereinzelte Übergriffe von „schwarzen Schafen“; da ist System dahinter, Deckung und möglicherweise sogar Auftrag von oben. Da werden Tote mit einkalkuliert.

Die Unterdrückung der Opposition ist eine denkbar gewordene Möglichkeit in diesem Land. Es ist jetzt eine Partei in der Regierung,



deren kaum verdeckte Ziele hin zu einem autoritären Regime führen. Nur, *sie können noch nicht, wie sie wollen*. Und daß diese Partei eine erschreckend hohe Anhängerenschaft unter Exekutive und Justiz hat, macht Vorstöße in diese Richtung zur täglichen Gefahr.

Die Ausweitung der ohnehin schon großzügigen Möglichkeiten der Überwachung, die freie Handhabe der Geheimdienste ohne jegliche Kontrolle und die Einrichtung einer verumumt und verdeckt operierenden Polizeitruppe sind Schritte in diese Richtung. Dennoch, es werden *heute noch* keine breiten Verhaftungswellen durchgeführt. Es verschwinden nicht „einfach so“ Leute für Monate oder für immer. Publikationen und Demonstrationen der Opposition sind noch nicht verboten. Die Justiz verhilft so gut oder schlecht zum Recht wie je bevor.

Wenn man das heutige Österreich in einen Topf mit Chile unter Pinochet oder

Asger Jorn: Zeichnung, 1960, Tusche auf Papier. Silkeborg Kunstmuseum

gar dem Nationalsozialismus wirft, entwaffnet man sich der eigenen politischen Mittel, gegen diese Regierung und gegen die FPÖ vorzugehen. Es ist einfach nicht so, wie unter solchen autoritären und faschistischen Regimen. Wir haben hier keine vergleichbare Repression. Opposition ist nicht nur legal, sie wird auch kaum behindert. Wer das Gegenteil behauptet, verkennt, was noch kommen kann.



Sparen und Durchsetzen

Wenn die Regierung ihre Politik – massiver Sozialabbau, Umverteilung zu Gunsten der Unternehmer und strenge Austerität – durchsetzen will, muß sie das politisch-gesellschaftliche Rückgrat des Landes brechen: die Sozialpartnerschaft. Dies sind vor allem die Ziele der ÖVP. Auch deswegen ist sie die Koalition mit der FPÖ eingegangen, denn bei aller Selbstaufgabe wäre die SPÖ dazu nicht bereit gewesen.

Die Mittel, die eine solche Durchsetzung benötigt, sind harte Mittel. Sowohl gegen Teile der eigenen Klientel (Beamte), als auch gegen die „Anderen“. Die rassistischen und undemokratischen Attitüden der FPÖ sind das passende propagandistische Sperrfeuer, der nationalistische Wahn die willkommene Gehirnverkleisterung.

Schüssel schwebt so etwas vor wie die thatcheristische Zerschlagung der Gewerkschaften in England: im Konflikt aushungern. In einer Zweidrittel-Gesellschaft reicht den Konservativen die Unterstützung durch das „richtige“ Drittel der Bevölkerung zur Erhaltung der

Macht. Über die Interessen und Bedürfnisse des Restes kann hinweggegangen werden.

Ein starker Polizeiapparat, vor allem mit Mitteln der Aufstandsbekämpfung ausgerüstet, flankiert diese Politik. Nur zielt eine solche Gewalt nicht auf ein paar linke Splittergrüppchen ab, die sind ihnen egal, sondern auf breite Verteilungskämpfe. Und auch diese Gewalt ist nur als ultima ratio gedacht, als Ausnahmefall im Verteilungskampf.

Es bedarf auch nicht der Kontrolle der „staatlichen“ Medien. Es reicht, Funk und Fernsehen zu privatisieren. Die Interessen der Kapitaleigner werden dann von sich aus zur entsprechenden Berichterstattung führen. Einer besonderen, autoritären Repression bedarf es nicht.

Die FPÖ, die zwar unter anderem auch diese Ziele verfolgt, ist in ihrer Mobilisierung hingegen auf Populismus angewiesen. Sie kann nur dann punkten, wenn sie über die Lebensinteressen der Leute hinweg „gemeinsame“ Inhalte findet. Diese, sehr an Hetze gemahnenden Schreiparolen bedürfen des Feindes – innen oder außen. Einmal in der Regierung, müssen sie beweisen, auch um den Preis des Untergangs, daß sie es „ernst“ meinen.

Sie haben versprochen, es „den Ausländern“ zu zeigen, und sie versprechen, es „den Vernaderern“ zu geben. Und da sie, im Widerspruch zwischen realer Politik und irrationaler Propaganda, sich aufzureiben drohen, benötigen sie ein Ventil. Einen Feind, gegen den es sich (gefahrlos) vorgehen läßt. Und was es nicht gibt, wird erfunden.

Ob es nun die angedrohte „Volksbefragung“ oder der bevorstehende Wiener Wahlkampf ist, man kann mit den größten Schweinereien rechnen. Die FPÖ wird versuchen eine rechts-rechte „Volksbewegung“ zu initialisieren, die über alle Grenzen des guten Geschmacks und der demokratischen Spielregeln hinausgeht. Eine Welle der Verfolgung gegen x-beliebige „Feinde“ käme da nur recht.

Die Gefahr, daß im Morgenrauen plötzlich Polizei die Wohnung stürmt und durchwühlt, ist in jedem System, in dem es Polizei gibt, gegeben. Leute werden immer unschuldig verhaftet und auf Kommissariaten verprügelt. Das sind Mißstände, haben aber mit Repression sehr wenig zu tun. Wer sich den gesellschaftlichen Normen, egal wie die konkret aussehen, widersetzt, muß damit rechnen, anzuecken. Das ist zwar ungerecht, gehört aber zum Spiel der Nonkonformität.

Es ist erst dann von Repression zu sprechen, wenn die Verfolgung von Gruppen auf Grund eines politischen Auftrags geschieht. Dafür müssen bestimmte politische Anschauungen und deren Verbreitung verfolgt oder verboten sein. Repression zielt darauf ab, etwas völlig zu unterbinden, unsichtbar zu machen, auszulöschen. Es gibt essentielle Unterschiede zwischen einer rechten Regierung in einer westlichen Demokratie und einem faschistischen Regime. Der pawlowsche Reflex, allem, was nicht paßt, mit dem Repressions- und Faschismusbegriff zu begegnen, übergeht die Gefahr wirklicher gesellschaftlicher Entwicklungsmöglichkeiten.

Adorno statt Protest

I.

In der derzeitigen Protestbewegung gegen die Regierungsbeteiligung der FPÖ, die sich selbst gerne als Widerstandsbewegung mißverstehet, scheint sich alles zu wiederholen, was die Linke nach 1945 in den Nachfolgestaaten des Dritten Reiches falsch gemacht hat. Über weite Strecken ist diese Bewegung eine Neuauflage des Alten. Und vieles von dem, was neu ist, ist nichts Gutes, sondern noch fürchterlicher als alles Bisherige. Hier sei nur auf einige der Samstagsdemonstrationen verwiesen, wo mit Technomusik und deutschen Schlagern, die zum Teil schon die Nazis begeisterten und heute bei jedem Feuerwehr- oder Polizeifest die Hintergrundmusik für sexistisches Gegröhle abgeben, eine „Soundpolitisierung“ betrieben wird, die vor allem darin besteht, vor dem Knast, in dem wenige Tage zuvor ein afrikanischer Asylbewerber zu Tode kam, ordentlich „abzutanzten“, möglichst Redebeiträge zu verhindern und jede inhaltliche Parole mittels „Sound“ zu übertönen.

Wie schon seit Jahrzehnten distanzieren sich bürgerliche AntifaschistInnen von Gewalt auf den Demonstrationen, obwohl es diese Gewalt nicht gibt und können jene der Staatsmacht, die es sehr wohl gibt, gar nicht mehr wahrnehmen. OffensivdemokratInnen schwingen sich zur Verteidigung des Vaterlandes auf und besorgte BürgerInnen hissen eine Österreichfahne nach der anderen. TrotzkiInnen wie zahlreiche Autonome

reden vor allem über drei Dinge: Sozialabbau, Sozialabbau und Sozialabbau. Postmarxisten wie Poststukturalisten verwenden einen von jeglichem Herrschaftsmoment entkleideten Zivilgesellschaftsbegriff und AltmarxistInnen jeglicher Richtung huldigen den ArbeiterInnen, von denen jene, die im Besitz eines österreichischen Passes sind, inzwischen mehrheitlich die Freiheitlichen zu ihrer Interessensvertretung auserkoren haben. So unterschiedlich die jeweiligen Gruppierungen und Einzelpersonen auch sein mögen, die diese Bewegung tragen – in dem, worüber beharrlich geschwiegen wird, sind sie sich einig: Die deutsch-österreichische Volksgemeinschaft und die kategorialen Veränderungen, die der Nationalsozialismus für jede Gesellschaftskritik hätte bedeuten müssen.

II.

Skepsis, Negativismus und theoretische Kritik haben beim ebenso begeisterten wie kopflosen Politikmachen der gegenwärtigen AktivistInnen kaum einen Platz. Was fast alle Fraktionen in dieser Protestbewegung eint, ist ihr Praktizismus und ihr Optimismus. Dagegen hilft nur eines, nämlich Kritische Theorie, und zwar in ihrer am stärksten negativistischen Ausprägung, also jener Theodor W. Adornos, der zeit seines Lebens sämtliche Resentiments auf sich zog, derer sich auch heute alle sicher sein können, die den einen oder anderen kritischen Einwand beispielsweise gegen

das wohlige Wir-Gefühl auf vielen der gegenwärtigen Demonstrationen zu äußern versuchen.

Jede Gesellschaftskritik in Österreich nach 1945 hat den Nationalsozialismus zum Ausgangspunkt zu nehmen. In keinem anderen Phänomen kommt der gesellschaftliche Wahn so konsequent zu seiner Wirklichkeit wie im Antisemitismus. Die Reflexion von Auschwitz als Synonym für die von den Nazis bürokratisch organisierte und industriell betriebene Massenvernichtung von Juden und Jüdinnen hätte daher auch für die aktuelle Protestbewegung zentral sein müssen. Genau das war sie aber nicht. So ist es auch kein Wunder, daß jene Personen, die auf den Demonstrationen ein Transparent mit der Aufschrift „Österreich denken heißt Auschwitz denken“ trugen, sich nicht nur den Haß vieler Passanten und Passantinnen zuzogen, sondern auch auf nahezu kollektive Ablehnung der Demonstrierenden – von Antiimps bis Sozis – stießen.

Dort, wo von Antisemitismus gesprochen wurde, machte man sich in der Regel keinen Begriff davon, was das eigentlich ist, gegen das da angegangen werden soll, was wiederum mit der weitverbreiteten Theorie- und häufig auch Intellektuellenfeindlichkeit, die selbst nicht selten antisemitische Züge trägt, zu tun hat.

Hätten die Personen, welche die Proteste gegen die Freiheitlichen tragen, darüber reflektiert, was es bedeutet, in einem postnationalso-

Ein Plädoyer für radikale Kritik, kritischen Pessimismus und allgemeine Emanzipation

VON STEPHAN GRIGAT





zialistischen Land gegen eine Partei wie die FPÖ und – was ohnehin kaum stattgefunden hat – ihre WählerInnen und UntersützerInnen vorzugehen, wären sie fast zwangsläufig bei einer Auseinandersetzung mit Kritischer Theorie und mit Adorno als einem ihrer wichtigsten Vertreter gelandet; denn in der Adornoschen Gesellschaftskritik findet sich einer der wenigen Versuche, die theoretischen wie praktischen Konsequenzen aus dem Nationalsozialismus zu ziehen.

III.

Wie kann Emanzipation stattfinden, von wem kann sie verwirklicht werden, wie kann sie überhaupt noch gedacht werden, wenn der Fetischismus,

die in der Grundstruktur kapitalistischer Vergesellschaftung angelegte Verrücktheit, zum allgemeinen Lebensprinzip, wenn die Verblendung der Warenmonaden nahezu total geworden ist, wenn jede Revolte gegen den Fetischismus nur tiefer in ihn hineinführt, wenn Klassenbewusstsein kaum noch auszumachen ist, und wenn der Nationalsozialismus nachdrücklich gezeigt hat, wozu die Massen, auf die Generationen linker Theoretiker und Theoretikerinnen gehofft hatten, in der Lage sind, wenn es darum geht, die totale Negation von Emanzipation zu verwirklichen? Vor diesen Fragen stand Adorno; und eigentlich wäre die gesamte Linke nach dem Nationalsozialismus vor diesen Fragen gestanden, hätte sie nicht einfach so weitergemacht wie vorher.

Der weltgeschichtliche Augenblick der Revolution schien versäumt und seit der mißlungenen Emanzipation regredierte das Bewusstsein der Individuen in der bürgerlichen Gesellschaft zusehends. Da das Prinzip des Tausches nicht außer Kraft gesetzt wurde, dehnte es sich aus. Da das

automatische Subjekt namens Kapital nicht gestoppt wurde, schritt es fort, sich die Gesellschaft zu unterwerfen, seine ursprünglich partiell progressive Tendenz abzuschütteln und seine negative Produktivität bis zur Massenvernichtung zu entfalten. Nüchtern betrachtet hätte gerade aus dem Nationalsozialismus die Konsequenz gezogen werden müssen, endgültig Schluß zu machen mit Kapital, Staat und Nation. Statt der Beseitigung der grundsätzlichen Voraussetzungen von Auschwitz sahen sich Adorno und die anderen Vertreter der Kritischen Theorie jedoch mit einer Situation konfrontiert, die nicht nur von der Restauration des vornazistischen Zustands geprägt war, sondern Elemente des Nationalsozialismus in sich aufnahm. Dementsprechend stellte Adorno klar: „Ich betrachte das Nachleben des Nationalsozialismus in der Demokratie als potentiell bedrohlicher denn das Nachleben faschistischer Tendenzen gegen die Demokratie.“¹ Die Linke war nach 1945 nicht nur mit der Wiedererrichtung des kapitalistischen Weltmarktes und der

1 Adorno, Theodor W.: Was bedeutet: Aufarbeitung der Vergangenheit. in: Ders.: Eingriffe. Neun kritische Modelle. Gesammelte Schriften, Bd. 10-2, Frankfurt/M. 1997 (1963), S. 555f.

Die Alternative zu Schwarz / Blau

Rassismus nicht tolerieren!

KPO
http://www.kpoe.at

Gleiche Rechte für alle Menschen!

In einer Demokratie sollte ein Leben in Menschenwürde für alle Mitglieder der Gesellschaft eine Selbstverständlichkeit sein. Doch Selbstverständlichkeiten sind in Zeiten einer blau-schwarzen Koalition keine Selbstverständlichkeit. Und sie waren es auch unter einem sozialdemokratischen Innenminister nicht. Die KPÖ kämpft gegen Diskriminierung von Menschen aufgrund ihrer Herkunft oder Nationalität, ihres Geschlechts oder Alters, aufgrund körperlicher oder geistiger Behinderungen oder ihrer jeweiligen sexuellen Orientierung. Die KPÖ geht vom Grundsatz aus, daß für alle Menschen, die einen bestimmten Zeitraum in Österreich leben, die gleichen politisch-bürgerlichen und sozialen Rechte und Pflichten zu gelten haben.

Die KPÖ fordert:

- * Aktive und passive Wahlrechte für ImmigrantInnen.
- * Ein Anti-Diskriminierungsgesetz im Verfassungsrang mit der gleichzeitigen Streichung der berüchtigten „Ausländerbeschäftigungsgesetze“.
- * Kollektives Klagerecht und eine Änderung des Zivilrechtes, wonach ein Dritter (z.B. die AK) zugunsten eines durch illegale Beschäftigung geschädigten Einwanderers das betreffende Unternehmen auf Schadenersatz und Umwandlung eines illegalen in ein reguläres Arbeitsverhältnis verklagen kann.
- * Das Bleiberecht für illegale ImmigrantInnen.

erneuten Einsetzung bürgerlicher Staatsgewalt konfrontiert, sondern mit einer bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft, die den Zwang zum Konsens kaum mehr benötigte, da die Freiwilligkeit zum Konsens zumindest in grundsätzlichen Fragen nahezu grenzenlos war. Alleine schon dadurch war Adorno die Hoffnung auf ein revolutionäres Klassenbewußtsein, die sich vor 1933 noch halbwegs legitimieren konnte, versagt. Angesichts der Totalisierung des, wenn auch gesellschaftlich bedingten, aber doch naturwüchsig erscheinenden und daher scheinbar mit naturwüchsiger Kraft hereinbrechenden allgemeinen Verhängnisses konnte die in der Soziologie wie in der Linken weiterhin gestellte Frage „Wo ist das Proletariat?“ nur mehr als „grimmige Scherzfrage“² erscheinen.

IV.

„Adorno gilt heute als Genie und kritische Theorie als überholt.“³ Christoph Türcke beschreibt damit treffend die heutige Wahrnehmung Adornos im akademischen Mainstream und seine Rezeption im Feuilleton. Daneben existiert aber noch eine andere Art des Umgangs mit Adornos Gesellschaftskritik, die sich vor allem in linksradikalen Kreisen breitgemacht hat. Der praxisorientierten post-68er Linken gilt Adorno auf Grund seines Verhaltens während der Studenten- und Studentinnenproteste in Frankfurt als Verräter und Kritische Theorie als unnötige, abgehobene, blutleere und praxisfeindliche akademische Philosophie. Der Vorwurf der Praxisfeindlichkeit hat sich zum Hauptvorwand gemauert, sich mit Kritischer Theorie nicht ernsthaft auseinan-

derzusetzen. Der Hinweis auf Adornos weitgehende Abstinenz von dem, was andere revolutionäre Praxis nannten, avancierte bereits Ende der 60er Jahre zum Totschlagargument gegen jede Skepsis gegenüber begrifflosem Politikmachen und ist es bis heute geblieben. Adorno selbst hat sich jedoch nie prinzipiell gegen Praxis ausgesprochen, sondern vielmehr permanent die Reflexion der Bedingungen von Praxis eingefordert. Diese Reflexion des Zustands der bürgerlichen Gesellschaft und des fetischistischen Bewußtseins der bürgerlichen Subjekte führte ihn zu einer Problematisierung von Praxis, wie sie allen früheren Theoretikern und Theoretikerinnen der Emanzipation fremd war. Adorno war klar, daß in der kapitalistischen Gesellschaft in der 2. Hälfte des 20. Jahrhunderts jede praktisch-politische Aktion in eine Richtung weist oder zumindest einen Beiklang hat, der keinesfalls intendiert ist. Gerade heute, da eine auf die allgemeine Emanzipation gerichtete Praxis, eine Dynamik, die die Abschaffung von Staat, Kapital und Patriarchat noch ernsthaft betreiben würde, außer in Rudimenten nicht mehr auszumachen ist, kann die Einheit von Theorie und Praxis nur noch um den Preis aufrechterhalten werden, „daß Theorie ihren Anspruch, die ‚Kritik alles Bestehenden‘ zu sein, aufgibt und sich stattdessen dazu herabläßt, eine Praxis, die nicht mehr aus der herrschenden hinaus-, sondern immer tiefer in sie einführt, durch interessierte wie fadenscheinige Interpretationen schönzureden.“⁴

In der falschen Gesellschaft sind auch und gerade die kritischen Individuen permanent vor Alternativen ge-



stellt, die zwar Wahlfreiheit suggerieren, aber den Zwang erst zementieren. Wirklich „frei wäre erst, wer keinen Alternativen sich beugen müßte“.⁵ Das impliziert in vielen konkreten politischen Konstellationen den bewußten Verzicht auf Praxis, zumal auf politische, und die Beschränkung auf die Position der Kritik. Praxisverzicht leugnet jedoch nicht die Tatsache menschlichen Handelns. Wenn Adorno davon spricht, daß Praxis auf unbestimmte Zeit vertagt ist, meint er damit jene Praxis, die auf die Herstellung eines gesellschaftlichen Zustandes zielt, in dem freies Handeln überhaupt erst möglich wäre. Eben jene Praxis, die sich in ihrer Kritik auf die Gesellschaft als Ganzes bezieht, sah Adorno als momentan abwesend an, ohne sich jedoch im abstrakten Denken bequem einzurichten und sich über die Problematik der theoretischen Kritik ohne Praxis hinwegzutäuschen: „Daß an Erkenntnis, deren mögliche Beziehung auf verändernde Praxis zumindest temporär gelähmt ist, auch in sich kein Segen sei, dafür spricht vieles. Praxis wird aufgeschoben und kann nicht warten; daran krankt auch Theorie.“⁶ Adorno erteilte nicht Praxis überhaupt eine Absage, sondern enthielt sich in bestimmten historischen Momenten einer be-

2 Adorno, Theodor W.: *Minima Moralia. Reflexionen aus dem beschädigten Leben. Gesammelte Schriften, Bd. 4, Frankfurt/M. 1997 (1951), S. 221*

3 Türcke, Christoph: *Praxis und Praxisverweigerung nach Adorno*. in: Hager, Fritjof/ Pfütze, Hermann (Hg.): *Das unerhörte Moderne. Berliner Adorno-Tagung. Lüneburg 1990, S. 61*

4 Nachtmann, Clemens: *Adornos Orthodoxie. Das Fortbestehen der Revolutionstheorie nach ihrem Ende*. in: *Babamas, Nr. 22, 1997, S. 46*

5 Adorno, Theodor W.: *Negative Dialektik. Gesammelte Schriften, Bd. 6, Frankfurt/M. 1997 (1966), S. 225.*

6 *ebd.*, S 242

stimmt Praxis. Adorno wollte nicht einfach sich selbst genügende Theorie betreiben, sondern eine Form von theoretischer Kritik, die sich als zeitgemäße Praxis in der Gesellschaft versteht. Über die Schwierigkeiten solch eines kritischen Verhaltens war sich Adorno, wie seine Ausführungen zeigen, vermutlich ungleich mehr bewußt als all seine praktizistischen Kritiker und Kritikerinnen: „Durch den Verzicht auf eine jede eingreifende Praxis wird das Individuum zugleich immer auch in sich selber eingeschränkt. (...) So sehr haben solche Dinge ihren geschichtlichen Index (...), daß es auch Situationen geben kann, in denen dann gerade auch die geistige Tätigkeit als der Verzicht auf eine unmittelbare praktische Einwirkung zu der Gestalt der wahren Praxis wird (...). Trotzdem ist auch einem solchen Denken das Moment von Praxis selber wesentlich; das heißt, wenn es nicht in sich selbst eine Art von Praxis ist, dann ist es von vornherein ein falsches Denken. (...) Denken selber ist ein Verhalten, und wer im Denken nicht zugleich zur Realität sich verhält, der denkt eigentlich auch gar nicht.“⁶

Gegen die permanente Forderung nach der Einheit von Theorie und Praxis, die auch heute in der Linken und auch in der Protestbewegung gegen die schwarz-blaue Regierung kursiert und in Wirklichkeit stets Kritik zugunsten von Politikanleitungen entsorgen will, setzt Adorno auf die Reflexion des Verhältnisses von Theorie und Praxis, die selbst als Praxis zu begreifen ist. Trotz aller Skepsis gegenüber Praxis hat Adorno sich aber nicht gescheut, immer wieder in aktuelle konkrete politische Auseinander-

setzungen zu intervenieren. Selbstverständlich begab er sich damit in eben jene Widersprüchlichkeit, die er selbst aufgezeigt hat und in der sich eine das Denken Adornos prinzipiell durchziehende Widersprüchlichkeit niederschlägt. Auf der einen Seite steht die Vorstellung, daß die Verblendungsstruktur in der Gesellschaft total geworden ist und es nicht mehr schlimmer werden kann. Andererseits ist aber an der Einschätzung festzuhalten, daß, wenn der Schritt zur allgemeinen Emanzipation versperrt ist, zumindest das Schlimmste, die Wiederholung von Auschwitz, verhindert werden muß. Solche Widersprüche könnten einem heute durchaus bekannt vorkommen, da es mit Weltrevolution eher schlecht aussieht, man aber trotzdem nicht tatenlos zusehen kann, wenn eine Partei, in der sich nicht wenige deklarierte Vernichtungsantissemiten befinden, Regierungsfunktionen erlangt. Der adäquate Ausdruck dieser Widersprüchlichkeit ist Adornos radikaler kritischer Pessimismus, an den es sich heute lohnen würde anzuschließen.

V.

Adorno frönt keineswegs einem Pessimismus ohne jegliche Perspektive. Und alle, die sich die Mühe machen würden, sich mit seiner gerne als kulturpessimistisch, großbürgerlich, reformistisch oder auch reaktionär, in Wirklichkeit aber konsequent linksradikalen Gesellschaftskritik auseinanderzusetzen, würden bald merken, daß die im Titel dieses Textes postulierte Forderung gerade nicht meint, sich in die Rolle des angesichts der gesellschaftlichen Verhältnisse ohnmächtigen Individuums zurückzuziehen,

sondern den Aufruf zur allgemeinen Emanzipation in Zeiten ihrer offensichtlichen Unmöglichkeit impliziert. Adorno vertritt einen kritischen Pessimismus, der sich mit der Offensichtlichkeit der Ausweglosigkeit der Situation keineswegs zufrieden geben mag. In jedem seiner Sätze ist die Hoffnung eingeschrieben, daß sich später herausstellen möge, der Pessimismus der Kritischen Theorie sei doch falsch gewesen. „Die Hoffnung, nicht recht zu behalten, gehört zum innersten Antrieb materialistischer Kritik.“⁷ Der Pessimismus Adornos ist einer, der darum bittet, ja darum fleht, daß man ihm seine Gründe entzieht. Die Kritische Theorie will widerlegt werden, aber nicht auf der Ebene der Theorie, sondern in dem Sinne, daß ihr praktisch die Gegenstände der Kritik entzogen werden, wodurch sich auch ihre Skepsis gegenüber der Möglichkeit der Emanzipation durch die Praxis im Nachhinein als falsch erweisen würde.

Ob die derzeitige Protestbewegung in ihrer jetzigen Gestalt zu solch einer Widerlegung etwas beizutragen vermag, ist mehr als fraglich. Bisher schaut es so aus, als würde sie sämtliche Vorbehalte gegen unreflektierten Praktizismus und sich geradezu vitalistisch gebärdenden Optimismus bestätigen. Der Weg dahin, daß diese Bewegung zu dem würde, was Johannes Agnoli als einzige Möglichkeit erkannt hat, Macht wirksam zu kontrollieren und gegebenenfalls auch zu sabotieren, nämlich das Tagen der Vernunft auf der Straße in Permanenz,⁸ ist noch lang. Am wahrscheinlichsten ist, daß er gar nicht erst beschritten wird.

6 Adorno, Theodor W.: *Philosophische Terminologie*. Bd. 2, Frankfurt/M. 1992 (1974), S. 236 f.

7 Nachtmann: *Adornos Orthodoxie*, a. a. O., S. 46

8 Vgl. Agnoli, Johannes: *Subversive Theorie*. Freiburg 1996, S. 79

Alltagspraxis statt Adorno

Das Rennen ist heute besonders spannend, brumbrum, nachdem drei der Postmodernen in der Haarnadelkurve aus der Bahn geflogen sind, sehen sie hier den unerwarteten Boxenstop einer heute eher enttäuschenden *Werttheorie*. Brumm, brumm. *Werttheorie* schafft es bis in die Endrunden, muß sich auf jeden Fall auf ein Kopf-an-Kopf-Rennen mit *Poptheorie* gefaßt machen. Hier, knapp hinter *Adorno*, sehen sie *Poptheorie*. Brum. *Werttheorie* oder *Poptheorie*, das sind die klaren Favoriten. Wobei man vielleicht *Adorno* nicht aus den Augen lassen sollte. Zwar ist er diesmal in einer Uralt-Theorie & Praxis-Kiste für das Team von Grigat an den Start gegangen, aber *Adorno* ist immer für eine Überraschung gut, brum...

Schade, daß Autoren so oft lieber ihre Favoriten auf der Theoriecarrerabahn gegeneinander antreten lassen, als deren Begriffe als Werkzeug zu benützen, um die politische Situation zu bearbeiten. Die fade Dichotomie von Theorie und Praxis muß herhalten, einige Autoren (Grigats Artikel ist hier nur ein minderschlimmer Anlaßfall) in ihrer arroganten Überheblichkeit über die Geschichte zu bestätigen, ihnen ihre Position zu retten als Weltoberlehrer, die alles, was sonst denkt und/oder kämpft, an den Meßlaten ihrer Begriffe benoten. KurdInnen, völkisch und antisemitisch. Fünf. Setzen. Zapatistas, naiv, romantisch, nationalistisch. Fünf. Setzen. Widerstand gegen schwarz/blau nationalistisch, hedonistisch, historisch nicht aufgeklärt. Aufhören! Daheimbleiben! Lesen! Ein dürftiges Spiel zur Wahrung letzter Souveränitätspositionen für weiße, europäische, linke Männer, die ihnen in der Linken und von allen emanzipatorischen Seiten, von den MigrantInnen, Frauen, trikontinentalen Aufständen, anti(neo)kolonialistischen TheoretikerInnen bestritten werden. Theorie/Praxis. Als Dichotomie gedacht. Das ist nur aus der alten abendländischen Körper/Geist-Dichotomie und ihrer Körperfeindlichkeit heraus verständlich. Da gibt es dumpfes Tun (demonstrieren, Parolen grölen, tanzen) und helles Denken (Artikel und Bücher schreiben, Vorträge halten). Das ist der engstirnige Begriff von politischem Handeln der Marxisten des zwanzigsten Jahrhunderts.

Adorno selber hat schon die Unhaltbarkeit der Theorie/Praxis-Dichotomie erkannt, leider aber nicht einmal in eine Dialektik überführt, sondern nur durch Erklärung seines eigenen Theoretisierens zu ganz besonders toller Praxis weggemogelt. So sehr Denken Praxis ist, ist Tun Denken. Man kann mit Wörtern oder mit geworfenen Steinen denken, mit Dornenheckenpflanzungen, mit den großen Zehen und der Luft aus'm Arsch. Es ist ein edles Bild vom weißen Denker, der sich nobel der Praxis enthält, so lange die nicht rein und unschuldig ein den-Weg-ins-Paradies-Ebenen sein kann, sondern immer mit der Schlacke der historischen Ungerechtigkeiten, des privaten und des kollektiven Unbewußten der Sozietäten beschmutzt ist.

Das Bild ist aber verlogen. Selbst wenn der Denker eine Haushälterin hätte, die für ihn wäscht und kocht, selbst wenn er nur am Sofa dahinoblowisierte, wäre das Praxis. Der einzige Weg, der Praxis zu entkommen, ist der Selbstmord.

Die Theorie-Praxis-Denkblockade von Adorno zu übernehmen, heißt auch, von der Kritik am Logozentrismus als Phallogozentrismus und Eurozentrismus nicht einmal von Ferne gehört zu haben. Sich dem zu verweigern, daß es andere Formen des Sichverständigens gibt als das geschriebene und dozierte Wort; daß gerade Antikolonialismus und Antirassismus lächerliche Phrasen bleiben, wenn sie nicht als dissidente, emanzipatorische Alltagspraktiken und -projekte jetzt und hier von dissidenten Sozietäten realisiert werden.

Gerade der österreichischen Widerstandsbewegung, die sich antirassistisch nennt, aber von praktischer Solidarität mit denen, denen rassistische Gesetzgebung gleiche Rechte verweigert, fast nichts weiß, die zwar Kritik an der schwarzblauen Frauenpolitik übt, aber nicht einmal 1/3 Frauenquoten auf ihren RednerInnentribünen zustande bringt, ein „Zurück-ins-Adorno-Seminar“ zu verordnen, statt ein „in-die-Gerichtssäle-der-Operation-Spring-Prozesse“, ist kontraproduktiv. Es verkennt die Mechanismen, über die emanzipatorische Konzepte gesellschaftlich wirksam, wenn nicht majoritär, ja hegemonial werden könnten. Wie? Jedenfalls nicht durch eine Ausweitung von „Kapital“-Arbeitskreisen.

VON TINA LEISCH*



Plakat der S.I., Paris 1968, Sammlung P.S. Callot, La Madeleine

*) Tina Leisch ist Film- und Textarbeiterin

Zivilgesellschaft – Bekanntnis, Blase, Begriff

Der Begriff Zivilgesellschaft ist bei der (Selbst-)beschreibung der Widerstandsbewegung gegen die blauschwarze Regierung zum zentralen diskursiven Knotenpunkt geworden. Um ihn organisieren und polarisieren sich die Auseinandersetzungen zum strategischen Selbstverständnis der Opposition mit dem Ziel, dieser gewisse Zielsetzungen und Praxisformen, Identitäten und soziale Verortungen zu geben.

VON ROLAND ATZMÜLLER*

„Auch in der Sozialdemokratie ist mehr Zivilgesellschaft drinnen als man ahnt“ (Michael Häupl, *Falter*, Nr. 9/00)

I.

Verortet wird die Zivilgesellschaft vor allem als eine Sphäre zwischen Staat und Ökonomie, in der sich kritische, nicht-staatliche (der ökonomiekritische Bezug geht in solchen Argumentationen ziemlich rasch verloren) Öffentlichkeit ausbilde und politisiere. In der Zivilgesellschaft, so Isolde Charim von der „Demokratischen Offensive“, trete der Bourgeois aus seiner Privatheit heraus und werde zum (nicht-staatlichen) Citoyen, der die Frage des Allgemeinwohls – das „konstitutive Element“ und den „sozialen Grundkonsens“ Österreichs – nun jenseits etwaiger partikularer, sozialer oder gar materieller Interessen selbst in die Hand nehme. Das, so Oliver Marchart, könne wichtige politische Erfahrungen für weitergehendes politisches Engagement bereitstellen (*Falter*, Nr. 5/00, 7/00).

Anderen, wie etwa Hito Steyerl, ist die Zivilgesellschaft vor allem eine über allem „schwebende“, „leere Sprechblase“ (*Jungle World*, 12/00), oder – so für Ramon Reichert (*Volksstimme*, 4. 5. 00) – ein Begriff der so offen ist, dass links wie rechts ihn sich aneignen können, weil er auf das Gute, die Zivilität abziele.

Dass manche ob soviel Offenheit und Mehrdeutigkeit ziemlich verunsichert sind, verwundert dann auch nicht mehr. Die „Forderung nach mehr Zivilgesellschaft“, die angeblich auch von Haider erhoben wird, ist diesen ein „autoritärer Aufstand“, der sich nur oberflächlich von den haiderischen Vorstellungen unterscheidet (Alex Gruber/Tobias Ofenbauer, *Jungle World*, Nr. 22/00).

Letztere Argumentation will nicht sehen, dass zwischen den „direkt demokratischen“, „plebiszitären“ Vorstellungen des führerzentrierten faschistoiden Konzepts der FPÖ und den basisdemokratischen (und, je nach politischer Biografie und Gruppe, rätendemokratischen) Grundlagen vieler Forderungen und Vorstellungen des Widerstandes ein wesentlicher Unterschied besteht. Dieser besteht darin, dass letztere die Frage erheben, wie eine führerlose und nicht-exklusive Vergesellschaftung oder „Kollektivität“ erkämpft werden könne. Sie können darin nur die „Herstellung distanzloser Nestwärme völkischer Mitbestimmung“, durch welche die parlamentarisch repräsentative Demokratie ersetzt werden soll, erkennen. Die diesem Argument implizite Verteidigung der repräsentativen Demokratie mag manche sozialdemokratische Professoren am Politikwissenschaftsinstitut in Wien, die

schon seit den Achtzigern gegen den Angriff der Neuen Sozialen Bewegungen und alternativen Linken argumentiert haben, freuen, zielt aber vor allem auf eine Schließung der Argumentation durch eine geschickte Verknüpfung disparater Versatzstücke zur Erzeugung von Eindeutigkeit. Aus der Gleichstellung der Zivilgesellschaft mit Haider wird daher ein zwischen „Mob und Elite“ zu „schmiedendes Bündnis“. Und schon kann das auch in der Widerstandsbewegung „nur“ dazu führen, Rassismus und Antisemitismus zu verstärken, da die Identifikation mit dem Kollektiv „immer“ ein „Nicht-identisches“ benötige. „Genau“ damit sei der Zusammenhang zwischen Demokratie und nationaler Paranoia gesetzt und dem „autoritären Aufstand“ sei daher „zwangsläufig“ Rassismus eingeschrieben, die Zivilgesellschaft und die Widerstandsbewegung in Österreich also genauso völkisch wie Haider. Eine derartige begriffliche Verknüpfung widersprüchlicher Zusammenhänge dogmatisch zu nennen, ist nach wie vor richtig.

„Wegen der Gemeinsamkeiten“ sei auch nicht mit einem repressiven Vorgehen gegen den Widerstand zu rechnen. Die implizite Logik dieses Arguments ist schon etwas komisch. Während die Widerstandsbewegung (als Ganzes) von

*) Roland Atzmüller ist Politikwissenschaftler in Wien

der Regierung bislang vor allem mit einer Verrechnung der Demonstrationskosten bedroht wurde, hat Haider den Oppositionschefs Gusenbauer und Van der Bellen ein Jahr Gefängnis wegen Vernachlässigung Österreichs angedroht. Haben diese also weniger mit der Regierung gemein als die Widerstandsbewegung?

Umgekehrt ist das Argument zynisch. Gegen wen die neue Regierung aufgrund der inneren wie äusseren Kräfteverhältnisse nicht sofort repressiv vorgehen will und kann, muss also mit dieser Gemeinsamkeiten aufweisen.

II.

Wäre der Zivilgesellschaftsbegriff tatsächlich nur eine inhaltsleere Sprechblase, den die Widerstandsbewegung sich mehr oder weniger zufällig gewählt hat, um sich selbst als (radikal) Anderes zur neuen Regierung und den herrschenden Vergesellschaftungsformen zu konstituieren, würde sich wohl jegliche weitere Auseinandersetzung um diesen Begriff erübrigen. Wäre der Begriff tatsächlich so beliebig, könnte er alles sein. Dadurch behielten zwar auch seine Verächter recht, doch mensch könnte schulterzuckend zu anderen Dingen schreiten. Das würde aber unterstellen, dass Sprache und Begriffe, die von ihr bereitgestellt werden, gegenüber jenen Gruppen, die sich ihrer bedienen, neutral sind, wie etwa Oliver Marchart in bezug auf die Zivilgesellschaft – und fälschlicherweise unter Berufung auf Antonio Gramsci – (*Jungle World*, 13/00) unterstellt.

Tatsächlich stehen sich in den internationalen Diskussionen zum Zivilgesellschaftsbegriff zwei Konzep-

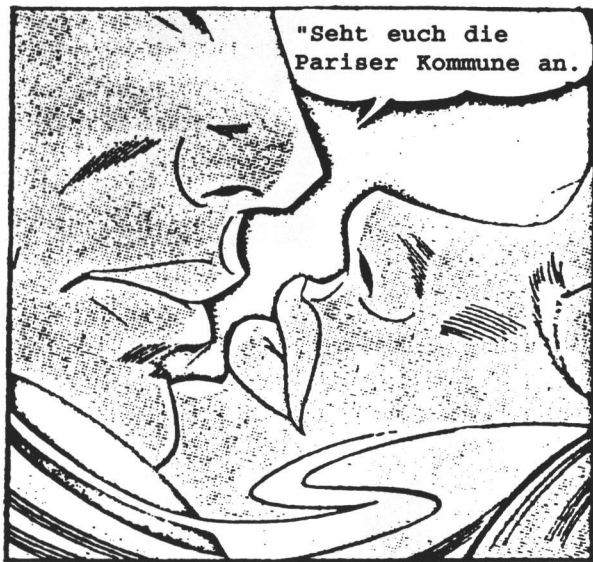
tionen gegenüber – eine normativ moralische und eine kritisch materialistische. Obwohl sich verschiedene Intellektuelle der österreichischen Zivilgesellschaft auch auf letztere Konzeption, wie sie zuerst vom italienischen Marxisten Antonio Gramsci im faschistischen Gefängnis entwickelt wurde, beziehen, ist das vordergründig neutralistische und instrumentalistische Verständnis von Zivilgesellschaft ebenfalls der normativ-moralischen Position zuzurechnen.

Dieser Diskurs gewann insbesondere in den Achtzigern an Aktualität. Er speist sich aus mehreren theoretischen wie politisch-praktischen Bezügen. Auf der theoretischen Ebene muss im deutschsprachigen Raum insbesondere auf Habermas und die demokratietheoretischen Arbeiten des Frankfurter Institutes für Sozialforschung (vgl. Rödel et al, 1989; Demirovic, 1991) verwiesen werden. Zu nennen sind, neben der Wiederentdeckung von Hannah Arendt aber auch die insbesondere im angelsächsischen Raum bedeutsamen kommunitaristischen Diskurse, welche auf eine Kritik des radikal-individualistischen Liberalismus und der Herrschaft des ungezügelten Marktes abzielen. Dem stellen sie eine Rekonstitution des sozialen Gemeinsinns und eine moralische Erneuerung auf der Basis von Familie, Gemeinschaft und solidarischen Bindungen entgegen (vgl. Hirsch, 1996), ohne die polit-ökonomische, patriarchale und rassistische Grundlage von Familie und Gemeinschaft in modernen Gesellschaften adäquat zu thematisieren.



Auf der politisch-praktischen Ebene ist insbesondere auf das Selbstverständnis von und die theoretische Auseinandersetzung mit den osteuropäischen DissidentInnenbewegungen und den zivilen demokratischen Bewegungen in den lateinamerikanischen Militärdiktaturen zu verweisen. In der links-liberalen Demokratiedebatte erscheinen auch die Neuen Sozialen Bewegungen als westeuropäische Ausdrucksform der Zivilgesellschaft (vgl. Rödel et al, 1989). Im normativ-moralischen Verständnis wird mit Zivilgesellschaft auf jene Institutionen und Assoziationen jenseits des Staates und den traditionellen, bürokratischen Organisationen politischer Willensbildung und Entscheidungsfindung (Parteien, Verbände...) verwiesen – auch wenn die Zuordnungen dabei mitunter verschwimmen. Diese stellen vor

Guy Debord, Asger Jorn:
Fin de Copenhague, 1957



allem kritische Öffentlichkeit her und erweitern den Raum des Demokratischen. Auch wenn, wie zu zeigen sein wird, die Diskussionen in Österreich einige Spezifika aufweisen, legitimiert die Dominanz der Ansätze von Jürgen Habermas und des Frankfurter Institutes für Sozialforschung zur Zivilgesellschaft eine nähere Darstellung dieser Konzeptionen.

„In normativen Theorien der Öffentlichkeit und Zivilgesellschaft stellt Öffentlichkeit gegenüber einer Gesellschaft, die strukturell als irrational gedacht ist, eine kommunikative Macht dar, insofern der öffentlich-kommunikative Gebrauch der Vernunft die Kommunikationsbeteiligten durch rationale Argumente bindet. Dabei wird von sozialen Mechanismen wie Privatheit ausgegangen, die strukturell oder machtgestützt Entscheidungen oder Lebensformen der öffentlichen Thematisierung entziehen. Demgegenüber führt die aktive Inanspruchnahme der Norm der öffentlichen Kommunikation zu einer zunehmenden Öffnung des öffentlichen Raumes“ (Demirovic, 1994, 678).

In dieser Öffentlichkeit artikulieren sich etwa soziale Bewegungen, die durch ihre Protestformen die Teilnahme an den öffentlichen Auseinandersetzungen erzwingen (können) und so zuvor als naturhaft oder privat erscheinende soziale Verhältnisse diskursivieren. Im Habermas'schen Sinne setzen sie diese damit dem zwanglosen Zwang des besseren Arguments aus. Manche Zivilgesellschaftstheoretiker gehen dabei sogar soweit, außerlegale (aber nicht gewaltförmige) Protestformen des zivilen Ungehorsams als die Konstitution einer kritischen Öffentlichkeit in die Überlegungen miteinzubeziehen.

„Um einer abweichenden Verfassungsinterpretation und einer neuen symbolischen Repräsentation der civil society zur Geltung zu verhelfen, die eine zivilisierte Konfliktausprägung erst ermöglichen, bedarf es in solchen Situationen dann der außerlegalen Protestpraxis des zivilen Ungehorsams. Dieser zielt darauf ab, dem Dissens und den Dissidenten im Rahmen der Verfassung Anerkennung zu verschaffen“ (Rödel et al, 1989, 73). Diese Konflikte sind nie abgeschlossen und stossen gerade auch im öffentlichen Raum permanent auf Widerstand – also auf Kräfte die an einer Diskursivierung „privater“ Verhältnisse kein Interesse haben. Im öffentlichen Raum „prozediert“ daher permanent die Auseinandersetzung um die „demokratische Revolution“ (vgl. Rödel et al, 1989). Ja mehr noch, Konflikte werden zum Dreh- und Angelpunkt der Vergesellschaftung. Erst über Konflikte kann soziale Integration und Kohäsion hergestellt werden, weil in ihnen erst den Indivi-

duen die Frage nach der „Ordnung des Gemeinwesens“ bewusst wird.

„Im Konflikt treten die von unterschiedlichen Interessen geprägten, ja mitunter antagonistischen sozialen Beziehungen zutage, in denen sich jeder im anderen gleichwohl wiedererkennen kann. Durch die vorausgesetzte wechselseitige Anerkennung der Gleichheit aller und die Verpflichtung zur öffentlichen Auseinandersetzung entfaltet der Konflikt seine zivilisatorische Wirkung“ (Rödel et al, 1989, 108). So stellen sie etwa in bezug auf Klassenkonflikte fest: „Am Beispiel des Klassenantagonismus zwischen Lohnarbeitern und Produktionsmittelleignern lässt sich zeigen, wie selbst dieser Extremfall eines sozialen Konflikts die Erfahrung der Zugehörigkeit zu derselben Gesellschaft vermitteln kann, wenn er offen ausgetragen wird und sich die Kontrahenten so in ihrer Ähnlichkeit erkennen und anerkennen können“ (Rödel, 1989, 110). Es wäre falsch, dieses Argument auf Volksgemeinschaft zu reduzieren, da ZivilgesellschaftstheoretikerInnen sich hier zum einen auf die Möglichkeit zum (offenen) Konflikt zwischen Lohnarbeit und Kapital beziehen – was nicht unbedingt Sache der Volksgemeinschaft war. Ausserdem sehen sie in ihrem Eintreten für eine „inklusive Demokratie“ etwa Antirassismus als notwendige zivilgesellschaftliche Auseinandersetzung um die Zugehörigkeit zur jeweiligen Gesellschaft. Ihre Argumentation kann aber die Überwindung des Rassismus der Dominanzgesellschaft nicht mehr denken.

Zwar weisen Rödel et al darauf hin, dass die Kon-

fliktgegnerInnen nicht zum exterritorialen Feind abgestempelt werden dürfen oder dass jede/r nach Belieben seine/ihre politischen Ziele verfolgen dürfe, da auch in der „demokratischen Republik die Freiheit nicht grenzenlos sei“ (dies., 177). Diese Grenzen aber ergäben sich aus der wechselseitigen Anerkennung und Verpflichtung der BürgerInnen. Für alles könne daher öffentlich demonstriert werden, solange die Durchsetzung nicht gewaltsam erfolge. Da die Grenzen aber trotzdem nicht vorab bestimmbar sind und nicht dem Staat überlassen werden sollen, fordern sie ein „öffentliches Monopol, das zur Sicherung öffentlicher Freiheit in der Zivilgesellschaft alle Formen der Gewaltsamkeit externalisiert“ (Rödel et al, 1989, 180). Letztlich ist dieses Konstrukt und die Uneindeutigkeit des Gewaltbegriffs aber keine Antwort, wie mit dem 'öffentlichen Monopol' etwa gegen Nazi-Aufmärsche vorgegangen werden könnte, und welche Instanz mit welchen Mitteln die „öffentliche Freiheit“ gegen die Besetzung des öffentlichen Raumes durch faschistische Organisationen aufrechterhalten solle.

Die Problematik dieser Argumentationen liegt aber noch tiefer. Wenn nämlich dem Konflikt eine zivilisatorische Wirkung zukommt, da sich nur dadurch die Anerkennung der Gleichheit aller entfaltet, könnten etwa die Überfremdungsplakate der FPÖ im Wahlkampf 1999 als Förderung der sozialen Integration und Kohäsion verstanden und von dieser so legitimiert („Aus Sorge um den gesellschaftlichen Zusammenhalt blah blah“) werden. Ausserdem stellt sich die Fra-

ge, warum all jene Gruppen (Frauen, MigrantInnen, Schwule und Lesben, ArbeiterInnen...) sich permanent gegen unterdrückerische Verhältnisse zu organisieren haben, um gesellschaftliche Anerkennung und Gleichheit zu erlangen, wenn doch ihre Kritik auf die dauernde Überwindung von Herrschaftsverhältnissen und die Ausserfragestellung ihres Status abzielt (vgl. Demirovic, 1991).

Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass im normativen Verständnis Zivilgesellschaft und Öffentlichkeit zum heimlichen Souverän der Gesellschaft werden, an den nicht-entscheidbare, konflikthafte Fragen delegiert werden. Zivilgesellschaft und Öffentlichkeit, sowie die sie konstituierenden Organisationen und Praxisformen selbst brauchen dann in ihrem Verhältnis zur Gesellschaft nicht mehr analysiert oder selbst zum Gegenstand der Kritik gemacht zu werden. „Vielmehr wird sie stillgestellt, indem Zivilgesellschaft nur als eine regulative Idee verstanden wird“ (Demirovic, 1994, 689).

III.

Mag diese Zivilgesellschaftskonzeption in etwa das Selbstverständnis mancher Widerstandsgruppen umschreiben oder bei manchen JournalistInnen in den bürgerlichen Medien herumspuken, so würde eine Beschränkung der Kritik darauf in bezug auf die Diskussion um die Zivilgesellschaft in Österreich doch zu kurz greifen. Zwar scheint der Zivilgesellschaft auch im österreichischen Diskurs eine Regulationsfunktion, ob normativ verstanden oder nicht, zuzukommen. So ist sie etwa



für Isolde Charim jener Ort, in dem in der gesellschaftlichen Krise die Auseinandersetzungen um den gesellschaftlichen Konsens geführt und die Grenzen des Sagbaren gezogen werden, wo die Gesellschaft sich neu formuliert und artikuliert, und also (neue) Subjektanrufungen und (Gegen-)Identitäten entwickelt werden (vgl. Falter, 14/00; Der Standard, 22. 3. 00). Doch der emphatische Bezug auf die als Zivilgesellschaft verstandene Widerstandsbewegung erfolgt unter Berufung auf kritisch materialistische Konzeptionen im Gefolge Antonio Gramscis, womit auf ein Spezifikum des österreichischen Diskurses verwiesen ist.

Bei Gramsci und den sich an ihm orientierenden Auseinandersetzungen im westlichen Marxismus steht die Frage im Mittelpunkt, wie es in der modernen bürgerlichen Gesellschaft gelingt, den spontanen und freiwilligen Konsens der subalternen Gruppen zur Aufrechterhaltung und Reproduktion der Herrschaftsverhältnisse zu erreichen. Gramsci sah sich mit dieser Frage nach 1918 konfrontiert, als im Westen die revolutionären ArbeiterInnenbewegungen eine Niederlage erlitten hatten, ja in



weiterer Folge dem Faschismus wenig entgegensehen konnten, und auch ihre AktivistInnen und Organisationen physisch fast vernichtet wurden. Zu dieser Niederlage war es gekommen, obwohl mit den Umwälzungen und antimonarchischen Revolutionen nach dem Ersten Weltkrieg in zahlreichen europäischen Staaten auch ein Kollaps der Staatsapparate im engeren Sinne einhergegangen war. Während in Russland eine Revolution mit sozialistischem Anspruch erfolgreiche sein konnte, konnten sich die Systeme im Westen ziemlich rasch reorganisieren. „Im Osten war der Staat alles, die Zivilgesellschaft war in ihren Anfängen und gallertenhaft. Im Westen bestand zwischen Staat und Zivilgesellschaft ein richtiges Verhältnis, und beim Wanken des Staates gewährte man sogleich eine robuste Struktur der Zivilgesellschaft. Der Staat war nur ein vorgeschobener Schützengraben, hinter welchem sich eine robuste Kette von Festungen und Kasematten befand“ (Gramsci, 1991 ff, 874).

Zivilgesellschaft beschreibt daher ein Geflecht von im engeren Sinne nicht-staatlichen Organisationen und Institutionen, wie Zeitungen, Kirchen, Universitäten, privaten Vereinen und Assoziationen, Parteien... Damit hat sich die Reproduktion der Herrschaftsverhältnisse erweitert, ist der politischen Gesellschaft, also dem Staat im engeren Sinne, eine zivile Gesellschaft (*società civile*) an die Seite getreten, in der die Herrschaft der dominanten Gruppen durch Hegemonie abgesichert wird. Der Kampf um Hegemonie ist der Kampf um die spontane und freiwillige Zustimmung der subalternen Gruppen und die Erzeugung der damit verbundenen Machtblöcke und Kompromisse. In diesem Kampf geht es um die Konstitution und das plausibel Machen politischer, intellektueller und moralischer Führung (vgl. Jessop, 1990). In diesem Verständnis kann also Herrschaft im Kapitalismus nicht auf die repressive Funktion des Staates reduziert werden, vielmehr muss das Verhältnis von Staat und Zivilgesellschaft als Hegemonie (wenn auch gepanzert mit Zwang) verstanden werden.

„Die historische Vereinigung der führenden Klassen geschieht im Staat (...). Diese Einheit muss konkret sein, also das Ergebnis der Beziehungen zwischen Staat und ‚Zivilgesellschaft‘“ (Gramsci, 1991ff, 410). Für Gramsci erforderte diese Analyse eine Adaptation der Strategien revolutionärer Bewegungen, die sich nicht mehr als Sturm auf das Winterpalais, als Angriffskrieg auf den Staat im engeren Sinne verstehen können. Vielmehr wird es notwendig, sich auf lange politische und ideologische Aus-

einandersetzungen um und gegen die Hegemonie im erweiterten Geflecht von Staat und Zivilgesellschaft einzustellen.

IV.

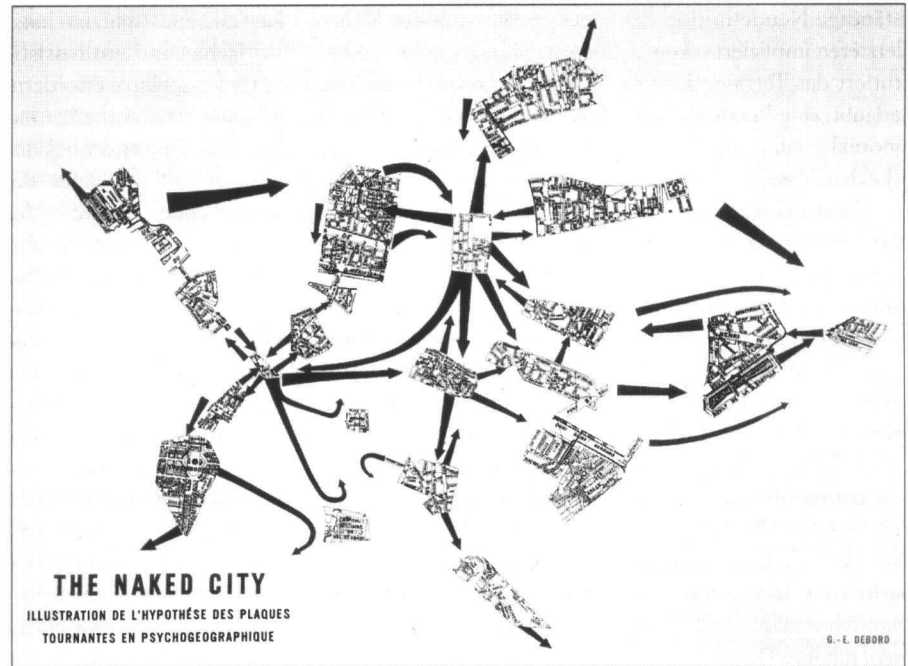
Dieser Darstellung der gramscianischen Überlegungen könnten wohl soweit auch Oliver Marchart oder Isolde Charim zustimmen. So sieht Marchart etwa in Zivilgesellschaft ein „analytisches Werkzeug, das es erlaubt, den Kampf um die kulturelle Hegemonie zu beschreiben. Als umkämpftes Terrain ist sie nicht nur die Basis für die Stabilisierung der bürgerlichen Hegemonie, sondern auch Basis für gegen-hegemoniale Bewegungen. Wie der analytische Begriff Hegemonie selbst, ist somit auch der Begriff Zivilgesellschaft bei Gramsci neutral gegenüber den politischen Gruppen, die sich auf dem als *società civile* bezeichneten Terrain tummeln“ (*Jungle World*, 13/00).

Damit aber missinterpretiert er den Zivilgesellschaftsbegriff bei Gramsci, indem er dessen kritischen Gehalt neutralisiert. Zu dieser Neutralisierung kommt es, da in seinem Verständnis, in dem die Zivilgesellschaft zur Basis der Hegemonie wird, der Bezug zu darüberhinausgehenden gesellschaftlichen Verhältnissen, insbesondere der Organisation der gesellschaftlichen Arbeit, verloren geht. Obwohl dieses Verständnis sich explizit auf Gramsci beruft, ist es eher den sogenannten post-marxistischen Entwürfen bei Ernesto Laclau und Chantal Mouffe geschuldet (vgl. Laclau/Mouffe, 1991; Laclau, 1990).

In ihrem 1991 ins Deutsche übersetzten Werk „Hegemonie und radikale De-

mokratie" zielen diese über das, was sie eine „Dekonstruktion des Marxismus“ nennen, auf eine Radikalisierung des Hegemoniebegriffs um für die Linke die Möglichkeit neuer Strategien zu eröffnen. Ihre Konzeption ist zum einen als Reaktion auf die Niederlage des traditionellen, radikalen Flügels der britischen Gewerkschaften und Linken gegen Thatcher zu sehen. Zum anderen wollen sie die neuen sozialen Bewegungen und pluralisierten Lebensstile durch eine adäquate Theoretisierung des Gesellschaftlichen in ein neues Projekt radikal-demokratischer linker Politik einbetten.

Hegemonie ist für sie „ganz einfach ein politischer Typus von Beziehung, eine Form wenn man so will, von Politik“ (dies., 1991, 198). Diese ergibt sich aus einer spezifischen Konzeption des Gesellschaftlichen, welche jegliche „essentialistische“ Begründung und diskursive Schließung von Gesellschaft zurückweist. Das bedeutet, dass sie einem sogenannten „totalisierenden“ Verständnis den Charakter von Gesellschaftlichkeit entgegen-treten, das Gesellschaft aus einem vereinheitlichenden Prinzip (Logik des Kapitals, Klassenkampf, Fortschritt...), zu begründen versucht. Demgegenüber betonen sie den konstitutiv offenen, un-abgeschlossenen und vorübergehenden Charakter des Gesellschaftlichen, welcher aus frei fließenden Elementen besteht, die erst in der stets vorläufigen und unvollständigen Artikulation – also Verknüpfung -, zu mit Bedeutung ausgestatteten Momenten von Diskursen werden können. Keinem Moment eines Diskurses



kommt daher eine essentialistische Bedeutung jenseits seiner kontingenten Verknüpfung mit anderen zu. Damit aber eröffnet sich ein weites Feld des Politischen, um die jenseits ihrer Einbettung offenen Elemente zur Desartikulation existierender Diskurse und ihre Einbettung in andere. Das führt dazu, dass etwa Chantal Mouffe immer noch die Linke auffordert, den Kampf um den Patriotismus aufzunehmen (*Falter*, 9/00).

Die von Laclau aus den Erfahrungen in Lateinamerika entwickelte Strategie, für die Linke den Kampf um den Nationsbegriff aufzunehmen, war nie völlig konsistent mit der zugrunde liegenden Theorie. Wenn die Nation ein hegemonialer Diskurs ist, der sich aus verschiedenen Elementen zusammensetzt, die erst ihre Bedeutung durch die nationale Artikulation erhalten und der Nation diese geben, dann müsste zuerst über eine Dekonstruktion letzterer gezeigt werden, wie sich dieser aus einer hegemonialen Verknüpfung von

Rassismus, Sexismus und Klassenspaltung ergibt. Es mag dann vielleicht möglich sein, um einzelne Elemente – etwa um die Interpretation verschiedener sozialer Konflikte – zu kämpfen, nicht jedoch um ihre Vereinheitlichung im nationalen Diskurs.

Hegemonie ist jenes politische Prinzip, welches wirksam werden kann, wenn der unvollständige und offene Charakter des Gesellschaftlichen als grundlegend angesehen wird, und dieses als von Antagonismen durchzogenes Feld gegeben ist. Hegemoniale Praxen entstehen für Laclau/Mouffe in der antagonistischen Artikulation einander gleichzeitig bedingender wie ausschließender Prozesse. „Die beiden Bedingungen einer hegemonialen Artikulation sind also einmal die Präsenz antagonistischer Kräfte und zum zweiten die Instabilität der sie trennenden Grenzen. Nur die Präsenz eines weiten Bereichs flottierender Elemente und die Möglichkeit ihrer Artikulation zu entgegengesetzten Lagern – was eine be-

Guy Debord: Guide psychogéographique de Paris, 1957. Sammlung P.-H. Parsy

ständige Neudefinition der letzteren impliziert – konstituiert das Terrain, das uns erlaubt, eine Praxis als hegemonial zu definieren” (Laclau/Mouffe, 1991, 194).

Vor dem Hintergrund dieser Überlegungen formulieren österreichische ZivilgesellschaftstheoretikerInnen ihre Anrufungen der Widerstandsbewegung, ihre Versuche, ihr eine (Gegen-)Identität zu geben. Das Problem liegt aber darin, dass Laclau/Mouffe ihr Verständnis des Gesellschaftlichen, auf dem ihr Hegemoniebegriff ruht, letztlich überhistorisch verallgemeinern müssen, um ihre Dekonstruktion sogenannter „essentialistischer“ oder totalisierender Positionen des Gesellschaftlichen argumentieren zu können. Ihre Position in „Hegemonie und radikale Demokratie“ ist zwar etwas uneindeutig, da mitunter diese Fassung des Sozialen als Eigenschaft der bürgerlichen Gesellschaft im allgemeinen oder ihrer Krisen im besonderen erscheint.

Würden sie jedoch ihr Verständnis des Gesellschaftlichen auf gewisse Perioden beschränken oder als Ergebnis evolutionärer Prozesse darstellen, wären sie im historischen Sinne höchst spezifisch und voraussetzungsvoll. Das würde die Frage aufwerfen, wodurch die grundlegende Offenheit und Unvollständigkeit, die Multiplizierung des flottierenden Systems von Identitäten des Gesellschaftlichen hergestellt wird. Genau dieser Frage wollen Laclau/Mouffe aber nicht nachgehen, da sie durch die Pluralisierung des Sozialen die Unmöglichkeit einer totalisierenden und privilegierten Position einer Gruppe und ei-

nes gesellschaftlichen Widerstands begründen wollen. Damit soll etwa die im Marxismus aber auch anderen emanzipatorischen Diskursen virulente Annahme ausgehebelt werden, dass eine (oder auch mehrere) spezifische Gruppen von Unterdrückten (ArbeiterInnen, Frauen...) und die damit verbundenen Fragestellungen zentral für emanzipatorischen Prozesse sein können. „Insofern das Soziale jedoch ein unendlicher Raum ist, der auf kein ihm zugrundeliegendes einheitliches Prinzip reduziert werden kann, macht die bloße Vorstellung eines Zentrums des Sozialen überhaupt keinen Sinn mehr.“ (Dies., 1991, 198) Zwar sei eine harmonische Gesellschaft nicht zu erreichen, wohl aber sei durch die Kontingenz die Möglichkeit einer (permanenten) radikalen Transformation in sozialen Auseinandersetzungen möglich.

V.

Um diese Argumentation plausibel zu machen, muss eine Fragestellung kontinuierlich ausgeblendet werden: Wer verknüpft und erzeugt Diskurse? Diese findet sich auch, wenn österreichische ZivilgesellschaftstheoretikerInnen auf Antonio Gramsci bezug nehmen. Bei diesem ist die Zivilgesellschaft und der Kampf um Hegemonie nämlich wesentlich das Feld, auf dem Intellektuelle ihre gesellschaftliche Funktion ausüben. Also müssen diese in ihrer gesellschaftlichen Position analysiert werden. Die Bezugnahme auf den gramscianischen Intellektuellenbegriff würde auf eine Rückbindung der Argumentationen auf die Organisation der gesellschaftlichen Arbeitsteilungen aus

kapitalismus-, patriarchatskritischer und antirassistischer Perspektive erfordern.

„Die Intellektuellen haben eine Funktion bei der ‚Hegemonie‘, welche die herrschende Gruppe in der ganzen Gesellschaft ausübt, und bei der Herrschaft über sie, die sich im Staat verkörpert, und diese Funktion ist eben ‚organisierend‘ oder verbindend: Die Intellektuellen haben die Funktion, die gesellschaftliche Hegemonie einer Gruppe und ihre staatliche Herrschaft zu organisieren (...)“ (Gramsci, 1991ff, 515). In diesem Verständnis definieren sich Intellektuelle nicht nach dem Kern ihrer Tätigkeit, also etwa Bücher zu lesen, Texte zu schreiben oder Informationsarbeiter zu sein. Sie sind „vielmehr im System der Verhältnisse, in dem sie (oder die Gruppierung, die sie verkörpert) sich im Gesamtkomplex der gesellschaftlichen Verhältnisse wiederfindet“ (ebda.) zu suchen.

Gramsci verbindet die Funktion der Intellektuellen explizit mit der Form der Arbeitsteilung im Kapitalismus. Diese besteht aus der Spaltung von planenden oder intellektuellen und ausführenden Tätigkeiten in der Produktion, die ebenfalls als eine Form der Interpretation und verbindlichen Organisation der Realität erscheint. Techniker, aber auch die Unternehmer selbst, sind für Gramsci Intellektuelle der bürgerlichen Gesellschaft, die sich aus ihrer Position in den gesellschaftlichen Verhältnissen bestimmt.

Da diese aber als widerspüchlich und konflikthaft aufgefasst werden, ist die Frage der Reproduktion der gesellschaftlichen Arbeitsver-

hältnisse im Produktionsprozess, nach der Kohäsion des Gesellschaftlichen, eben nicht auf der Ebene der Produktion zu lösen, sondern verlagert sich in die Ebene der Zivilgesellschaft und den Staat. Da aber die gesellschaftlichen Interaktionen und Verkehrsformen wesentlicher Inhalt und Problem der Kämpfe um Hegemonie sind, bleiben die Intellektuellen an die Fragen der gesellschaftlichen Arbeitsteilungen rückgebunden.

Da dies aber etwa von Marchart negiert wird, kann der post-marxistische Diskurs zur Zivilgesellschaft auch kein Bewusstsein der Widersprüche entwickeln, in denen der Theoretisierende sich selbst, „als individuelle oder als ganze gesellschaftliche Gruppe genommen, (...) als Element des Widerspruches setzt, dieses Element zum Prinzip der Erkenntnis und folglich des Handelns erhebt“ (ders., 1991ff, 1474).

Daher wollen die Zivilgesellschafts-Intellektuellen, wie auch die Widerstandsbewegung wenig von ihrer Position in den gesellschaftlichen Arbeitsteilungen rassistischer, sexistischer oder klassenspezifischer Natur – also jenseits der Ebenen der Öffentlichkeit, des Allgemeinwohls und der Politik – wissen.

Sichtbar wurde dies in der von Konrad Paul Liessmann im Standard unter dem Titel die „Intellektuellen und ihr Volk“ vom Zaun gebrochenen Debatte über den Erfolg Jörg Haiders und dem Versagen der kritischen Intellektuellen (*Der Standard*, 30.10.99). In dieser Debatte hielt Liessmann den „kritischen Intellektuellen“ vor, sich vor dem „Volk“ zu „ekeln“ und es mit ihrer moralisierenden und „alarmistischen“ Kritik zu „traktieren“

anstatt auf die „objektiven Grundlagen“ (die er etwa im „Asylmissbrauch“ verortete) der rassistischen Mobilisierung einzugehen. Diese bewusst mit neu-rechten Ideologemen spielende Provokation Liessmanns zog natürlich eine Reihe von kritischen Antworten nach sich. Diese beschränkten sich aber vor allem auf die (richtige) Zurückweisung der Anmassungen Liessmanns aus ideologiekritischer Perspektive und der Verteidigung einer kritisch moralischen Position in der Auseinandersetzung mit der FPÖ und dem Rassismus. Letztlich aber wurde das von Liessmann eröffnete Terrain, nämlich die Frage nach dem Verhältnis von „kritischen Intellektuellen“ und „Volk“ nicht verlassen und als Feld der Auseinandersetzung akzeptiert. Anstatt also die Gegenüberstellung von Intellektuellen und „Volk“ als eine hegemoniale Artikulation zu begreifen, welche auf „moralische, politische und intellektuelle Führung“ abzielt, verblieben die „kritischen Intellektuellen“ in der Ecke der „moralischen Alarmisten“, die nur in dieser Anordnung existiert, in die Liessmann sie gestellt hatte. Anstatt „Volk“ als hegemoniale Anrufung subalternen Gruppen und als spontane und freiwillige aktive Zustimmung zu diesen mit ganz bestimmten Grenzbeziehungen und Ausschlüssen zu begreifen, affirmierten die als kritische Intellektuelle bezeichnete ihren Status als ebendiese. Gedacht als Volk, erschienen die Subalternen als „einheitliche“, „ressentimentgeladene“, „verführbare“ aber auch „missverständene“ Einheit, zu denen Intellektuelle sich anscheinend in ein wissendes, verstehen-

des und moralisch führendes Verhältnis zu setzen hätten.

Anstatt also jene gesellschaftlichen Verhältnisse anzugreifen, welche die hegemoniale Sicherung herrschaftlicher Verhältnisse bedingen, konzentrieren sich die zivilgesellschaftliche Diskussionen auf die Erneuerung des gesellschaftlichen Konsens, die Erzeugung von gesellschaftlich allgemeinen (Gegen-)Identitäten. Es ist daher nicht verwunderlich, dass der Widerstand sich immer wieder selbst als „interesselos“, also auf das Allgemeinwohl, jenseits materieller Lebensverhältnisse abzielend, darstellt, so als stünden die Demonstrierenden ausserhalb der gesellschaftlichen Verhältnisse.

Trotz des ganzen gramscianischen Wortgeklingels verbindet sich dieses Verständnis daher eher mit dem Habermas'schen Intellektuellenbegriff. „Da der Intellektuelle – in normativer Hinsicht, nicht unbedingt empirisch – Rationalität und herrschaftskritisches Verhalten verkörpert, (...) emanzipiert er sich von als selbstverständlich unterstellten, traditionellen Normen und Klassenstrukturen. Anders als bei Gramsci bleibt diese Emanzipation auf den Intellektuellen beschränkt“ (Demirovic, 1991, 45).

Daher erübrigt sich also die selbstkritische Verortung der intellektuell Tätigen in der sexistischen und rassistischen Klassengesellschaft. In bezug auf den Widerstand gegen die blau-schwarze Regierung aber kann dies gravierende Folgen haben.

Es ist zu befürchten, dass die Zivilgesellschaft, sowie Intellektuelle und Künstler des Widerstandes ihre Kämpfe nicht auf den zu erwartenden Angriff auf die Lebensver-

hältnisse der Subalternen beziehen können, oder dies nur als eine hegemoniale Beziehung moralischer Führung begreifen. Dies aber, obwohl durch die Kürzung von Fördergeldern und die Verschärfung des gesellschaftlichen Klimas schon in der Frühphase des blau-schwarzen Projektes ihre eigenen Lebens- und Arbeitsverhältnisse angegriffen werden. Die Opposition gegen die neue Regierung müsste sich also die Frage stellen, ob die permanente Mobilisierung für Neuwahlen als Ausdruck und Strategie des Widerstandes und der Anspruch für einen neuen gesellschaftlichen Konsens zu kämpfen, den Durchgriff der Regierung und die autoritäre Transformation auf die Lebensverhältnisse der Menschen wird verhindern können. Dieser wird eine Reorganisation der Lebensverhältnisse von Frauen, MigrantInnen, Lohnabhängigen, – was vor allem auf eine Verunmöglichung bestimmter Freiräume oder der simplen Teilnahme an dieser Gesellschaft abzielen wird – versuchen. Meiner Einschätzung nach wäre es notwendig, in der gegenwärtigen Phase der Konsolidierung des neuen Regimes, die „Befestigungen“ und „Kasematten“ aufzubauen und zu vervielfältigen, welche die konkreten Angriffe der rechten Regierung (auf das Gesundheits-, Sozial- und Pensionssystem, auf die Arbeitsverhältnisse etc.) abzuwehren in der Lage wären. Dies aber würde bedeuten, über die feierliche, weiheliche Ebene des Staatspolitischen, der Konzentration auf das Gesellschaftlich-Allgemeine, den Konsens zu überschreiten und den Widerstand in den Alltag zu tragen. ■

Literatur:

- Demirovic, Alex (1991): *Zivilgesellschaft, Öffentlichkeit, Demokratie*, in: *Das Argument*, 185, 33. Jg. Heft 1, 41-55.
- Demirovic, Alex (1994): *Hegemonie und Öffentlichkeit*, in: *Das Argument*, 206, 36. Jg., Heft 4/5, 675-691.
- Gramsci, Antonio (1991ff): *Gefängnishefte. Kritische Gesamtausgabe*, herausgegeben von Wolfgang F. Haug, Hamburg.
- Hirsch, Joachim (1995): *Der nationale Wettbewerbsstaat. Staat, Demokratie und Politik im globalen Kapitalismus*.
- Jessop, Bob (1990): *State Theory. Putting Capitalist States in their Place*. Pennsylvania.
- Laclau, Ernesto (1990): *New Reflections on the Revolution of our Time*. London.
- Laclau, Ernesto; Mouffe, Chantal (1991): *Hegemonie und radikale Demokratie – Zur Dekonstruktion des Marxismus*. Wien.
- Rödel, Ulrich; Frankenberg, Günther; Dubiel, Helmut (1989): *Die demokratische Frage. Ein Essay. Frankfurt/Main*.

Öffentlichkeit statt „Zivilgesellschaft“

Für so etwas wie Widerstand gegen die Widerlichkeit der Verhältnisse brauchen wir keine Marke zur Identitätsstiftung, sondern Öffentlichkeit als Möglichkeitsbe- dingung und Modus.

VON ROBERT ZÖCHLING



Plakat der S.I., Paris 1968, Sammlung P.S. Callot, La Madeleine

Im aktuellen Sprachgebrauch vieler Unzufriedener eines Landes, das es nie zu einer halbwegigen Zivilisation brachte, ist „Zivilgesellschaft“ zum im übrigen unbegriffenen und unbegrifflichen Schlagwort geworden, letztlich zu einer Marke, mit der den Protesten gegen eine blau-schwarze Regierung dieses Landes Identität gestiftet und für sie geworben werden soll. Die Annahme jeder darüber hinaus gehenden Bestimmtheit wäre zufällig und von den Werbenden auch nicht gewünscht. *CI* und *PR1* sind angesagt, nicht Auseinandersetzung und Widerstand. Der Erfolg der *PR* bemißt sich dann daran, daß angeblich oder tatsächlich in „den Medien“ die Marke „Zivilgesellschaft“ die Marke „Bürgergesellschaft“ aus dem Rennen geschlagen hat. Die Parteien, die gerade nicht an der Regierung sind, wetteifern darum, möglichst billig in das Franchising-Unternehmen einzusteigen. Wie die vorher schon regiert haben oder was die tun müssen und werden, um in einigen Jahren regierungsfähig zu werden, hindert nicht am Mitspielen und Mitprofitieren.

Daneben fristet ein anderes Wort sein der zivilen Realität entsprechendes, kümmerliches Dasein: Niemand beansprucht für sich, „Öffentlichkeit“ zu wollen, herzustellen oder einer solchen anzugehören. Das Wort mit dem „Ö“, nach dem alle, insbesondere „die Medien“, gie-

ren, ist „Österreich“. Das Wort, nach dem niemand verlangt, am wenigsten „die Medien“, ist „Öffentlichkeit“.

Am Ende von Öffentlichkeit

Sinn und Zweck von Öffentlichkeit in der bürgerlichen Gesellschaft sind an bestimmte Fortschrittserwartungen geknüpft, die heute so erschöpft sind wie diese Gesellschaft weltweit durchgesetzt ist. Der klassischen, aufklärerischen Idee gemäß sollte sich Meinung in öffentlichem Streit um ihre wahren Gründe und vernünftigen Argumente bilden, bewähren und durchsetzen, zur *volonté générale* formieren und so die Lebensmöglichkeiten von – bürgerlichen, erwerbstätigen – Menschen *in Gesellschaft* stetig erweitern und verbessern: „Öffentlichkeit wird also [im klassisch aufklärerischen Begriff] dazu gebraucht, die vagen und vorurteilvollen Meinungen der Privatleute zum Beschluß, zum Gesetz zu führen, anders gesagt, zur Institution, in der auch die Unterlegenen ihre Freiheit bewahrt sehen können. Deswegen sollte die Öffentlichkeit eine unaufhörliche Anstrengung sein, wie ja auch die bürgerliche Gesellschaft, die sich durch die im Widerstreit der Meinungen hergestellte *volonté générale* aufrechterhält, ein immerwährend auf Zukunft gerichtetes Unternehmen ist.“² Nun ja, so ist es nicht gekommen: Die bürgerliche Gesellschaft mag sich

noch als sehr langlebig erweisen, ein immerwährend auf Zukunft gerichtetes Unternehmen ist sie insofern nicht, als die Zukunft, um die es hier ginge, nur dann eine wäre, wenn sie noch uneingelöste, außerhalb des schon Bestehenden liegende, Fortschrittsverheißungen bereithielte, aus denen die öffentliche Befassung ihren Sinn gewänne. Die bürgerliche Gesellschaft erschöpft sich heute aber zusehends in dem, was sie bereits ist, und hält keine weiteren, wünschbaren Verheißungen für das Leben von Menschen *in Gesellschaft* mehr bereit.

Die auf *Zukunft* gerichteten Ideen der Aufklärung haben sich aufgelöst in dem auf *ständige Gegenwart* fixierten und fixierenden *Spektakel*: in der Reproduktion der schieren, auf nichts als sich selbst bezogenen Warenform, die sich jeden Bezugs auf einen Zweck außerhalb ihrer selbst entledigt hat, jeden Sinn und jede Vernunft negiert und jede Kritik verhöhnt: „Das Spektakel stellt sich als eine ungeheure, unbestreitbare und unerreichbare Positivität dar. Es sagt nichts anderes mehr als: ‚Was erscheint, das ist gut; was gut ist, das erscheint‘ Die durch das Spektakel geforderte Haltung ist diese passive Hinnahme, die es schon durch seine Art, unwiderlegbar zu erscheinen, durch sein Monopol des Scheins faktisch erwirkt hat“.³

Wenn das Abhandenkommen von Öffentlichkeit beklagt und kritisiert wird, dann geschieht dies meist als Medienkritik. Eine Medienkritik aber, die nichts weiter als die Medien kritisieren will, bleibt Branchengeschwätz, das in ein Palaver über so etwas wie Qualitätsmanagement münden

mag und den einen oder anderen Konsulentenjob rechtefertigen mag, den Gegenstand seiner Kritik aber verfehlt und unangetastet läßt. Eine Kritik der Warenform hingegen ermöglicht besser als jede *von vornherein* aufs symbolische Geschehen fixierte Kritik z.B. der Medien ein Verstehen des Abhebens der gesellschaftlichen Produktion und überhaupt der gesellschaftlichen Befassung in allen Bereichen in die Welt der feinen, kaum noch faßbaren Unterschiede, in die vervielfältigte Einfalt und die aufs bloß Symbolische reduzierten Differenzen, deren weitere Ausdifferenzierung schleifenartig immer wieder in sich selbst zurückläuft.

Die Durchsetzung der Warenform als Motor und Modus gesellschaftlicher Produktion und Konsumtion ist die Durchsetzung des Prinzips, daß es gesellschaftlich nicht darauf ankomme, *was* produziert wird, sondern *daß* produziert wird, daß nämlich Wert produziert wird, der am Markt realisiert, also verkauft werden kann. Mit dieser Hervorhebung des Werts als Motor der Produktion wird ein zweiter Aspekt gleichsam abgespalten: der Gebrauchswert, positiv aufzufassen und zu bestimmen als die Verwendbarkeit oder „bedürfnisbefriedigende Potenz“ des zur Ware gewordenen Produkts. Zwar kommt es – nach „klassischer“ Auffassung – auf eine positive Bestimmtheit des Gebrauchswerts für die Produktion nicht an, wohl aber auf das erkennbare Vorhandensein oder wenigstens die Möglichkeit der Glaubhaftmachung eines positiv bestimmbaren und distinkten Gebrauchswerts zur Realisierung des Werts, also zum Verkauf der Ware.

Diese Voraussetzung wird aber unter der fortgeschrittenen Warenproduktion und ihrer Marktkommunikation fragwürdig: Die Distinktion der Gebrauchswerte ähnlicher Waren, die sich zur gleichen Zeit am Markt befinden wird immer schwieriger; die Distinktion einander ablösender Waren-Generationen sehr ähnlichen Gebrauchswerts wird ebenso schwieriger. Gesamtgesellschaftlich wird eine Ausdehnung des *konkreten* Reichtums (also der Ansammlung positiv bestimmbarer Gebrauchswerte) *durch* Ausdehnung des *abstrakten* Reichtums (also der Ansammlung abstrakten Werts) immer schwieriger erkennbar.

Die letzte Konsequenz, gewissermaßen der Fluchtpunkt, dieser Entwicklung wäre die *Aufhebung* des Gebrauchswerts durch den Wert. Dabei handelte es sich darum, die *durchgesetzte Allgemeinheit des Werts* nicht durch die zunächst von ihm selbst gesetzte *Besonderheit des Gebrauchswerts* realisieren zu müssen, sondern durch das *schiere Vorhandensein* der Werterscheinungen, also Waren, die gegen die Frage nach so etwas wie positiv bestimmbarer Gebrauchswertaspekten, also etwa nach ihrer „Nützlichkeit“ oder „bedürfnisbefriedigenden Potenz“, immunisiert sind. Diese letzte Konsequenz mag insofern nicht erreichbar sein, als den Wertgegenständen ziemlich unvermeidlich und untillgbar gewisse Eigenschaften eignen, der Vorgang des Absehens von positiver Ausgestaltung dieser Eigenschaften zu einer wohlbestimmten Gebrauchsgenständlichkeit ist aber heute bereits so weit vorgeschritten, daß er einer Aufhebung bereits sehr nahe kommt. Noch vor einigen

Jahren war von „intelligenten Produkten“ oder „Nachhaltigkeit“ umso mehr die Rede, je unintelligenter und rascher vergänglich die große Masse der Waren wurde; oder im Bereich der Medienproduktion von „content providing“, je offensichtlicher und die vielen neuen UserInnen anfänglich enttäuschend das Fehlen von „Inhalt“ insbesondere im „boomingen Markt“ des World Wide Web wurde. Heute ist selbst die *Beschwörung* von so etwas wie „Inhalt“ lasch geworden, seine Nebensächlichkeit bereits unproblematisch für das Weiterlaufen der Vermarktung: booming without content, no problem. Wir stehen heute vor einer gewaltigen Ansammlung von Werterscheinungen, die sich einer Befragung nach ihrem Sinn und Zweck weitgehend entziehen, indem sie als symbolisches Spiel der *Marken* und *Images*, der *Hypes* und *Musts* in ihrem *schieren Vorhandensein* aufeinander verweisen, einander bestärken, einander unwiderstehlich machen, einander schließlich als den *einzig noch gesellschaftlich verbindlichen Zusammenhang* konstituieren, und zwar *durch* systemisch-zwanglose Ruinierung aller anderen gesellschaftlichen Zusammenhänge, etwa auf gesellschaftlich verbindlich begründbare und verhandelbare Bedürfnisse bezogenen Zusammenhänge *politischer* oder *kultureller Öffentlichkeit*. Die *kritische Frage* nach Sinn und Zweck gesellschaftlicher Produktion oder überhaupt gesellschaftlicher Befassung in den verschiedenen Bereichen von Politik, Kultur, Wissenschaft usw. muß nicht erst durch so etwas wie Zensur verboten werden, sie verbietet sich gewissermaßen von selbst: „Disqualifizieren par-



te pro toto die Konsumenten den Warenzusammenhang als zu keiner bestimmten Bedürfnisbefriedigung tauglich, so berauben sie sich damit eben dessen, was ihnen mittlerweile ihr allgemeinstes Bedürfnis, das nach Gesellschaft und Öffentlichkeit, zu befriedigen bevollmächtigt ist, d.h. sie bezahlen die Disqualifikation der Waren mit ihrer eigenen Exkommunikation, die Verbannung der Werterscheinungen aus der Klasse der nützlichen Dinge mit ihrem persönlichen Ausschluß aus der Sphäre gesellschaftlicher Wesen. Wollen die Konsumenten Zusammenhang und menschliche Gesellschaft, so müssen sie auch das wollen, was, wie die Dinge liegen, Zusammenhang monopolistisch stiftet und Gemeinschaft ausschließlich gewährleistet: die Werterscheinungstotalität des Markts. [...] Wenn auch sonst keinerlei bestimmtes Bedürfnis und Interesse sich mit dieser oder jener besonderen Werterscheinung mehr verknüpft, so jedenfalls doch das ganz allgemeine und immer gleiche Bedürfnis nach dem, wofür die Werterscheinungen in toto eintreten und was jede Werterscheinung repräsentiert, das Bedürfnis nach Kraft Warenzusammenhang synthetisierter menschlicher Gesellschaft, nach mittels Markt organisierter bürgerlicher Öffentlichkeit [...]“⁴

Anders herum – und nicht bloß aus Liebe zum Sprachspiel – kann und muß man aber formulieren: Wenn jegliche Gebrauchswert-Bestimmung und jegliche Bedürfnis-Bestimmung, jede öffentliche Frage nach Sinn, Zweck und Legitimation nicht nur der Produktion sondern auch der übrigen gesellschaftlichen Befassung (etwa und insbesondere der

Politik) vom gesellschaftlichen Zusammenhang *negiert* wird, sich von selbst verbietet, und den Einzelnen als *bloße Privatangelegenheit* überlassen wird, an der sie ihr Glück oder ihre Verzweiflung finden mögen, dann gibt es keine bürgerliche *Öffentlichkeit* mehr, sondern nur noch ausgedehnte Privatheit.

Öffentlichkeit gegen die bürgerliche

Von dieser ausgedehnten Privatheit sind auch wir und unsere kritisch gemeinten Diskussions- und Handlungszusammenhänge ergriffen. Begonnen hat es schon mit den „neuen sozialen Bewegungen“: „Zunächst waren da hunderte von Ein-Punkt-Öffentlichkeiten, versammelt um einen Sorgenknoten, den sie als spezielles Protestgut betrachteten. Diese Mikro-Öffentlichkeiten sehen ihre Modernität gerade darin, daß sie keine Verbindlichkeit herstellen wollen, und so verlaufen sie sich auch wieder. Immerhin vermögen sie für eine Weile Kompetenz zusammenzubringen, erzeugen auch noch individuelle Erfahrung und Verantwortlichkeit. Aber sie können nicht viel mehr sein als Ersatz in einer zerstörten Öffentlichkeit. Sich gerne Bewegung nennend, sind sie immun gegen Kritik, also eben gegen Öffentlichkeit. Diese Ersatz-Öffentlichkeiten, die vom ganz Besonderen her das große Ganze und Allgemeine anrufen, verblassen mittlerweile oder sind von den Institutionen zu deren Auffrischung absorbiert. Sie zogen Sympathie auf sich, aber sie haben auch viel dazu getan, daß alle Welt schlampig herumläuft und sich schlampig ver-

hält.“⁵ Den Punkt, an dem wir mit diesen „Ein-Punkt-Öffentlichkeiten“ halten, habe ich in der Einleitung markiert: Räumt man *CI* und *PR* von der „Bewegung gegen blau-schwarz“ ab, dann steht man vor dem disparaten Haufen privat gebliebener Meinungen, den es da im Grunde auch vorher schon gab. Immerhin sind aber Menschen zusammengekommen und tun das auch weiterhin. Mit ihnen wird weiterhin nur etwas anzufangen sein, wenn wir es zustandebringen, aus der ausgedehnten Privatheit der allgemeinen gesellschaftlichen und auch ihrer bisherigen, sogenannten „widerständigen“ Befassung zu öffentlicher Befassung zu gelangen, das heißt *von Identitätsstiftung zu Auseinandersetzung*: zu einer Art von Auseinandersetzung, in der es nicht um die Versammlung um einen „kleinsten gemeinsamen Nenner“ von Meinung geht („weg mit blau-schwarz“ oder auch „widerstand“). *Meinung*, als bloße, ist immer *privatistisch*, insofern sie ihre verallgemeinerungsfähigen Gründe, Argumente und Konsequenzen schuldig bleibt, in privater Besondere verharret und damit undiskutabel, wenn auch leider meist nicht ganz folgenlos bleibt. In den zu führenden Auseinandersetzungen um die *Verallgemeinerungsfähigkeit* der einmal versammelten Meinungen wird es vom Besonderen ausgehend sehr rasch um das *große Ganze* gehen müssen: Um die Gesellschaft, die eine Regierung wie diese und auch schon die vorangegangene, ermöglicht; darum, was von politischen Parteien, die sich in einer solchen Gesellschaft um Regierungsfähigkeit bewerben,

realistisch erwartet werden kann; darum, was Staat und Politik überhaupt sind und sein können; darum, wogegen sich Kritik, die eine sein will, richten muß und ob und worauf sie sich positiv beziehen kann oder soll; schließlich darum, was Widerstand bedeutet und erfordert, also darum, wie sich die Kritik, zu der man sich aufgrund geführter Auseinandersetzung verstehen kann, auch *praktisch* Geltung und Wirkung verschaffen kann. Solcherart Auseinandersetzung ist heute nur möglich *gegen* alles, was an sogenannter „herrschender“ gesellschaftlicher Kommunikation und sogenannten „etablierten“ Medien gegeben ist. Es bleibt uns nichts anderes übrig, als unsere eigenen Öffentlichkeiten *gegen* die bürgerliche, die keine mehr ist, zu bilden und die dafür tauglichen Medien zu ermöglichen.

- 1 Corporate Identity und Public Relations – *nähere Auskünfte bei der Wirtschaftskammer, Fachgruppe Werbung und Marktkommunikation.*
- 2 Claus Koch: *Letzte Nachricht von der Öffentlichkeit*, in: Kursbuch 125, Berlin, Rowohlt Verlag, 1996, S 160
- 3 Guy Debord: *Die Gesellschaft des Spektakels*, Thèse 12, Berlin, Tiamat Verlag, 1996
- 4 Ulrich Enderwitz: *Totale Kommunikation – Von der Marktgesellschaft zur Kommunikationsgesellschaft*, Berlin, RM Verlag DiA, 1986, S 133f
- 5 Claus Koch: *Letzte Nachricht von der Öffentlichkeit*, in: Kursbuch 125, Berlin, Rowohlt Verlag, 1996, S 162f

Widerstand im Spektakel

Die Situationistische Internationale

Als ich 1997/98 für das Museum moderner Kunst in Wien eine Ausstellung über die „Situationistische Internationale 1957-1972“ vorbereitete, machte ich die Erfahrung, daß in Österreich nur wenige die S.I. kannten. Dabei gab es früher einige Berührungspunkte zwischen der Wiener Kunstszene und der Situationistischen Internationale. In Wien waren die Situationisten zum Beispiel Ossi Wiener, der in den Sprachinterventionen der „Wiener Gruppe“ Parallelen zur S.I. sah, dem Architekten Günther Feuerstein, der 1961 einen Artikel in der Münchner Zeitschrift SPUR veröffentlichte, oder auch Arnulf Rainer, der 1961 eine Solidaritätserklärung für die gerichtlich verfolgte SPUR-Gruppe unterzeichnete, bekannt. Die Situationisten wiederum veröffentlichten 1960 eine polemische Erklärung gegen Fritz Hundertwasser, den sie aus Paris kannten.

Nur bei der Schrift „Gesellschaft des Spektakels“ von Guy Debord, dem zentralen Theoretiker der S.I., der zugleich der „Direktor“ der in Paris erscheinenden Zeitschrift „Internationale Situationiste“ war, sowie bei einigen anderen seiner Publikationen¹ war in den neunziger Jahren eine ansteigende Tendenz der Bekanntheit festzustellen. In einer Zeit eines zunehmenden Konformismus, einer Event-Kultur und einer fortschreitenden Kommerzialisierung des Kunstbetrie-

bes gewinnen radikale (Gegen-)Positionen und eine konsequente (revolutionäre) Kritik, formuliert in den fünfziger und sechziger Jahren, eine neue geistige und politische Attraktivität.

In dem Begriff „Situationistische Internationale“ kommen zwei Bedeutungsebenen zusammen:

a) eine strategische (methodische)

„Unser Hauptgedanke ist der einer Konstruktion von Situationen – d. h. der konkreten Konstruktion kurzfristiger Lebensumgebungen und ihrer Umgestaltung in eine höhere Qualität der Leidenschaft. Wir müssen eine geordnete Intervention in die komplizierten Faktoren zweier großer, sich ständig gegenseitig beeinflussender Komponenten durchführen: die materielle Szenerie des Lebens und die Verhaltensweisen, die sie hervorbringt und durch die sie umgestaltet wird.“ (Guy Debord: Rapport zur Konstruktion von Situationen, Paris 1957)

b) eine organisatorische
Die S.I. hatte ihr Zentrum in Paris. Sie war in internationale Sektionen auf gegliedert. Neben der französischen gab es

- die holländische Sektion unter anderem mit Constant, Armado, später Jacqueline de Jong
- die deutsche Sektion unter anderem mit Hans Platschek, der Gruppe SPUR, Uwe Lausen
- die belgische Sektion mit

Maurice Wyckaert, Raoul Vaneigem und anderen

- die skandinavische Sektion mit Jörgen Nash, Hardy Strid, J.V. Martin und anderen.

Zeitweise existierte auch eine britische, algerische und US-amerikanische Sektion.

Rückblickend teilte Guy Debord 1968 die Tätigkeit der S.I. in zwei Perioden ein:

- 1) 1957 – 1962 mit der „Aufhebung der Kunst“ als Hauptthema, was in der S.I.-Praxis einen fast völligen Ausschluß der Künstler und Künstlerinnen durch den Zentralrat bedeutete.
- 2) ab 1962 als die Periode der „Verwirklichung der Politik“.

Beginn und Ende

Am Beginn der Situationistischen Internationale stand das Zusammenkommen zweier Avantgarde-Gruppen der ersten Nachkriegsjahre:

- Asger Jorn, Giuseppe Pinot-Gallizio sowie Piero Simondo, Walter Olmo und Elena Verrone von der „Bewegung für das Bauhaus Imaginista“.

Diese 1953 nach dem Niedergang von „Cobra“ (1948-1953) von Asger Jorn initiierte „Bewegung“ sah sich in einer Gegenposition zum neuen Ulmer Bauhaus Max Bills. Es war „ein Instrument zur Erforschung und Förderung der internationalen Gärung und ästhetischen Experimente. Es gärt auch in sich selbst: es ist *imaginistisch* und versammelt daher ver-

Finden sich bei der S.I. Anknüpfungspunkte für aktuelle Protestbewegungen?

VON DIETER SCHRAGE*



Guy Debord

*) Dieter Schrage ist Kurator im Museum moderner Kunst Stiftung Ludwig in Wien

schiedene Individuen zu künstlerischer, wissenschaftlicher und kulturrevolutionärer Tätigkeit.“²

- Guy Debord und Michéle Bernstein von der „Lettristischen Internationalen“.

Die Lettristen hatte der Rumäne Isidore Goldstein als Isidore Isou gegen Ende des II. Weltkrieges erfunden und

mit jugendlichem, dadaistischem Ungestüm sowie mit linkspolitischem Engagement in den vierziger Jahren in Paris bekannt gemacht. „Sie nannten sich Lettristen und im Paris der Nachkriegszeit war ihr Zusammenhang zweifellos der aktivste. Natürlich kannten sie – zum überwiegenden Teil, wie Debord,

nicht mal 20 Jahre alt oder sogar noch jünger – die Koordination der Moderne in ihrer Stadt genau, denn sie hatten nichts geringeres vor, als den etablierten Vertretern der künstlerischen Bohème – Surrealisten oder Existentialisten beispielsweise – die Macht zu entreissen.“³

Der Lettrismus war vor allem eine radikale, neodadaistische Poesie, die die Sprache als Klang und die Schrift als Material betrachtete. Die Lettristen arbeiteten im Bereich von Malerei und Grafik sowie vor allem auch im Bereich Avantgardefilm.

Die Gründungskonferenz der S.I., zu der als ein Einzelgänger auch Ralph Rumney von dem „Psychographischen Komitee“ in London gekommen war, fand im Juli 1957 im norditalienischen Cosio d'Arroscia statt. Bald nach der Gründung kamen der deutsche Maler und Kunstpublizist Hans Platschek („Neue Figuration“, München 1959) sowie die Münchener Gruppe SPUR (Lothar Fischer, Heimrad Prenz, Helmut Sturm, Hans-Peter Zimmer sowie dann der spätere Berliner Kommune Dieter Kunzelmann) hinzu.

1972 – reduziert durch eine rigorose, geradezu „stalinistische“ Ausschlußpraxis sowie durch zahlreiche freiwillige Austritte – lösten Guy Debord und seine beiden letzten Getreuen (Gianfranco Sanguinetti und J. V. Martin) die S.I. auf.

Insgesamt hatten zwischen 1957 und 1972 der S.I. 79 SituationistInnen angehört, davon waren 45(!) ausgeschlossen worden. Die kürzeste Mitgliedschaft war die der italienischen MitbegründerInnen Elena Verrone und Walter Olmo, die bereits im

Jänner 1958 ausgeschlossen wurden. Nur Guy Debord, eine Art Politikommissar der S.I., gehörte dieser Gruppe von der Gründung bis zur Selbstauflösung an.

Die Periode der Aufhebung der Kunst

Roberto Ohrt beschreibt diese bis 1962 andauernde Periode wie folgt: „Bis 1962 waren etwa 40 Künstler aus ganz Europa durch die S.I. gegangen, und viel mehr als insgesamt 70 Mitglieder hat die S.I. bis zu ihrer Auflösung 1972 nie gesehen. 7 Nummern der insgesamt 12 in Chromolux Metallic eingeschlagenen Revue ‚internationale situationiste‘ waren erschienen, alle 7 Nummern der Zeitschrift SPUR, die zusammen mit den Manifesten und Flugblättern im SPUR-Buch gebunden herauskamen, und 5 von insgesamt 8 Konferenzen waren in verschiedenen Städten Europas durchgeführt worden. In diesen fünf Jahren war die S.I. wirklich international aktiv und dennoch entstand schon damals die Legende vom Hauptquartier in Paris, dem Wohnsitz von Guy Debord.“⁴

Die in der ersten Periode der S.I. von Guy Debord und seiner „linken Fraktion“ betriebene „Aufhebung der Kunst“ (= Ausschluß der KünstlerInnen) soll am Konflikt um die Münchner Gruppe SPUR kurz dargestellt werden. Zunächst war die S.I., vor allem nach der von Asger Jorn betriebenen Aufnahme von Prem, Zimmer & Co anlässlich der Münchener S.I.-Konferenz im April 1958 („Ein kultureller Putsch während ihr schläft“, Flugblatt der S.I.), durchaus auch eine Bewegung der Künstler und Künstlerinnen (neben

SITUATIONISTISCHE BEGRIFFE

Konstruierte Situation: Durch die kollektive Organisation einer einheitlichen Umgebung und des Spiels von Ereignissen konkret und mit voller Absicht konstruiertes Moment des Lebens.

Situationistisch / Situationist: Alles, was sich auf die Theorie oder auf die praktische Tätigkeit einer Konstruktion von Situationen bezieht. Derjenige, der sich damit beschäftigt, Situationen zu konstruieren. Mitglied der Situationistischen Internationale.

Situationismus: Sinnloses Wort, mißbräuchlich durch Ableitung des vorigen gebildet. Es gibt keinen Situationismus, was eine Doktrin zur Interpretation der vorhandenen Tatsachen bedeuten würde. Der Begriff Situationismus wurde eindeutig von Anti-Situationisten aufgebracht.

Psychogeographie: Erforschung der genauen unmittelbaren Wirkungen, seien sie bewußt gestaltet oder nicht, des geographischen Milieus auf das emotionale Verhalten der Individuen.

Umherschweifen (Dérive): Mit den Bedingungen der städtischen Gesellschaft verbundene experimentelle Verhaltensweise: Technik des eiligen Durchquerens abwechslungsreicher Umgebungen. Im besonderen Sinne auch: die Dauer einer ununterbrochenen Ausübung dieses Experiments.

Unitärer Urbanismus: Theorie der gesamten Anwendung der künstlerischen und technischen Mittel, die zur vollständigen Konstruktion eines Milieus in dynamischer Verbindung mit Verhaltensexperimenten zusammenwirken.

Zweckentfremdung (Détournement): Kurzfassung der Formel: Zweckentfremdung von ästhetischen Fertigteilen. Integration aktueller oder vergangener Kunstproduktionen in eine höhere Konstruktion des Milieus. In diesem Sinne kann es weder eine situationistische Malerei noch eine situationistische Musik, wohl aber eine situationistische Anwendung dieser Mittel geben. In einem ursprünglicheren Sinne ist die Zweckentfremdung innerhalb der alten kulturellen Gebiete eine Propagandamethode, die die Abnutzung und den Bedeutungsverlust dieser Gebiete aufzeigt.

der Gruppe SPUR zum Beispiel Hans Platschek, der erste Exponent der deutschen Sektion, bereits im Februar 1959 wieder ausgeschlossen, oder die Holländerin Jacqueline de Jong, nach ihrem Ausschluß 1962 Herausgeberin der „Situationist Times“). Und zunächst war diese „rechte Fraktion“ der KünstlerInnen durchaus bereit, mit ihren kulturrevolutionären Intentionen den Revolutionsstrategien der S.I. zu folgen: „Der Gedanke, den die Künstler der Gruppe SPUR in die Situationistische Internationale einbringen wollten und den sie eigentlich auch hätten einbringen können, ist das Bild als ein Modell für Verwandlungen, Veränderungen, die sich aus dem lebendigen Prozeß des Malens ergeben. Sie sind den Abläufen einer *Dérivé* vergleichbar, in denen der Umherschweifende auf die Gegebenheiten des Lebens reagiert, Stoffe einbezieht, verarbeitet und mit seinen Initiativen konfrontiert“.⁵

Doch diese Position war für Guy Debord und seine Fraktion unannehmbar. Attila Kotányi, Exil-Ungar und nach Constant „Direktor des Büros für den unitären Urbanismus“ erklärte: „Seit dem Anfang unserer Bewegung hat sich das Problem des Etiketts der Kunstwerke der S.I.-Mitglieder gestellt. Wir wußten wohl, daß keines ein situationistisches Produkt war, aber wie sollte man sie benennen? Ich schlage Euch eine sehr einfache Regelung vor, und zwar sie *anti-situationistisch* zu nennen.“⁶ Und ein Beschluß des Zentralrates der S.I. von 1960 besagt: „Es ist bewiesen, dass die fraktionistische Aktivität dieser Gruppe auf einem systematischen Missverständ-

nis der situationistischen Thesen basierte; und dass die Mitglieder dieser Gruppe vollkommen die Disziplin der S.I. missachtet haben, um als Künstler zu arrivieren.“ (Situationistische Internationale, Katalog Museum moderner Kunst, 1998, S. 60)

Mit dem Ausschluß des überwiegenden Teils der Künstler und Künstlerinnen ist die Phase „der Aufhebung der Kunst“ abgeschlossen.

Die folgende Phase wird von Libero Andreotti wie folgt beschrieben: „Die zweite Phase der Aktivitäten der S.I., von 1962 bis 1972, war vom Erscheinen von Debords ‚Die Gesellschaft des Spektakels‘ (1967, deutsche Übersetzung 1978) und Raoul Vaneigem ‚The Revolution of Everyday Life‘ (1967) gekennzeichnet, die zu Kultklassikern der Underground-Jugendbewegung in ganz Europa wurden. Ebenso war diese Phase durch mehrere, weithin sichtbare und gut geplante öffentliche Aktionen charakterisiert. 1967 übernahmen einige Anhänger der S.I. die Hochschülerschaft an der Universität Straßburg und verwendeten deren Geldmittel dazu, illegal mehrere tausend Kopien eines Situationistischen Traktats mit dem Titel ‚Über das Elend im Studentenmilieu‘ zu drucken. Die daraus resultierenden Kontroversen und der Gerichtsprozeß verhalfen der S.I. zu einem unerwarteten ‚succès des scandale‘. Wenige Monate später schlossen sich die Situationisten mit den ‚enragés‘ von Nanterre außerhalb von Paris zusammen und waren gemeinsam mit anderen im Besetzungskomitee der Sorbonne daran beteiligt, die Ereignisse vom Mai 1968 herbeizu-

führen. Von diesem Augenblick an bis zu ihrer endgültigen Auflösung im Jahre 1972 wurde die S.I. zu einer Art Kommandozentrale, die *Communiqués* und einen ständigen Strom von subversivem Agit-Prop-Material herausgab, das zum Großteil von der Undergroundpresse in einem Dutzend Länder nachgedruckt wurde. Die Auflösung der Gruppe brachte das Ende einer Epoche, die, wie Peter Wollen bemerkt, ‚mit dem Futuristischen Manifest von 1909 in Paris begonnen hatte – der Epoche der historischen Avantgarde-Bewegungen mit ihrem typischen Apparat internationaler Agitation und Propaganda, mit Manifesten, Kongressen, Streitigkeiten (und) Skandalen.‘“⁷

Methoden und Strategien der S.I.

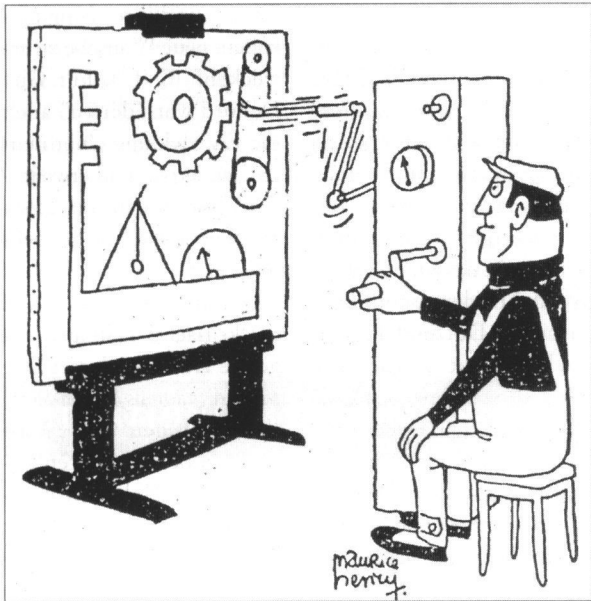
Um ihr Ziel der „Konstruktion von Situationen – d. h. der konkreten Konstruktion kurzfristiger Lebensumgebungen und ihrer Umgestaltung in eine höhere Qualität der Leidenschaften“ (Debord: Rapport) zu erreichen, entwickelten die Situationisten verschiedene Methoden und Strategien.

Aus der Tradition der Pariser Subkultur und der Bohème kam die Methode des „*dérivé*“ („Umherschweiften“ – siehe Definitionen). Dies war ein räumliches und konzeptionelles Erforschen der Stadt – oft der Vorstädte -, indem man/frau sie, manchmal auch im Morgengrauen nach durchzechter Nacht, durchstreift. Durch das „*dérivé*“ entwickelten die Situationisten – wie L. Andreotti im Wiener Katalog betont – „ein kritisches Bewußtsein des spielerischen Potentials urbaner

Räume und ihrer Möglichkeiten, neue Wünsche zu erwecken“ (S. 17). Für Guy Debord war „*dérivé*“ auch die Entwicklung einer neuen, „anderen“ und erweiterten Wissenschaft, der „Psychogeographie“ (siehe Definitionen).

Zusammengefaßt wurde die kritische, systemsprengende Auseinandersetzung mit der Stadt als Lebensraum der Menschen (der „Massen“) in dem „unitären Urbanismus“. Als konkrete Gegenmodelle zu dem immer menschenfeindlicher werdenden Charakter der modernen Großstädte entwickelte der Situationist Constant Ende der 50er Jahre seine „New Babylon“-Konzepte. Constant erklärte: „Die Architektur ist das einfachste Mittel, Zeit und Raum ineinanderzufügen, die Wirklichkeit zu modellieren, träumen zu lassen [...] Es wird Räume geben, die einen besser träumen lassen als Drogen [...]“.⁸ Constant wurde auch Leiter des „Büros für den unitären Urbanismus“ der S.I. in Amsterdam.

In der von Constant gemeinsam mit Debord im November 1958 verfaßten „Amsterdamer Erklärung“ (S.I. Nr. 2, Dezember 1958) wurde der „unitäre Urbanismus“ als letztlich kollektive Aktivität zur Schaffung eines dem gesamten Leben der Menschen gerecht werdenden Städtebaus zum zentralen situationistischen Mittel erhoben: „Eine konstruierte Situation ist ein Mittel, sich dem unitären Urbanismus zu nähern und dieser bildet die unerlässliche Grundlage für die Entwicklung der Konstruktion von Situationen als Ausdruck von Spiel und Ernst einer freien Gesellschaft.“



Karikatur zur Industriellen Malerei von G. Pinot-Gallizio, aus: Phantom Avantgarde, S. 205

In seinem Eröffnungsbericht zur Münchner S.I.-Konferenz bekräftigte der „New Babylon“-Kreator Constant im Hinblick auf das jetzt an-

gesagte situationistische Forcieren des „unitären Urbanismus“ seine kunstskeptische Hoffnung: „Schließlich wird die Architektur wie die anderen jetzigen Künste zum Vorteil der einheitlichen Tätigkeit verschwinden.“

Ausgelöst wurde die Debatte über den Stellenwert des individuellen Kunstschaffens innerhalb der revolutionären Veränderungsstrategien der Situationisten durch Constant. Der einstige „Cobra“-Maler, der Mitter der 50er Jahre die Malerei aufgegeben hatte, erteilte der herkömmlichen individuellen Kunst eine deutliche Absage. Gegen seinen einstigen Gefährten Jorn gewandt stellte er fest: „Jede Kunst, die sich an deine übermalte handwerkliche Freiheit anklammert, ist von vornherein verloren (irgendwo hat Jorn diese reaktionäre Seite im Bauhaus betont). In der Zukunft ist eine freie Kunst diejenige, die all die neuen Konditionierungstechniken beherrschen und ausnützen würde. Außerhalb dieser Perspektive gibt es nur die Sklaverei der künstlich wiedererlebten Vergangenheit und des Kommerz.“

Anstelle der individualistischen Kunst setzten sie vor allem die Methode des „détournement“ (Zweckentfremdung oder Umfunktionalisierung gestalteter Materialien – siehe Definitionen). Diese kreative Umgestaltung finden wir in Debords Avantgardefilmen, in zahlreichen Illustrationen der S.I.-Zeitschrift oder in den von Jorn und Debord gestalteten Kunst-Publikationen „Mémoires“ und „Fin de Copenhague“. Auch Asger Jorns „Modifikationen“, die Umgestaltung oder Übermalung vorgefundener Gemälde, sind Beispiele für die Methode.

Sind die Situationisten gescheitert?

Trotz der Vielzahl und Kreativität der Methoden und Strategien, trotz ihrer Radikalität, ihrer Konsequenz und unnachgiebigen Organisationsstruktur – vielleicht aber auch gerade deswegen – waren der Situationistischen Internationale nur ein sehr begrenzter Erfolg (im Pariser Mai '68 oder vorher in Straßburg) beschieden. Es wäre aber falsch von einem Scheitern der S.I. zu sprechen.

- Ihre Zeitschrift ist eines der wichtigsten intellektuellen und radikalpolitischen Dokumente der späten 50er und der 60 Jahre.
- Ihre Auseinandersetzung und ihr Diskurs über Grenzen und Ende der Kunst – und nicht zuletzt auch über eine notwendige Erweiterung des Kunstbegriffs – sind auch für die aktuelle Diskussion (zum Beispiel Kunst als soziale Intervention) von großer Bedeutung.
- Das gleiche gilt für den Internationalismus der S.I. und für ihren entscheidenden Ansatz der Konstruktion von Situationen.
- Vor allem bleibt ihr zentraler Kopf und Praktiker Guy Debord – trotz mancher Schwächen wie zum Beispiel seine Rigidität – einer der großen linksradikalen, revolutionären Denker unserer Zeit.

Und letztlich gilt für mich, was Guy Debord im „Panegyric“ schreibt: „Alle Revolutionen gehen in die Geschichte ein und die Geschichte weist keine von ihnen ab: und die Ströme der Revolutionen fließen dorthin zurück, von wo sie gekommen sind, um wieder auf neue zu fließen.“⁹

- 1 In Deutsch erschienen unter anderem: *Situationistische Internationale. Gesammelte Ausgabe des Organs der S. I., Band 1 (S. I. 1-7), Hamburg 1976, Band 2 (S. I. 8-12), Hamburg 1977. Roberto Ohrt (Hg.): Beginn einer Epoche. Texte der Situationisten, Hamburg 1995. Guy Debord: Gesellschaft des Spektakels, Hamburg 1978 (Original Paris 1967). Guy Debord: Gegen den Film. Hamburg 1978. Zur Ausstellung im Wiener Museum des 20. Jahrhunderts (Jänner – März 1998) ist ein von mir herausgegebener Katalog erschienen: Situationistische Internationale 1957 – 1972. Wien 1998. Er enthält unter anderem Beiträge von Libero Andreotti, dem Gestalter einer S. I. Ausstellung im MACBA, Barcelona 1996, Troels Andersen, dem Asger Jorn-Biographen, dem deutschsprachigen S. I.-Publizisten Roberto Ohrt sowie eine Bibliographie.*
- 2 Martin Reuter: Die ästhetische und die politische Aktion. in: *Texte zur Kunst 1957-1982*, hrsg. v. Galerie van der Loo, München 1982, S. 248
- 3 Roberto Ohrt: Der Herr des revolutionären Subjekts. in: *Situationistische Internationale 1957 – 1972*, S. 28
- 4 Roberto Ohrt: Die vergessene Geschichte. Gruppe SPUR. zitiert nach: *Situationistische Internationale 1957 – 1972*, S. 66
- 5 Ottmar Bergmanns: Zur Gruppe SPUR. in: *Nilpferd des Höllischen Urwalds, Katalog des Werkbund Archivs, Berlin 1991*, S. 119
- 6 Deutsche Ausgabe der Zeitschrift „*Situationistische Internationale*“, Band 1, S. 280
- 7 Libero Andreotti: Die urbane Politik der Situationistischen Internationale. in: *Situationistische Internationale 1957 – 1972*, S. 15
- 8 zitiert nach Reuter: *Texte zur Kunst*, S. 252
- 9 Guy Debord: *Panegyric*, London – New York 1991, S. 25

ATTAC – Protest gegen die neo-liberale Globalisierung

Daß der internationale Markt immer unübersichtlichere, undurchschaubarere Strukturen entwickelt, wird von vielen als Ursache für die inhumanen Zustände weltweit gesehen, in denen fast über zwei Drittel der Menschen leben. Die KritikerInnen der neo-liberalen Globalisierung fanden sich jedoch nicht nur zusammen, um die Mißstände aufzudecken, sie entwickelten auch etliche Programme, um die Welt, wie sie meinen, doch noch menschlicher zu gestalten.

Die Umsetzung des Vorschlags, den in den siebziger Jahren der Wirtschaftsnobelpreisträger James Tobin gemacht hatte, der vorsieht, daß die internationalen Finanztransaktionen einer Steuer unterzogen werden müssen, um erstens die Finanzmärkte zu regulieren und zweitens Gelder für humanitäre Projekte frei zu machen, ist nur eines dieser Programme. Diese Steuer wurde unter dem Namen Tobin-Steuer bekannt und als es in den neunziger Jahren weltweit zu gravierenden Problemen am Finanzsektor (Asienkrise) kam, war sie wieder aktuell.

Unter dem Motto „Für eine menschlichere Welt“ formierte sich 1998, ausgehend vom Team der Zeitschrift *Le Monde Diplomatique*, vorwiegend in frankophonen Ländern, die Gruppe ATTAC (*Association pour une taxation des transactions financières pour l'aide aux citoyens* – Vereinigung für eine Besteuerung

der Finanztransaktionen zur Hilfe der Bürger), die, wie der Vereinsname schon sagt, Tobins Idee wieder aufgriff, um die internationalen Finanzen und die neoliberale Globalisierung einer globaldemokratischen, da von allen Staaten und ihren BürgerInnen mitgetragenen, solidarischen, da zu Gunsten der bedürftigen BürgerInnen der Welt gedachten, Kontrolle zu unterziehen.

ATTAC geht davon aus, daß, wenn die reichen Länder und die AkteurInnen auf den internationalen Finanzmärkten nicht zu einer freiwilligen Solidarität bereit sind, die staatliche Maßnahme der Steuereintreibung notwendig ist, um zumindest irgend etwas in der Hand zu haben, das mensch gegen den sozialen Zusammenbruch einsetzen kann. In diesem Sinne gibt es neben der Forderung nach der Steuer auch jene einer gänzlichen und bedingungslosen Streichung aller Schulden der Dritten Welt sowie der ehemaligen Ostblock-Länder.

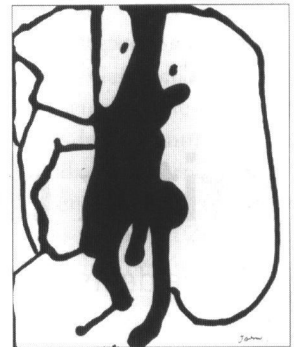
Im Juni 1999 setzte ATTAC ihre Charta auf, die von den 13.000 Mitgliedern des Vereins ATTAC allein in Frankreich, von einer ganzen Liste von NGOs, Gewerkschaften, Medien und anderen Organisationen unterzeichnet wurde. Auch rund 80 Abgeordnete des französischen Parlaments, sowie einer Gruppe von französischen EU-ParlamentarierInnen, die alle den regierenden Parteien

in Frankreich angehören, obwohl sich die französische Regierung, im Gegensatz zur finnischen und kanadischen, selbst noch nicht wirklich für dieses Programm ausgesprochen hat, unterzeichneten die Forderungen der Charta. Daß einerseits antidemokratische Entwicklungen durch ein Fehlen adäquater Institutionen und Instrumente, die ihnen entgegen wirken sollten, voran schreiten, daß dieses Fehlen ermöglicht, daß nicht mehr, beziehungsweise noch immer nicht Gewählte regieren, sondern nur solche, die es sich leisten können, und daß andererseits das Nord-Süd-Gefälle immer krasser wird, sind die Hauptanklagepunkte dieser Charta. Es wird die Tobin-Steuer in Höhe von rund 0,5% auf alle internationalen Finanztransaktionen, welche sich auf rund 1.800 Milliarden Dollar pro Tag belaufen, gefordert, was naturgemäß Unsummen frei machen würde, die, richtig verteilt, auf mehreren Ebenen wirksam eingesetzt werden könnten.

Hauptmedium der Bewegung ist das Internet (<http://attac.org>), wo neben der französischen Organisation beispielsweise jene aus Quebec, Senegal und der Schweiz vertreten sind. Auch in Österreich kommt diesbezüglich einiges in Bewegung. Leute des Beirats für gesellschafts-, wirtschafts- und umweltpolitische Alternativen (Beigewum) und der Österreichischen Forschungsstif-

Ausgehend von Frankreich formiert sich eine weltweite Initiative zur Besteuerung internationaler Finanztransaktionen.

VON ALEXANDER
SCHÜRMMANN-EMANUELY



Asger Jorn: Zeichnung, 1960, Tusche auf Papier. Silkeborg Kunstmuseum

tung für Entwicklungshilfe (ÖFSE) arbeiten seit dem 6. Mai konkret daran, nach dem französischen Vorbild einen Verein oder eine Koordinationsstelle zu organisieren, die Lobbying für die Forderungen der Charta betreiben und bei zukünftigen Ereignissen wie der Tagung der Welthandelsorganisation (WTO) in Seattle und des Weltwirtschaftsgipfels in Davos die Reihen der unzufriedenen Anwesenden vergrößern soll. Seit Jänner gibt es die in Deutschland gestartete „Initiative zur Regulierung der Finanzmärkte“ („finanzmarkt-request@share-online.de“), und somit auch ein deutschsprachiges Pendant zu den vorwiegend frankophonen Mailinglists. Auch auf der Beigewum-Mailinglist wird regelmäßig über ATTAC informiert („beigewum-request@wu-wien.ac.at“).

Trotzdem sollte mensch nicht vergessen, daß die Ansätze von ATTAC zahlreiche Fragen offen lassen. Ist eine Demokratisierung der Globalisierung überhaupt möglich, wenn es nicht einmal eine Demokratisierung der meisten Staaten gibt? Halten regulierte Finanzmärkte einen Haider auf? Ist die von ATTAC angestrebte Zivilgesellschaft die einzige Möglichkeit der Zivilgesellschaft? Gibt es nicht bessere Möglichkeiten, um effektiv Widerstand gegen Entmenschlichung zu leisten und eine humanere Welt zu verwirklichen?

Vor allem stellt sich aber die Frage: Ist ATTAC eine Alibihandlung für eine staatstragende, postkommunistische Linke, die es aufgegeben hat, nach Alternativen zum kapitalistischen System zu suchen, und die sich da-

mit begnügt, dieses System durch Regulierungen einfach nur etwas anzukratzen (wenn auch ziemlich werbewirksam), oder ist ATTAC doch eine Orientierungshilfe für ein neues globales Gesellschaftsprojekt?

Sicher würde durch die Tobin-Steuer einiges an Geld zur Verfügung stehen, was wiederum die Frage aufwirft, wer die Verfügungsgewalt über diese finanziellen Mittel haben würde. Sind es Internationale Organisationen, Staaten, Vertragspartner, der Verein ATTAC? Und wer entscheidet das?

Mit ihren Zielsetzungen, Möglichkeiten und Infrastrukturen, was Aufklärungsarbeit und Protestaktionen betrifft, kann zur ATTAC zumindest soviel gesagt werden, daß sie derzeit eine der wenigen Möglichkeiten bietet, auch auf inter-

nationaler Ebene, mit weltweit bald 200.000 Mitgliedern, einen in Richtung Widerstand weisenden Protest zu leisten, und daß, trotz aller Kritik, mehr Möglichkeiten da sind, als nur zu einem *Licht ins Dunkel* oder einer *Aktion Sorgenkind* der Börsenmakler zu verkommen. Immerhin bekommt mensch beim Durchlesen der ATTAC-Broschüren das Gefühl, daß eine sichtlich inakzeptable Entwicklung mit den vorgeschlagenen Mitteln ein wenig in Grenzen gehalten werden könnte. Und es werden wieder diejenigen sensibilisiert, die es aus Fatalismus oder Resignation längst aufgegeben haben, die Probleme der Welt lösen zu wollen, indem ihnen ein leicht verdaubares Projekt präsentiert wird, welches irgendwie Aussicht auf Verwirklichung hat.

Kritik der reinen Projektion

Über die deutsche Notwendigkeit, in Jugoslawien Krieg zu führen

Überarbeitete Fassung des zweiten Teils eines Vortrags, der im Februar in Hamburg als Veranstaltung der „Jugoslawien-Filmgruppe“ gehalten wurde.

VON GERHARD SCHEIT*

*) Gerhard Scheit ist Mitglied im Kritischen Kreis und lebt in Wien. Sein letztes Buch „Verborgener Staat, lebendiges Geld. Zur Dramaturgie des Antisemitismus“ ist im Ça ira-Verlag, Freiburg erschienen.

Die ganze Entwicklung in Jugoslawien vom Anfang der neunziger Jahre bis zum Kosovo-Krieg läßt sich – wie in den Arbeiten von Jürgen Elsässer und Matthias Küntzel¹ – als eine gezielte Strategie verfolgen, Deutschland und den Prinzipien seiner Macht zur Vorherrschaft zu verhelfen. Die traumwandlerische Sicherheit allerdings, mit der diese Strategie umgesetzt wird, läßt das Ziel der Strategie selber gespenstisch werden. Wenn etwa Matthias Küntzel anzugeben versucht, was konkret Deutschland mit seiner Jugoslawien-Politik im Şchilde-

führe, dann kann auch er nur davon sprechen, daß dieses Land sich „Einflußzonen“ „als strategische Basis für ein neues deutsches Selbstbewußtsein“ schaffen möchte – „nicht nur innerhalb der Europäischen Union, sondern auch im Verhältnis zu Washington und Moskau“. Selbstbewußtsein erscheint als Selbstzweck der Politik. Auf „diese machtpolitische Logik lief schon die Anerkennungspolitik gegenüber Kroatien und Slowenien hinaus.“² Die Logik bleibt äußerst abstrakt: kaum werden klassische imperialistische Ziele und Zwecke ange-

führt (die zu entdecken andere Bücher zum Krieg größte Mühe verwenden),³ keine Rohstoffquellen und Absatzmärkte, sondern Macht um ihrer selbst willen, Selbstbewußtsein an sich. Sogar die Einführung der D-Mark scheint dieselbe Funktion zu erfüllen wie die Wiederaufnahme von „Lili Marleen“, dem alten Nazischlager, als täglichen Programmschluß im deutschen Soldatensender auf jugoslawischem Boden.⁴

Uli Krug geht einen Schritt weiter. Er sieht in der deutschen Politik eine von allen Interessen, Zwecken und Zielen abstrahierte Entfesse-

lung von „Projektionskriegen“, die gewissermaßen nur dazu dienen, die Angst und den Schrecken vor der weltweiten Krise „am andern Objekt“ zu bewältigen. Der Hinweis auf Rohstoffquellen und Absatzmärkte erscheint aus dieser Perspektive wie ein Versuch, das wahnhafte Bedürfnis zu rationalisieren, denn alles, was mit Einflüssen gewaltsam erobert werden kann, gibt es inzwischen auf dem Weltmarkt mit friedlichen Mitteln viel wohlfeiler zu kaufen. „Klar wie nie gestehen die, die diese Kriege führen wollen und müssen, ein, daß es sich um reine Projektionskriege handelt: Kriege, die man logischerweise nicht nur nicht gewinnen kann, sondern die man stets aufs neue führen muß.“ Eben darin liege das Schreckliche: „in der Abwesenheit materieller Interessen, (...) im zwanghaften moralischen Rigorismus (...), der sich um die Folgen seine Tuns nicht mehr kümmert“. Projizierender Wahn und kriegerische Staatsräson sind nicht mehr voneinander zu scheiden: die Rason aber scheint der nackte Wahn zu sein, sich über die Krise hinwegzutäuschen: „Nicht der Weltmarkt darf die Welt ruinieren, sondern eine sich diesem verweigernde, nicht dessen Gesetzen gehorchende Macht muß projiziert werden. Darin vertritt ‚Serbien‘ einerseits den verhaßten Sozialismus; andererseits büßt es für die unmöglich gewordene Liebe der Deutschen zum NS-Volkstaat ... Daß die neugewonnene deutsche Souveränität mit verblüffender schlafwandlerischer Sicherheit sich die gleichen Freunde und den gleichen Feind wie vor 50 Jahren suchte, hat nichts damit zu tun, daß Deutsch-

land den tatsächlichen Zweiten Weltkrieg wiederholen möchte, sondern damit, daß der Feind, gegen den Deutschland diesen Krieg führte – der abstrakte, krisenhafte Charakter der Akkumulation, der Selbsterhaltung und Selbstvernichtung in eins setzt – stärker denn je ist ... Der letzte Weltkrieg ist der Prototyp der aktuellen postnationalen Gewissenskriege ... Daß ein ehemaliges Opfer – Serbien – dieses Gewissenskriegs auch heute wieder der Bösewicht ist, an dem die verfolgende Unschuld Deutschlands sich austoben darf, macht es als deutsche Projektionsfläche so unwiderstehlich.“⁵

Die Argumentation beinhaltet allerdings einen Widerspruch, der auf ein grundsätzliches Problem des Projektionsbegriffs verweist: Warum ist Serbien als Projektionsfläche unwiderstehlich, wenn es doch nur Projektionsfläche ist? „Die Feindschaft gegen den Serben“ sei „Feindschaft um ihrer selbst willen“,⁶ schreibt Krug. Wäre sie es wirklich, dann müßte es reiner Zufall sein, daß es die Serben und nicht die Kroaten oder Slowenen trifft, und Uli Krug spricht selbst von „nahezu beliebigen Projektionsobjekten“, an denen die Verteidiger der Marktwirtschaft ihre Exempel statuieren, um gegen deren höchst eigenen Krisencharakter Krieg zu führen. Von dieser Belieblichkeit ausgehend, kann der Serbenhaß auch mit dem Antisemitismus gleichgesetzt werden. Allerdings betont Krug in diesem Fall doch, daß es sich nicht um Wesensgleichheit, sondern um Artverwandtschaft handle – ohne allerdings die Differenz auszuführen, was aus dem Ge-

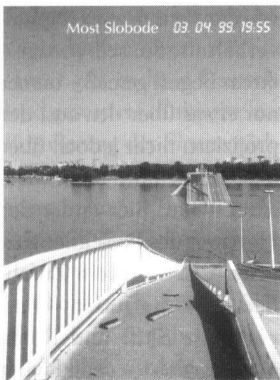
danken einer Feindschaft um ihrer selbst willen auch gar nicht möglich ist.

Die Serben werden im wahnhaften Bewußtsein der Deutschen wohl kaum jemals das Finanzkapital verkörpern; Milosevic wird in nächster Zukunft gewiß nicht mit Wall-Street assoziiert werden – eine solche Assoziation, wie sie immerhin Stalin zuteil wurde, setzt zumindest eine schärfere Konkurrenz zwischen Deutschland und den USA voraus. Wenn also die Serben für jenes Bewußtsein den Krisencharakter der kapitalisierten Gesellschaft personifizieren, dann offenkundig in anderer Weise als die Juden; dann stehen sie für einen andere Dimension dieser Krise, und darin gibt es durchaus eine historische Kontinuität.

Wovon in der Reduktion der Kriege auf Projektionskriege abstrahiert wird, sind die *Voraussetzungen*, damit Projektionsmechanismen überhaupt funktionieren. Gesellschaftliche Totalität entgeht dem Projektionsbegriff. Mit der weltweiten Krise versucht sie Uli Krug gleichsam herbeizubeschwören. Dieses Problem, das die Schwierigkeiten deutlich macht, psychoanalytische Kategorien unmittelbar als gesellschaftliche zu verwenden, reicht zurück bis zur *Dialektik der Aufklärung* von Theodor W. Adorno und Max Horkheimer, worin der von Freud stammende Projektionsbegriff für den Antisemitismus entwickelt wurde. Zum einen sehen Adorno und Horkheimer hier die Opfer der Projektion gewissermaßen als auswechselbare, da doch alle Züge den Juden nur unterschoben werden; zum anderen jedoch legen sie gewisse Voraussetzungen des Pro-

jektionsmechanismus frei, die verantwortlich sind dafür, daß das antisemitische Ressentiment gerade die Juden auserwählt hat. Solche Voraussetzungen zu analysieren, hat jedoch nichts damit zu tun, der antisemitischen oder antiserbischen Projektion selbst ein Wahrheitsmoment zuzubilligen, es sei denn jenes, daß sie zur politischen Realität Deutschlands gehört wie der Fetisch zum Kapitalverhältnis. Sie selber sagt – ihrem Begriff gemäß – immer nur etwas über den aus, der projiziert, nicht jedoch über den, auf den projiziert wird. Aber – und hier endet der Horizont des Projektionsbegriffs – es war kein Zufall, daß etwa die Juden – und nicht die Sinti und Roma oder die versklavten Schwarzen – vom wahnhaften Bewußtsein der kapitalisierten Gesellschaft ausersehen wurden, die abstrakte Seite der Warenproduktion und das zinstragende Kapital zu personifizieren; und es ist ebensowenig ein Zufall, daß die Serben dem wiedervereinigten Deutschland als Feindbild dienen, um politische und militärische Macht zu akkumulieren, Einflusssphären für ihr Selbstbewußtsein zu schaffen..

Was die Serben zum Objekt der Projektion auserkoren hat, ist ein gewisser Widerstand, den sie der deutschen Politik entgegensetzen. Wie immer man über diesen Widerstand denken mag, und wie sehr er seinerseits nationalistisch und rassistisch motiviert sein mag, als eine in der Projektion erscheinende Voraussetzung ist er – das liegt in der Logik des Begriffs – lediglich wie das Kantsche *Ding an sich* zu betrachten. Ich weiß nicht, ob es eine Kausalität gibt zwischen der



Motive:
 Ansichtskarte aus der Serie
 Pozdrav iz Novog Sada /
 Greetings from Novi Sad
 © Action against war and
 destruction of the *Ekumenical
 Humanitarian Organization*
 and the civil weekly of
 Vojvodina *Nezavisni*

Tatsache, daß sich die Milosevic-Regierung gegenüber der Weltbank beziehungsweise dem IWF unbotmäßig verhielt und der Bereitschaft der USA, am Kosovo-Krieg führend teilzunehmen. Ich weiß aber, daß jenes unbotmäßige Verhalten in Deutschland und Österreich ganz andere Projektionen wachruft als in den Vereinigten Staaten. Auf den 1914 zur Front rollenden deutschen Transportzügen stand zu lesen: „Die Serben sind alle Verbrecher, / Ihr Land ist ein dreckiges Loch!“ Wie in einer Reflexhandlung griff die nationalsozialistische Volksgemeinschaft die Projektion auf: „Als die jugoslawische Regierung sich Anfang April 1941 weigerte, sich der deutschen Kriegsmaschinerie politisch zu unterwerfen, wurde in der deutschen Öffentlichkeit das alte Feindbild von den Serben als ‚Attentäter, Verschwörer, Putschisten und Weltbrandstifter‘ wiederbelebt.“⁷ Und die nationalsozialistische Besatzungspolitik zog daraus die bekannten Konsequenzen. Im Unterschied zu den Albanern wurde aus der serbischen Bevölkerung keine eigene SS-Einheit rekrutiert.

Der Serbenhaß weist dabei historisch vermutlich ebensoweit zurück wie der Judenhaß: aber er entspringt an einem anderen gesellschaftlichen Ort: nicht im Zentrum, sondern an der Peripherie jenes Reichtums, der in Europa akkumuliert wird, an der Grenze zwischen Abendland und Morgenland, Christentum und Islam, kapitalisierter Gesellschaft und türkischer Herrschaft. Weil der serbische Nationalismus aus dieser Lage an der Peripherie andere Konsequenzen zog als andere Nationalismen

in ähnlicher Lage, weil er sich nicht als verlängerter Arm des nächstgelegenen Zentrums, der deutschen und deutsch-österreichischen Metropole begriff, sondern gegen diese seinen Arm immer wieder erhob, war er zur Projektionsfläche des deutschen Nationalismus, zum *Ding an sich* des wahnhaften deutschen ‚Erkenntnisvermögens‘, prädestiniert – dies aber in einer ganz bestimmten Situation: in der Situation, da kein Osmanisches Reich mehr existierte und noch kein Sozialismus in einem Land, also keine wie immer konstituierte politische Macht, die sich der Kapitalisierung der Gesellschaft entziehen oder ihr äußere Grenzen entgegensetzen konnte und der Aufsplitterung in Nationalstaaten zuwider handelte. Genau in einer solchen Konstellation stiegen die Serben zum Hauptfeind Nummer eins auf. In der Propaganda und in den Haßtiraden des Ersten Weltkriegs wurden sie an erster Stelle genannt, meist vor den Russen, in einigem Abstand erst Franzosen und Engländer: „Serbien muß sterben“ und „jeder Russ’ ein Schuß“, bei ihm witterte man serbische Einflußnahme und sah vor allem auch das Bündnis mit Serbien; „jeder Franzos“ aber nur „ein Stoß“ und „jeder Brit ein Tritt“. Der deutsche Rassismus war immer sehr differenziert.

Diese Konstellation verschob sich mit der Revolution in Rußland, der Niederlage Deutschlands und dem Zerfall der Habsburgermonarchie, die dem wahnhaften Bewußtsein und der völkischen Raserei der Deutschen und Deutsch-Österreicher andere Voraussetzungen bot: die Projektion einer jüdischen Weltverschwörung als

Bündnis von Wall-Street-Finanzkapital und Moskauer Bolschewismus, die diese Konstellation ideologisch verwertete und dem Zweiten Weltkrieg zugrunde gelegt wurde, hob selbstverständlich das antiserbische Feindbild nicht auf, sondern integrierte es. Wenn diese Feindbildprojektion an die zweite Stelle rückte, heißt das nicht, daß sie auf regionaler Ebene depotenziert worden wäre. Hier behielt das Feindbild nicht nur seine alte Bedeutung, sondern wurde selbst noch gesteigert: die Weltverschwörungsimagination intensiviert auch noch den Serbenhaß und führte zu einer im Vergleich zum Ersten Weltkrieg wesentlich verschärften Politik gegenüber den Serben.

Mit dem Ende der Sowjetunion kehrt nun in gewisser Weise eine ideologische Konstellation zurück, wie sie nach dem Ende des Osmanischen Reichs kennzeichnend war: die Serben rücken wieder auf zum Hauptfeind Nummer eins. Die Transportfahrzeuge, die heute Richtung Südosteuropa unterwegs sind, werden – soviel ich weiß – nicht mehr mit derartigen Parolen beschriftet wie im Ersten Weltkrieg, und die heutige UÇK ist mit der einstigen SS-Division der Albaner nicht gleichzusetzen. Aber klar ist, daß die Serben und Milosevic in Deutschland und Österreich als Personifikation eines staatlich organisierten Verbrechens gelten, um unsichtbar zu machen, daß jeder Staat organisiertes Verbrechen ist und daß dieses Verbrechen auf neue Weise organisiert werden muß, damit der Reichtum, den es eingebracht hat und weiterhin einbringt, nicht verloren geht.

Das Werk der Krise

In bestimmter Hinsicht handelt es sich bei diesem Krieg gegen Jugoslawien um einen Krieg der sozialdemokratischen und grünen Eliten in Deutschland. Als Repräsentanten des ökologisch gepolsterten Sozialstaats stehen sie seit geraumer Zeit vor einer, ihre Identität gefährdenden Aufgabe, die ihnen von den Finanzmärkten und der Standortkonkurrenz diktiert wird: sie müssen die ökologische und sozialstaatliche Regulation, die doch ihre Identität ausmacht, einem neoliberalen Kurs opfern, weil von ihm ihre Regierungstauglichkeit abhängt. Die paradoxe Situation, in die sie hier geraten sind, wird moralisch bewältigt: der aktive Kriegseinsatz gegen „jede Form von Totalitarismus“ ist der extremste Ausdruck dafür, daß sie gewillt sind, als Vollzugsorgan der Krise zu fungieren, die Sehnsucht nach dem alten Regulationsregime dabei aber als „totalitäres“ Verhalten den Staatskommunisten und Rechtsradikalen zu überlassen.

Die deutsche Notwendigkeit, in Jugoslawien Krieg zu führen, hängt aber mit der Krise in einem umfassenderen Sinn zusammen. Und daraus erklärt sich vielleicht, warum die Kriegspolitik der linken Eliten, die doch einer sehr spezifischen Paradoxie entsprang, zum gemeinsamen Nenner der Nation sich so sehr eignete – gebildet aus stillschweigender Hinnahme ebenso wie aus antiserbischer Euphorie. Klaus Thörner hat daran erinnert, daß die deutsche Außenpolitik seit dem 19. Jahrhundert ganz Südosteuropa als Deutschlands „Hinterland“ begriff, wie dies Friedrich List bereits 1842 formulierte. Und für diese Auffassung können durchaus

noch bestimmte imperialistische Interessen namhaft gemacht werden: „Aus den südosteuropäischen Ergänzungsräumen sollten Rohstoffe, Agrarprodukte und, nach Bedarf, billige Arbeitskräfte in das Deutsche Reich geliefert werden.“⁸ Im Sinne dieser Interessen war es nur rational, im Hinterland keinen mächtigen Staat zu dulden, sondern Zerspitterung zu fördern. So gesehen äußerte sich auch noch Heinrich Himmler ganz rational, als er sagte: „Bei der Behandlung der Fremdvölkischen im Osten müssen wir darauf sehen, so viel wie möglich einzelne Völkerschaften anzuerkennen ... Ich will damit sagen, daß wir nicht nur das größte Interesse daran haben, die Bevölkerung des Ostens nicht zu einen, sondern im Gegenteil in möglichst viele Teile und Splitter zu zergliedern.“⁹ Und auf ganz ähnliche neuere strategische Einschätzungen in Deutschland (konkret von Experten im Auswärtigen Amt) hat Matthias Küntzel hingewiesen, denen zufolge Chaos und Krise die „angemessenen Formen und Strukturen der Veränderung und Überwindung der sowjetischen Strukturen“ seien.¹⁰

Es ist dies eine einfache Logik der Macht, die zumindest durchsichtig bleibt, solange man sich nicht fragt, worin die Macht eigentlich besteht: Die Schaffung von Chaos erlaubt es einem mächtigen Staat als Ordnungsfaktor hervorzutreten. Der Unterschied aber, der Deutschland konstituiert, liegt darin, daß hier das Mittel die Identität ausmacht; daß – mit Adorno gesprochen¹¹ – die Lüge geglaubt wird; daß die Zerspitterung der anderen in Ethnien mit der eigenen ethnischen Homogenität begründet wird.

Dieser Unterschied läßt sich in bestimmter Weise vielleicht wirklich nur mit psychoanalytischen Kategorien fassen. Allerdings sprechen Horkheimer und Adorno von pathischer Projektion, um den antisemitischen Wahn von Projektionen im allgemeinen abzuheben, ohne welche in ihrer Auffassung ein Individuum gar nicht existieren kann. Die pathische

- 1 Siehe hierzu die Texte von Jürgen Elsässer in dem von ihm herausgegebenen Band: *Nie wieder Krieg ohne uns. Das Kosovo und die neue deutsche Geopolitik*. Hamburg 1999, und Matthias Küntzel: *Der Weg in den Krieg. Deutschland, die Nato und das Kosovo*. Berlin 2000
- 2 Küntzel, *Der Weg in den Krieg*, S.95
- 3 Vgl. etwa Hannes Hofbauer (Hg.): *Balkankrieg. Die Zerstörung Jugoslawiens*. Wien 1999, S.144f.; sowie Hannes Hofbauer: *Die Folgen des NATO-Krieges gegen Jugoslawien. Eine Analyse der Interessenlage*. In: *Context XXI*, Nr. 3/1999 S.4-7. Hofbauer macht „rohstoffreiche Gebiete rund um das Kaspische Meer“ aus, „wo die Multis Chevron und Exxon bereits eifrig am Werken sind“ und betrachtet die Einflussszonen, die von NATO-Soldaten errichtet werden, als „Marktgebiet“ – ohne etwa eine Kosten-Nutzen-Rechnung über die Errichtung dieses Marktgebiets und des Zugangs zu den Rohstoffen anzustellen oder zu fragen, inwieweit das Gebiet bereits davor nichts anderes als Marktgebiet war und worin der Vorteil des (kaum im Ansatz erreichten) militärischen Zugangs zu jenen Rohstoffen liege. Die klassische antiimperialistische Position kann nicht zuletzt darum kaum eine Veränderung im Verhältnis USA-Europa oder USA-Deutschland wahrnehmen und sieht in den USA die großen Profiteure des Kosovo-Kriegs – auch und gerade gegenüber EU-Europa.
- 4 Vgl. Küntzel, *Der Weg in den Krieg*, S.90f.
- 5 Uli Krug: *Interesse, Gewissen und Projektion im Jugoslawienkrieg*. In: *Context XXI*, 4-5/1999, S.6-8
- 6 Ebd. S.7
- 7 Klaus Thörner: *Serbien muß sterben. Konstanten deutscher Balkanpolitik*. In: *Elsässer, Nie wieder Krieg ohne uns*, S.19
- 8 Ebd. S.16
- 9 Zit.n. ebd. S.19
- 10 Küntzel, *Der Weg in den Krieg*, S.94
- 11 „Ein Deutscher ist ein Mensch, der keine Lüge aussprechen kann, ohne sie selbst zu glauben.“ *Minima Moralia. Reflexionen aus dem beschädigten Leben*. Frankfurt am Main 1980, S.141
- 12 Theodor W. Adorno, Max Horkheimer: *Dialektik der Aufklärung*. Theodor W. Adorno: *Gesammelte Schriften*, hg.v. Rolf Tiedemann, Bd.3, Frankfurt am Main 1997, S.214
- 13 Vgl. Karl Marx: *Das Kapital*. Bd.1, Marx-Engels-Werke, Bd. 23, Berlin, S.127f.

Projektion aber kennzeichnet, daß sie keine Erfahrung mehr zu machen erlaubt; daß sie nicht reflektiert werden kann: „Das Pathische am Antisemitismus ist nicht das projektive Verhalten als solches, sondern der Ausfall der Reflexion darin.“¹² Allerdings wäre hier eine weitere Bestimmung anzufügen: im Unterschied zum individuell-pathologischen Fall der Projektion ist die gesellschaftliche „Pathologie“, von der hier gesprochen wird, wesentlich systemkonform. Während die Würde eines geistig Kranken gerade darin gesehen werden kann, gesellschaftlich nicht funktional zu sein, handelt es sich bei der pathischen Projektion nationaler und antisemitischer Art um zutiefst funktionalen Wahnsinn: sie geht mit dem irrationalen

Ganzen vollständig konform.

Ihre Funktionalität für Staat und Kapital liegt genau darin, bewußtlos das Geschäft der Krise zu besorgen. Das heißt aber: man hat es mit einer Funktionalität ohne eigentliche Zwecksetzung zu tun. Mögen die von pathischer Projektion Besessenen noch so sehr von ihren Zielen, sei's die Herrschaft der arischen Rasse oder die Verhinderung eines zweiten Auschwitz, träumen und reden, sie tun das Werk der Krise, worin ein Zweck als bewußt gewolltes und projektiertes Resultat so wenig existieren kann wie fürs Ganze – für jenes Unwahre, das nur die Verwertung des Werts kennt. Nichts anderes als die Identität dieses Ganzen gewaltsam durchzusetzen ist es ja, was Marx als Krise begriff.¹³

Die Sowjetunion und Jugoslawien können als – wie auch immer: hilflose, im Verlauf fehlgeschlagene oder von Anfang an verdorbene – Versuche betrachtet werden, sich der Totalität des Kapitalverhältnisses zu entziehen, Deutschland hingegen besinnt sich mit dem Stichdatum 1989 wieder darauf, die Identität des Ganzen gegenüber solchen Versuchen gewaltsam durchzusetzen.

Es gehört also zur Kontinuität deutscher Politik, daß sie in der Situation der Krise aktiv wird wie keine andere. Aber Deutschland wird nicht nur aktiv, wenn eine Krise etwa in Südosteuropa heranreift, es selbst reift überhaupt in diesen Krisen heran. Darin besteht die deutsche Notwendigkeit, in Jugoslawien Krieg zu führen. ■

Neues aus Nahost

In Israel und seinen Nachbarstaaten überschlugen sich in den letzten Monaten die Ereignisse. In Österreich ist ein Sammelband zum Thema erschienen.

VON THOMAS SCHMIDINGER

Innerhalb weniger Tage zog sich die israelische Armee Ende Mai überraschend früh aus dem Libanon zurück. Gleichzeitig mit dem Rückzug der Israelis zerfiel auch schon deren libanesischer Verbündeter, die christliche Miliz „Südlibanesische Armee“ (SLA), was die Räumung der letzten Stellungen im Südlibanon eher einer Flucht, als einem geordneten Rückzug gleichen ließ.

Die geräumten Stellungen von SLA und israelischer Armee konnten direkt von der Hizb Allah, der vom Iran und Syrien unterstützten Schiitenmiliz, übernommen werden. Bisher scheint es so, als ob diese

Übernahmen relativ ruhig und ohne größere Auseinandersetzungen verlaufen sind. Kollaborateure der SLA wurden nach bisherigen Informationen, sofern sie nicht auf israelisches Territorium geflüchtet sind, nicht dem „Volkszorn“ überlassen, sondern der libanesischen Justiz übergeben. Freude über den Rückzug aus dem Südlibanon herrscht seither nicht nur im Libanon, wo sofort hundert Fluchtlinge wieder in ihre Dörfer im ehemaligen „Sicherheitsstreifen“ zurückkehrten, sondern auch in Israel. Zwar kritisierten viele rechte Politiker den Rückzug als „Flucht“, die jungen

Soldaten feiern jedoch das Ende des langjährigen, glücklosen Libanon-Abenteuers.

Ob mit diesem Rückzug an der Nordgrenze Israels Ruhe einkehren wird, läßt sich hingegen noch nicht absehen. Die Hizb Allah hat angekündigt, weiterhin für die Befreiung des gesamten Libanon kämpfen zu wollen. Einige umstrittene Farmen liegen nach libanesischer Auffassung auf dem Staatsgebiet des Libanon, während sie nach israelischer Lesart zu den immer noch besetzten und annektierten syrischen Golanhöhen gehören.

Auf dem Golan sieht es bei weitem nicht so rosig aus, wie im Südlibanon. Während sich Israel aus dem Südlibanon auch ohne Friedensvertrag mit Beirut zurückgezogen hat, sind die Golanhöhen für Israel sowohl strategisch als

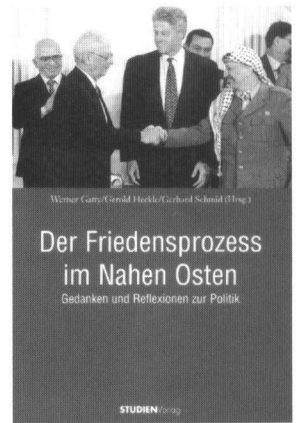
auch als Landwirtschafts- und Siedlungsgebiet viel zu wichtig, als daß es nach dem Scheitern der Friedensgespräche mit Syrien zu einem einseitigen Rückzug kommen würde. Die Golanhöhen sind neben Ostjerusalem das einzige der besetzten Gebiete, das voll annektiert wurde. Mittlerweile sind fast die Hälfte der BewohnerInnen des Golan israelische SiedlerInnen, die der Aufgabe des Golan zugunsten eines Friedensvertrages mit Syrien massiven Widerstand entgegensetzen. Trotzdem wäre die Regierung Barak grundsätzlich zu einer Aufgabe des Golan bereit gewesen, allerdings nicht bis zur Grenzlinie von 1967, da diese den Zugang Syriens zum See Genezaret gesichert hätte. Israel wollte und will die gesamte Küstenlinie des Sees weiterhin selbst kontrollieren, während Syrien auf jeden Fall einen Zugang zum See erhalten will. Eine Aufgabe der strategisch wichtigen Abhörstation auf dem Berg Hermon, mit der Israel bis über die syrische Hauptstadt Damaskus hinaus jede militärische Bewegung Syriens beobachten kann, wäre für Israel ebenfalls sehr schmerzlich. Da sich die Regierung Barak bereits zu sicher war, daß der alte, kranke syrische Präsident Assad auf jeden Fall einen Friedensvertrag benötigte, verhandelte die israelische Regierung aus einer Position der Stärke, die wiederum Assad die Möglichkeit nahm, eine Einigung innerhalb Syriens und der arabischen Staaten als Sieg zu verkaufen. In der komplizierten Psychologie des Nahost-Konfliktes ist jedoch genau diese Möglichkeit eines „ehrenhaften Friedens“ eine Grundvoraussetzung für jeden Politiker, der sich noch länger an der Macht halten will.

Welche Schwierigkeiten arabische Politiker bekommen können, deren Politik als Kapitulation vor dem israelischen Staat betrachtet wird, zeigt sich derzeit im Zentrum des Nahost-Konfliktes, in jenem Landstrich, der immer noch entweder als Israel oder als Palästina bezeichnet wird. Je näher die Ausrufung eines eigenen Palästinenserstaates rückt, und je deutlicher es wird, daß dieser Staat keinesfalls die gesamten 1967 besetzten Gebiete umfassen wird, sondern nur einen „Fleckerlteppich“, der mehr an ehemalige südafrikanische Bantustans wie Bophuthatswana oder Kwa Zulu erinnert, als an einen wirklich unabhängigen Staat, desto mehr verliert Arafat an Einfluß in der palästinensischen Bevölkerung und desto unattraktiver wird diese Art des „Friedensprozesses“ auf beiden Seiten. Nicht nur islamisch-integralistische oder linksnationalistische Palästinenserorganisationen sprechen mittlerweile von der Möglichkeit einer neuen Intifada, sondern auch viele Israelis halten eine solche Entwicklung für durchaus möglich. Am Ende könnte die israelische Regierung – so deren Befürchtung – einen Friedensvertrag mit einem alten Mann abschließen, der längst nicht mehr die Kompetenz hat, einen solchen zu unterzeichnen, da er innerhalb der palästinensischen Gesellschaft dermaßen diskreditiert ist, daß er die reale Macht längst verloren hat.

Solange sich durch den „Friedensprozeß“ die konkreten Lebensumstände für die PalästinenserInnen in den besetzten Gebieten nicht verbessern, sondern sogar vielfach verschlechtern, ist kaum zu erwarten, daß sie eben diesen „Friedensprozeß“ unterstützen werden.

Angesichts dieser Sackgasse in die sich die israelisch-palästinensischen Verhandlungen manövriert haben, ist unter palästinensischen Intellektuellen wieder eine alte Idee aktuell geworden, die in den dreißiger Jahren von einer Gruppe linker Zionisten vertreten wurde. In einem „Offenen Brief an die israelische Öffentlichkeit“, der kürzlich in der israelischen Tageszeitung Ha'aretz erschien, warnen 119 palästinensische Intellektuelle – unter ihnen Prominente wie Hannan Ashrawi, 1991 Verhandlungsleiterin der palästinensischen Delegation in Madrid oder Zakai Muhammad, Herausgeber der Zeitschrift al-Karmel – vor dem Scheitern des Friedensprozesses. Ein wirklicher Frieden im Nahen Osten kann für die 119 Intellektuellen entweder durch die Schaffung eines eigenen Nationalstaates in allen 1967 besetzten Gebieten mit Ost-Jerusalem als zukünftige Hauptstadt, oder – und hier würden sie sich mit dem linkszionistischen Vorschlag aus den dreißiger Jahre treffen – die Schaffung „eines binationalen demokratischen Staates für beide Völker in den historischen Grenzen Palästinas“ erreicht werden. In einer festgefahrenen Situation, in der die Stimmung in den besetzten Gebieten immer wieder zur Explosion führen kann, könnte ein solcher Vorschlag einen anderen Ausweg aufzeigen, einen Ausweg, der einmal ohne die Errichtung neuer Nationalstaaten und damit auch ohne ethnische Säuberungen und Vertreibungen auf irgend einer Seite auskommen würde.

Rechtzeitig zu diesen interessanten Entwicklungen im Nahen Osten ist nun ein Sammelband zur Geschichte



Werner Gatty/ Gerold Heckle/ Gerhard Schmid (Hg.): Der Friedensprozess im Nahen Osten. Gedanken und Reflexionen zur Politik. Studien-Verlag, Innsbruck – Wien – München 1999, 157 Seiten, 248,- öS; 34,- DM

und gegenwärtigen Entwicklung des Nahostkonfliktes erschienen. Das Buch setzt sich aus verschiedenen Referaten zusammen, die im April 1998 im Rahmen eines Seminars des Pädagogischen Instituts des Bundes im Jüdischen Museum in Wien gehalten wurden, und die sich aus unterschiedlichen Perspektiven mit dem Nahostkonflikt beschäftigen.

Der Beitrag von Anas Schakfeh, Vertreter der islamischen Glaubensgemeinschaft auf dem Seminar, kommt trotz versöhnlicher Gesamtintention nicht ohne implizite Vergleiche zwischen der Shoah und der Vertreibung der PalästinenserInnen aus, wenn er meint: „Eine echte und äußerst bedauerliche Katastrophe des jüdischen Volkes hat als unmittelbare Folge die Katastrophe des palästinensischen Volkes hervorgerufen. D.h., das palästinensische Volk hat die Rechnung bezahlt für die

Verbrechen der Nationalsozialisten in Europa.“ Schließlich stellt er auch noch fest, daß sich das „palästinensische Volk [...] aus tragischen Umständen (Holocaust) von der Welt im Stich gelassen [sieht]“.

Aber auch Uri Avnery, ein bekannter israelischer Journalist, der sich seit über vierzig Jahren für die Verständigung mit den PalästinenserInnen einsetzt, schafft es nicht, völkische Kategorien grundsätzlich in Frage zu stellen. Er stellt zwar fest, daß „Nationalismus [...] auch für die Araber eine ganz neue Idee“ war und der jüdische Nationalismus, der Zionismus, als Antwort auf die europäischen Nationalismen, die Ausgrenzungen und Pogrome gegen Jüdinnen und Juden in Europa entstanden sei, versucht aber schließlich doch zu beweisen, daß es schon immer ein palästinensisches und ein jüdisches Volk gegeben hätte,

die sich nur gegenseitig anzuerkennen bräuchten und das Land fair teilen müßten, um dann nebeneinander zwei Nationalstaaten zu bewohnen. Er erkennt, daß der Nationalismus in Europa und der Nationalismus der beiden direkt beteiligten Seiten viele Probleme erst geschaffen hat, aber er setzt nicht bei einer Kritik des Nationalismus an, um diese Probleme auch zu lösen.

Sehr interessant und was die Situation in Österreich betrifft, auch aktueller denn je, ist der Beitrag von Sabine Loitfellner über die Shoah im kollektiven Gedächtnis Israels und Österreichs. Alles in allem handelt es sich um ein Buch, das durchaus einen Einstieg in die Thematik geben kann und durch eine gute Bibliographie von John Bunzel ergänzt wird. Es glänzt aber weder durch Aktualität noch durch grundsätzlichere theoretische Reflexionen. ■

Der Diskurs des Krieges

Kann politische Macht als Krieg analysiert werden? Und wer hat Clausewitz verdreht?

VON DORIS WALLNÖFER*

Für all jene SudentInnen, die während des Semesters 1975-76 aufgrund der frühen Vorlesung um halb zehn Uhr morgens – Foucault entschuldigt sich dafür in seiner ersten Stunde höflichst – „nicht aus den Federn gekommen sind“, wie ihm ein Kollege zu verstehen gab, liegt seit 1996 in französischer Sprache und seit kurzem auch in deutscher Übersetzung die Sammlung seiner Lehrveranstaltungen vor.

Nicht als Lehrveranstaltungen im eigentlichen Sinne,

sondern als „öffentliche Erklärung, von der Arbeit, die man gerade tut“ und als eine Art „Rechenschaftsbericht“ verstand Michel Foucault seine Vorlesungen am Collège de France, von denen zwei bereits 1986 vom Merve Verlag in deutscher Sprache veröffentlicht worden sind. So zieht Foucault gleich in den ersten Stunden Bilanz seiner bisherigen Arbeiten, skizziert Fragestellungen, Methoden und Ergebnisse, die Spuren hinterlassen, jedoch nicht „in eine von vornherein festgelegte Richtung führen“, ohne

dabei die offen gebliebenen Fragen und Schwierigkeiten seiner Untersuchungen auszuklammern. Wenn Foucault dann sogleich auf die seit den sechziger Jahren einsetzenden gesellschaftspolitischen Veränderungen zu sprechen kommt, auf die Möglichkeiten und Orte der Kritik, wie etwa Antipsychiatrie oder Frauenbewegung, so verweist dies nicht nur auf einen direkten Gegenwartsbezug seiner Arbeiten, sondern auch auf eine seiner zentralen Fragen, die nach dem Verhältnis von Wissen und Macht, welche auch Dreh- und Angelpunkt der jetzt in Buchform vorliegenden Vorlesungen aus dem Jahre 1976 markieren.

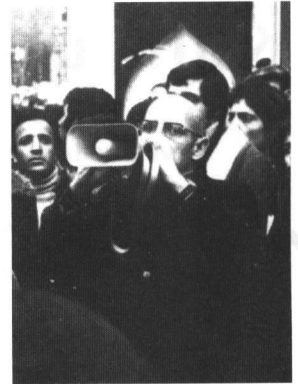
Foucault geht es in seiner „Verteidigung der Gesellschaft“

*) Doris Wallnöfer ist Politologin und Mitarbeiterin im Romano Centro in Wien

vor allem um die Bedeutung eines bestimmten historischen Wissens von Kämpfen. Er zeichnet „genealogische Forschungen“ nach, „die genaue Wiederentdeckung der Kämpfe ebenso wie eine verschwommene Erinnerung an Schlachten“. Diese wiederum bringt er in Verbindung mit (möglichen) Aufständen des Wissens, die sich gegen hegemoniale Strukturen und Diskurse wenden. Der Krieg, und das nicht nur in seinem materiellen Gewand, wird somit zum bestimmenden Thema. Foucault stellt sich die Frage, ob politische Macht als Krieg analysiert werden kann, zumal seine vorangegangenen Studien ihn vom Modell der Macht als Repression wenig oder vom Gegenteil überzeugten. „Wenn der zeitgenössische Diskurs diese Definition der Macht als das, was unterdrückt, wiederkaut, heißt das nur, daß er nichts Neues sagt. Hegel hatte es als erster gesagt, dann Freud und dann Reich.“ Um nun das Verhältnis von politischer Macht und Krieg zu analysieren, wählt Foucault den klassischen Ausgangspunkt Clausewitz, um diesen freilich auf gar nicht klassische Weise in seine Überlegungen einzubeziehen. Die zunächst konfus wirkende Frage nach der vielzitierten Kriegsdefinition von Clausewitz, bei der es weniger darum ginge zu erfahren, „wer den Grundsatz von Clausewitz umgedreht hat, als vielmehr darum, welchen Grundsatz Clausewitz umgedreht hat, oder besser wer den Grundsatz formuliert hat, den Clausewitz umgedreht hat“, verdeutlicht, worauf Foucault hinauswill: er sucht nach den Voraussetzungen als auch Wirkungen eines bestimmten Wissens und nach denen der Wahrnehmung von

Geschichte, welche ihrerseits wieder bestimmend für spezifische Machtkonstellationen, Wahrheitseinschreibungen und Subjektkonstruktionen sind. Dazu bietet Schlachtenforscher Foucault unter anderem eine äußerst spannende, mit feiner Ironie gepaarte Analyse des Modells Leviathan („Als das Kapitol des Staates bedroht war, hat eine Gans die schlafenden Philosophen geweckt. Ihr Name ist Hobbes.“), über den philosophisch-rechtlichen Diskurs von Staat und Souveränität, der sich laut Foucault darum bemühte, den aktiven Diskurs und das Wissen in den politischen Kämpfen des 17. Jahrhunderts zu blockieren. Ausführlich beschäftigt sich Foucault auch mit den Schriften Boulainvilliers, der bereits im 17. Jahrhundert eine Zweirassentheorie entwickelte. Bei Boulainvilliers findet Foucault ein für diese Zeit neues Denkraster, welches für eine gewisse Machtverteilung von Wahrheit und Irrtum und für den historischen Diskurs des Westens insgesamt ausschlaggebend wurde, da er die Kräfteverhältnisse als eine Art fortgesetzten Krieg innerhalb der Gesellschaft als Analysetyp (wieder)einführte. Erst diese Entwicklung ermöglichte, daß Kräfteverhältnisse von nun an von jemand anderem als dem Souverän bestimmt werden – an seine Stelle treten „die Nation“ und „das Bürgertum.“ Wenn ein Jahrhundert später jemand wie Clausewitz behaupten kann, daß der Krieg die Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln ist, so nur deshalb, weil am Ende des 17. Jahrhunderts die Politik als Fortsetzung des Krieges verstanden und analysiert wurde. Der entscheidende Bruch, den Foucault also herausarbeitet, vollzieht sich

während der Entstehung der Nationalstaaten, indem das Element des Krieges aus dem Diskurs der Geschichte zurückgenommen, begrenzt und zivilisiert wird. Der Diskurs des Krieges als Grundlage der Geschichte verschwindet zunehmend in den Anstrengungen und Kämpfen die auf den Staat, auf „die Totalität des Staates“ gerichtet werden. Die neuen Schlachtfelder sind Ökonomie, Reproduktion und Verwaltung – zivile Orte also, die blutige Kämpfe zu Ausnahmeerscheinung machen – somit müßten die neuen Formen des Kampfes nicht in Begriffen des Krieges, sondern der Herrschaft, nicht in militärischen, sondern in zivilen Begriffen analysiert werden. Doch wie kann man einen Kampf in streng zivilen Begriffen verstehen? Und muß der Begriff des Krieges, wenn nicht aufgegeben, so doch beträchtlich modifiziert werden, wie Foucault am Beginn seiner Vorlesungen meint? Foucault gibt keine eindeutigen Antworten darauf – es bleibt den LeserInnen überlassen, die Fährte aufzunehmen, welche sich im Angesicht des Kosovo- als auch Tschetschenienkrieges und den sich darum formierenden Diskursen mehr als anbieten dürfte. Mit *In Verteidigung der Gesellschaft* liegt eine weitere außergewöhnliche historische und politische Analyse vor, wie man sie von Foucault kennt. Seine Vorlesungen reichen weit über traditionelle Ideengeschichte hinaus und eröffnen somit nicht nur eine neue Perspektive auf die Geschichte politischer Philosophie, sondern laden aufgrund Foucaults charmant-eleganter Erzählweise buchstäblich zum Lesen ein. ■



Michel Foucault: In Verteidigung der Gesellschaft. Vorlesungen am Collège de France (1975-76). Aus dem Französischen von Michaela Ott. Suhrkamp Verlag, Frankfurt a. M. 1999, 313 Seiten, 48,-DM

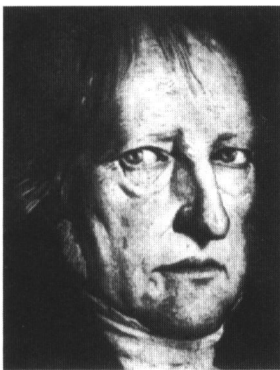
Kant und Hegel vor dem Sexshop

Zeitversetztes
Zerwürfnis
zweier
Zufrühgekommener.
Zusammengestückelt

VON FRANZ SCHANDL*



Herr Kant



Herr Hegel

Königsberg, Mai 1799. *Der junge Hegel besucht den alten Kant. Beim Spaziergehen stoßen der abgehende und der angehende Philosoph zufällig auf ein temporär irrtümlich um viele Jahre zu früh plaziertes Pornogeschäft. Mehr als verwundert bleiben sie davor stehen, betrachten die in einer Auslage ausgestellten Bilder und Gegenstände. Nach einigen Momenten der Sprachlosigkeit entspinnt sich zwischen den beiden folgender aufschlußreiche Dialog.*

Kant (noch immer ganz entrückt, fast so, als rede er vor sich hin): Vergnügen ist eine Lust durch den Sinn, und was diesen belustigt, heißt angenehm. (XII:550)

Hegel (mehr verzückt als entrückt): Der Trieb ist fürs erste etwas Innerliches, etwas, das eine Bewegung von sich selbst anfängt oder eine Veränderung aus sich hervorbringt. Der Trieb geht von sich aus. Durch äußere Umstände erwacht er zwar, aber dessen ungeachtet ist er schon vorhanden. Er wird dadurch nicht hervorgebracht. (4:218)

Kant (selbst ganz ergriffen ob der Objekte, pflichtet ihm bei): Begierde, mein lieber Kollege, appetitio, ist die Selbstbestimmung der Kraft eines Subjekts durch die Vorstellung von etwas Künftigen, als einer Wirkung derselben. Die habituelle sinnliche Begierde heißt Neigung. Das Begehren ohne Krafterwendung zu Hervorbringung des Objekts ist der Wunsch. (XII:579)

Hegel (eben diesen Wunsch mehr als bloß hegend): Der Mensch hat Triebe, d.h. er hat innerliche Bestimmungen in seiner Natur oder nach derjenigen Seite, nach welcher er ein Wirkliches überhaupt ist. Diese Bestimmungen sind also ein Mangelhaftes, insofern sie nur ein Innerliches sind. Sie sind Triebe, insofern sie darauf ausgehen, diesen Mangel aufzuheben, d.h. sie fordern ihre Realisierung, die Übereinstimmung des Äußerlichen mit dem Innerlichen. Diese Übereinstimmung ist das Vergnügen. (4:253) (Er deutet mit einer Kopfbewegung an, reinzuvollen, will daß Kant mitgeht, doch dieser hält ihn am Arm zurück.)

Kant (der sich schnell wieder erfangen hat, durchschaut die obligaten Gelüste des um vieles jüngeren Zeitgenossen, versucht ihm daher gut zuzureden): Will man das Sinnenvermögen lebendig erhalten, so muß man nicht von den starken Empfindungen anfangen, sondern sie sich lieber anfänglich versagen und sich kärglich zumessen, um immer höher steigen zu können. (XII:462) (Kurze Pause. Doziert dann weiter, beginnt leise, wird immer lauter.) Das Passive in der Sinnlichkeit, was wir doch nicht ablegen können, ist eigentlich die Ursache alles des Übels, was man ihr nachsagt. Die innere Vollkommenheit des Menschen besteht darin: daß er den Gebrauch aller seiner Vermögen in seiner Gewalt ha-

be, um ihn seiner freien Willkür zu unterwerfen. Dazu aber wird erfordert, daß der Verstand herrsche, ohne doch die Sinnlichkeit (die an sich Pöbel ist, weil sie nicht denkt) zu schwächen: weil ohne sie es keinen Stoff geben würde, der zum Gebrauch des gesetzgebenden Verstandes verarbeitet werden könnte. (XII:433)

Hegel (hat nicht zugehört, will aber unbedingt rein): Das Element, worin die Begierde und ihr Gegenstand gleichgültig gegeneinander und selbständig bestehen, ist das lebendige Dasein; der Genuß der Begierde hebt dies, insofern es ihrem Gegenstand zukommt, auf. (3:271) In Trieb und Begierde ist der praktische Geist in der Natürlichkeit ein abhängiges unfreies Wesen. (4:58) Der Trieb geht nicht über seinen Zweck hinaus und heißt insofern blind. (Lächelt süffisant.) Er befriedigt sich, die Folgen mögen sein, welche sie wollen. (4:218) (Will abgehen.)

Kant (um einiges bestimmter, schreit): Junger Mann! Versage dir die Befriedigung der Lustbarkeit, (nach einer kurzen Unterbrechung etwas sanfter) wenn auch nicht in stoischer Absicht, ihrer gar entbehren zu wollen, sondern in der feinen epikurischen, um einen immer noch wachsenden Genuß im Prospekt zu haben. (XII:462)

Hegel (jedoch will es wissen): Die genossene Lust hat wohl die positive Bedeutung, sich selbst als gegen-

*) Franz Schandl ist freier Autor in Wien und Mitglied im Kritischen Kreis.

ständliches Selbstbewußtsein geworden zu sein, aber ebenso sehr die negative, sich selbst aufgehoben zu haben. (3:272)

Kant (*will seinen jungen Kollegen, da er ihn nicht mehr zurückhalten kann, noch entschuldigen, kopfschüttelnd meint er*): Eine jede böse Handlung muß, wenn man den Vernunftsprung derselben sucht, so betrachtet werden, als ob der Mensch unmittelbar aus dem Stande der Unschuld in sie geraten wäre. (VIII:690)

Hegel (*nun etwas verärgert ob der Schulmeisterung*): Jeder findet es unerträglich, wenn Fremde sich in seine Sachen, besonders in seine Handlungsweise mischen; am unerträglichsten sind öffentlich aufgestellte Sittenwächter. Wer mit lauterem Herzen handelt, wird am er-

sten mißverstanden von den Leuten mit dem moralischen und religiösen Lineal. (1:67) (Hegel ab in den Sexshop.)

Kant (*seufzend und mit einer nichtigen Handbewegung, wirkt enttäuscht*): Die durch die Vernunft des Subjekts schwer oder gar nicht bezwingliche Neigung ist Leidenschaft. (XII:580) Ist etwa eine Leidenschaft besonders mächtig, so hilft die Verstandesfähigkeit dagegen nur wenig (II:889). (*Gebt ab.*)

Fortan haben sich die beiden, wie allgemein bekannt, nie wieder getroffen, was ja sowieso stimmt. Ansonsten allerdings entspricht jedes Wort der blanken Wahrheit.

Die Ziffern in Klammern bezeichnen Band und Seitenzahl in den Gesammelten Werken von Hegel und Kant (Subkamp-Ausgabe).

Kurswechsel

Zeitschrift für gesellschafts-, wirtschafts- und umweltpolitische Alternativen

www.wu-wien.ac.at/Inst/roman/beigewum/kw.htm

Heft 1/2000: Antirassismus: Positionen und Widersprüche

Ein bislang weitgehend unerforschtes Terrain: Gegenstrategien zu rassistischer Diskriminierung aus der Sichtweise von Betroffenen. Mit Beiträgen von Karin Sohler, Andreas Görg, Ljubomir Bratic u.a.

Heft 2: Leitbild Unternehmer - Neue Selbständige, Wettbewerbsstaat und Gesellschaftspolitik

Mit Beiträgen von Nikolaus Rose, Joachim Hirsch, Jörg Flecker, Vanessa Redak, Stephan Geene u.a.

Heft 3: Osteuropa zw. Integration & Desintegration

Mit Beiträgen von Zsuzsa Ferge, Laszlo Andor u.a.

Heft 4: Die grosse Wirtschaftskrise?

Mit Beiträgen von Kurt Hübner, Joachim Becker u.a.

Jahresabo öS 300,- (Studierende 180,-), Einzelheft öS 145,-
Bestellungen an:
beigewum@iname.com oder
Sonderzahl Verlag, Gr. Neug. 35,
A- 1040 Wien, Fax 586 807 04

+++ neu gestaltet +++ <http://contextXXI.mediaweb.at> +++ noch mehr Inhalt +++

Armeeabschaffungswein

Preis pro Flasche/für Mitglieder der ARGE oder ab 12 Flaschen

Weinbau Walter Zehetmayer, Feuersbrunn, NÖ

___ Flaschen	WEINVELTLINER	Grüner Veltliner, trocken, Qualitätswein gerebelt	55,-/45,-
___ Flaschen	WEINZWEIGELT	Zweigelt, trocken, Qualitätswein gerebelt	55,-/45,-

Weinbau Walter und Gabriele Mühlegger, Soss, NÖ, Ernte für das Leben

___ Flaschen	WEINCHARDO	Chardonnay, trocken, fruchtig	100,-/90,-
___ Flaschen	WEINRIESLING	Riesling-Sylvaner, unkomplizierter, leichter Weißwein	95,-/85,-
___ Flaschen	WEINPINOTNOIR	Pinot Noir, kräftiger, säurebetonter Rotwein	100,-/90,-
___ Flaschen	WEINBLAUER	Blauer Portugieser, milder, samtiger Rotwein	95,-/85,-
___ Flaschen	WEINSTEFANIE	Cuvée Stefanie, Qualitätssekt aus Welschriesling und Grünem Veltliner	200,-/190,-
___ Flaschen	WEINROSE	Cuvée Rosé, Qualitätssekt, Grundlage Blauer Portugieser	200,-/190,-
___ Flaschen	WEINGLÖGER	Glögerbrand, Destillat aus Hefe und Fruchtanteilen nach der Gärung	210,-/195,-

Plaimont Producteurs, St. Mont, Frankreich

___ Flaschen	WEINPLAIMONT	Plaimont Sélection, fruchtiges, unkompliziertes Rotwein-Cuvée	90,-/85,-
--------------	--------------	---	-----------

Bei Versand: zuzüglich 20% Versandkosten

T-Shirts, Präserlⁿ, Feuerzeuge, Anstecker

Einzelpreis

___ Stück	TSHIRTASYL XL	T-Shirt „Asyl für Deserteure“, XL	120,-
___ Stück	TSHIRTASYL XXL	T-Shirt „Asyl für Deserteure“, XXL	120,-
___ Pkg.	PRÄSERL	Präserl „Keine Soldaten für das Bundesheer“, 2 Stück	20,-
___ Stück	FEUERZEUG	Feuerzeug „Bundesheer abschaffen“	20,-
___ Stück	ANSTECKER	Anstecker „Zerbrochenes Gewehr“	25,-

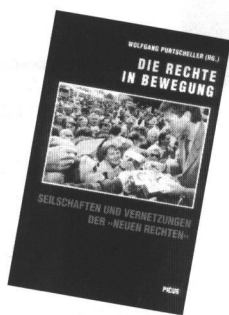
Ich interessiere mich für die **Friedenssteuer** – senden Sie mir den Faltprospekt mit näheren Informationen zu!

Das Abo-Geschenk

NeuabonnentInnen erhalten – so lange der Vorrat reicht – eines der beiden nachstehenden Bücher. Rasch bestellen und Geschenkwunsch ankreuzen!



Ernst Lohoff: **Der Dritte Weg in den Bürgerkrieg** Jugoslawien und das Ende der nachholenden Modernisierung



Wolfgang Purtscheller (Hg.): **Die Rechte in Bewegung** Seilschaften und Vernetzungen der „Neuen Rechten“

Die Abo-Bedingungen

Das **Context XXI**-Abonnement kann jederzeit schriftlich bestellt werden und beginnt mit der nächsterreichbaren Ausgabe. Das Abonnement gilt für den Rest des laufenden Jahrganges und für den darauffolgenden Jahrgang. Früher erschienene Hefte können – falls noch lieferbar – einzeln bestellt werden (Bestellschein unten). Das Abonnement gilt als um ein weiteres Jahr (8 Ausgaben) verlängert, wenn es nicht bis spätestens 15. Dezember schriftlich gekündigt wird. Die Kündigung ist nur zum Ende eines Jahrganges möglich. Das Abonnement ist gegen Rechnung im voraus zahlbar.

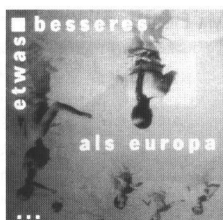
Das Probeabo: Sie erhalten die nächsten drei Ausgaben gratis zugesandt. Danach werden wir uns wieder an Sie wenden und Sie zu einer Fortsetzung des Bezugs im Normalabo einladen.

Preise:

Österreich: 250,- ATS
 Ausland: 350,- ATS
 Übersee: 450,- ATS
 Förderabo: 700,- ATS

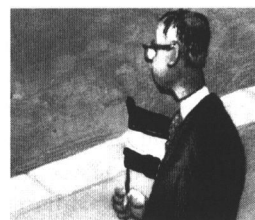


Aktuell: T-Shirts „Kein Mensch ist illegal“



Fast neu: CD „Etwas besseres als Europa“
 total time 1:16:03

attwenger • b.d.f. • bone • dharmabums insane • die knödel • hermann wurzer • loud • m.g. firebug • naked lunch • play the tracks of • puemp • reas • schönheitsfehler • scrooge • shaken not stirred • sigi maron • sigis bruder • the more extended versions • those who survived the plague



Dauerbrenner: Ratgeber Wehrdienstverweigerung

Bestellschein bitte senden (faxen) an: Bureau No.2, Schottengasse 3a/1/4/59, A-1010 Wien, Fax: ++43-1/532 74 16

Die Abo-Bestellung

Ich bestelle hiemit ein

- Abonnement
- Förderabonnement
- Probeabonnement

der Zeitschrift **Context XXI** ab der nächsterreichbaren Ausgabe.

Als Abo-Geschenk

wähle ich folgendes Buch:

- Purtscheller: **Die Rechte in Bewegung**
- Lohoff: **Der Dritte Weg in den Bürgerkrieg**

ConInfo – Mailinglist

- Ich bin AbonnentIn oder bestelle nebenstehend ein Abo und möchte in die Mailinglist **ConInfo** aufgenommen werden.

Meine e-Mail-Adresse:

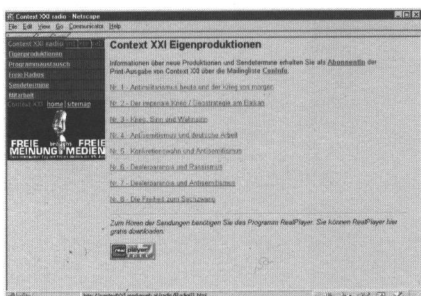
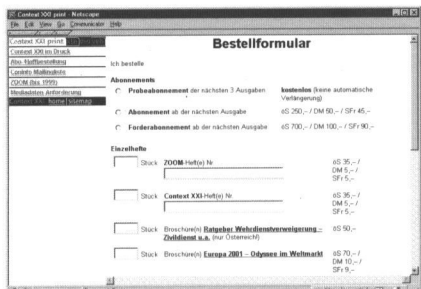
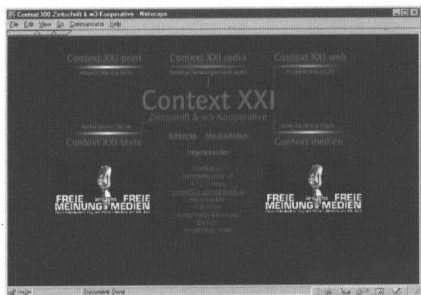
Einzelhefte, Broschüren, T-Shirts, CDs ...

Einzelpreis

___ Stück	ZOOM0000	ZOOM-Heft(e) Nr.	35,-
___ Stück	CON0000	Context XXI-Heft(e) Nr.	35,-
___ Stück	ZOOM97045	Broschüre: Ratgeber Wehrdienstverweigerung – Zivildienst u.a.	50,-
___ Stück	ZOOM98067	Broschüre: Europa 2001 – Odyssee im Weltmarkt	70,-
___ Stück	ZOOM96045	Broschüre: Es muß nicht immer GLADIO sein – Attentate, Waffenlager, Erinnerungslücken ..	70,-
___ Stück	ZOOM97012	Broschüre: ImmerWEHREnd – NATO-Integration, Neutralitätsbrüche, Militarisierung	70,-
___ Stück	CDEUROPA	CD: Etwas besseres als Europa	80,-
___ Stück	TSHIRTKEIN SK	T-Shirt Kein Mensch ist illegal , schwarz, Aufdruck klein <input type="checkbox"/> L <input type="checkbox"/> XL	120,-
VERGRIFFEN		T-Shirt Kein Mensch ist illegal , schwarz, Aufdruck groß	120,-
___ Stück	TSHIRTKEIN BK	T-Shirt Kein Mensch ist illegal , blau, Aufdruck klein, Größe XL	120,-
VERGRIFFEN		T-Shirt Kein Mensch ist illegal , blau, Aufdruck groß, Größe XL	120,-

Besteller/in:

Datum:



◀ Neues Design, neue Struktur: bringt bessere Navigationsmöglichkeiten und ist offen für die nächsten inhaltlichen Erweiterungen.

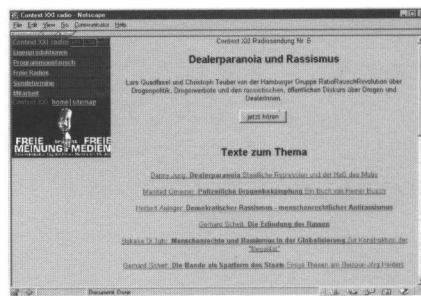
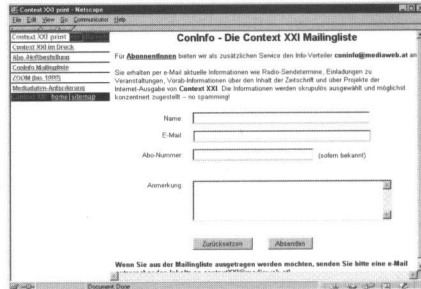
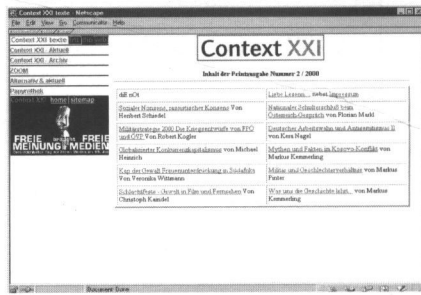
Context XXI-Printarchiv, ZOOM-Archiv, demnächst auch Archive anderer Zeitschriften. ▶

◀ Online-Bestellmöglichkeit für Abos, Einzelhefte, T-Shirts, CD's etc. sowie Mediadaten- und Ansichtsexemplar-Anforderung.

Service exklusiv für AbonnentInnen der Print-Ausgabe: Die Mailinglist **ConInfo**. ▶

◀ Die **Context XXI-Radiosendungen (Eigenproduktionen und Programmaustausch)** online hören in **RealAudio**.

Zu jeder Radiosendung thematische Links zu Texten sowie online-Anforderungsmöglichkeit für Freie Radios. ▶



Kritik der Politik

JOHANNES AGNOLI ZUM 75. GEBURTSTAG

Herausgegeben von Joachim Bruhn,
Manfred Dahlmann und Clemens Nachtmann

„Jeder Staat muß freie Menschen als mechanisches Räderwerk behandeln; und das soll er nicht; also soll er aufhören“: Daß der Staat aufhören soll, wie G.W.F Hegel vor 200 Jahren verlangte, daß er, ob abgeschafft (Michail Bakunin) oder aufgehoben (Karl Marx), jedenfalls zu verschwinden hat, gilt der Gegenwart als das Udenkbare schlechthin, als widernatürlich. Die Gegenwart hat ihren Frieden mit dem Staat gemacht und sich der Politik verschrieben. Was aber ist die Politik? Nichts anderes als das zur ökonomischen Ausbeutung passende Management der Herrschaft? Und was ist die Verfassung anderes als die Geschäftsordnung, dergemäß diese Herrschaft ausgeübt wird? Der Kampf der Parteien um die Macht, der politische Wettbewerb, wie er sich vermittels der Wahlen vollzieht, ist die Weise der Verschleierung der Herrschaft des Menschen über den Menschen.

Mit Beiträgen von Hans-Georg Backhaus, Werner Bonefeld, Manfred Dahlmann, Ulrich Enderwitz, Georg Fülberth, Stephan Grigat, Fabian Kettner, Antonio Negri, Kosmas Psychopeidis, Gerhard Scheit und Michael Wilk.

320 Seiten, 44 DM, ISBN: 3-924627 66-5
Ça ira-verlag, postfach 273, D – 79098 freiburg,
e-mail: isf-e.v@t-online.de

kraftblatt
ein fanzine für politix, kultur und mehr

d.i.y.

aktuell #54 ☺ schwerpunkt.arbeit

widerspruch
statt
toleranz

wider die herrschenden geschlechterverhältnisse
oder: schwanz ab.

<http://beam.to/kraftblatt>
kraftblatt@gmx.net
postfach 14 - 1041 wien
konr 735 37 555 blz 60 000

erhältlich zB - infoladen X [wien] . infoladen wels . infoladen grauzone [tbk]
. frauensoli [wien] . trost [wien] . rōd@[steyr] . AAI [wien] . depot [wien] . kapu [linz]

Freie Medien! Nutzt sie – ermöglicht sie!

Aufruf der Medienkonferenz* an und für Öffentlichkeit.

Die Freiheit des Medienmarktes ist die Freiheit zur einfältigen Vielfalt, zur Ausdifferenzierung des Konsum- und Abstimmungsverhaltens, auf das ein- und zu dem abgestimmt werden soll. Keine Zielgruppe, der sich gemeinsame Konsumneigungen anhängen lassen, soll ohne ihr eigenes Lifestyle-, Freizeit- oder Branchenorgan leben müssen. Keine noch so einfältige Äußerung eines *talking head* aus Politik, Wirtschaft oder Kultur soll ohne Vervielfältigung bleiben. Unspektakuläres gesellschaftliches Denken und Handeln, gar kritisches, das seinen Sinn und seine Aufgaben ab- und jenseits der Vermarktung sucht, muß indes schon jetzt weitenteils ohne Öffentlichkeit leben – das bedeutet: auf kurz oder lang verschwinden.

Der Medienmarkt produziert massenhaft Meinung – aber produziert er auch nur *einen* Gedanken? Der Medienmarkt kolportiert massenhaft Mitteilungen – aber stellt er uns auch nur *eine* Nachricht zur Verfügung? Die Medien treiben heute als gespenstische Wiedergänger dessen, was man einst als „vierte Gewalt im Staat“ zu bezeichnen beliebte, ihr zombiehaftes Unwesen, das sich in der immerfort in sich selbst zurücklaufenden, mehr oder weniger unterhaltsamen, symbolischen Ausdifferenzierung dessen, was ist, erschöpft, das jeden gesellschaftlichen Sinn negiert, jeden begrifflichen Realitätsbezug hinter sich läßt und jeden gedanklichen Zusammenhang vernichtet.

Es geht heute nicht mehr um die Sicherung, die Hege, Pflege und besorgte Beobachtung dessen, was in einigen Marktmedien gerade noch möglich ist, es geht um die Herstellung und Förderung all dessen, was in diesen nie möglich war und nie möglich sein wird, weil sie dafür nicht gemacht sind. Es geht darum, uns die Medien-Freiheit zu nehmen, die wir wollen und brauchen:

- **Freie Medien!** sind gegenüber dem Markt genauso ignorant, wie Marktmedien gegenüber der Öffentlichkeit. **Freie Medien!** wollen Öffentlichkeiten herstellen und sich in Öffentlichkeiten bewähren – unwillkürlich stellen sie dabei auch kleine Märkte her und weil sie geschickt sein müssen, wissen sie das werblich zu nützen. Marktmedien wollen Märkte herstellen und sich auf Märkten bewähren – dabei stellen sie auch noch ein *Image* von Öffentlichkeit her und wissen das werblich zu nützen.
- **Freie Medien!** fordern ihre LeserInnen, HörerInnen, UserInnen heraus, sie verlangen und bekommen ihre Aufmerksamkeit, ihre Teilnahme und ihren Widerspruch. Marktmedien reizen ihre KonsumentInnen, bis sie gekauft sind – dann haben sie ihre Funktion am LeserInnen- und Anzeigenmarkt erfüllt und werden, so sie von Pappe sind, dem Rohstoffmarkt zugeführt.
- **Freie Medien!** wollen nicht Zielgruppen anvisieren, sondern LeserInnen, HörerInnen, UserInnen zu Diskussionen anregen, die ihre eigenen sind, und ihnen die dafür nötige Information zur Verfügung stellen.
- **Freie Medien!** wollen nicht Meinung machen, sondern kritisches vor-, mit- und nachdenken ermöglichen und demgemäßes gesellschaftliches Handeln anregen.
- **Freie Medien!** müssen nicht hauptsächlich Politik repräsentieren oder beraten, sondern kritisieren. Wenn Politik aus der Kritik lernen und sie in positive Reformkonzepte integrieren kann, ist das zwar mit der größten Selbstverständlichkeit auch wieder zu kritisieren, im übrigen aber ein erwünschter Effekt.
- **Freie Medien!** sind derweil am erfolgreichsten, wenn sie sich auf die konstruktiven Aspekte kapitalistischen Fortschritts beziehen: Aufklärung, sozialer, demokratischer, menschenrechtlicher, kultureller, ökologischer Fortschritt.

Marktmedien sind allweil am erfolgreichsten, wenn sie konstruktive wie destruktive Aspekte kapitalistischen Fortschritts zur Unkenntlichkeit belangloser Mitteilungen und begriffsloser Meinungen zerhäckseln – und damit, ohne freilich eine Idee davon haben zu können, zu den destruktiven Aspekten gehören.

- **Freie Medien!** haben eine Aufgabe, Marktmedien haben eine Auflage.

Schwach sinniger Weise erhalten hierzulande seit jeher jene Medien, die eine Auflage haben, Beachtung und Förderung; jene, die eine Aufgabe haben, hingegen nicht. Man muß also auch über die Ignoranz derer reden, deren Bedarf an täglich allem durch einige Seiten rosa Papiers offenbar leichtlich zu decken ist, die ihre Meinungen durch etwas wöchentliche Profilierung für ausreichend *façonniert* halten und die sich unter Kritik kaum noch etwas anderes vorstellen können, als jemanden einen Dolm zu heißen. Sie erbauen sich an Meinungshäppchen (Typ: „Gut/Böse“, Begründung: dürftig bis fehlend), sie verlieren sich in Mitteilungssetzen (Typ: „In/Out“, Relevanz: vage bis nicht feststellbar) und wähnen sich dabei den anderen täglichen Alleslesern überlegen. Sie beklagen sich gelegentlich darüber, daß die „herrschenden Medien“ die „herrschende Meinung“ wiedergeben und wollen dort ihre eigene – nicht herrschende – Meinung gedruckt und gesendet sehen. Sie begreifen nicht, daß in diesen Medien nur gedruckt und gesendet werden kann, was der Herrschaft des Meinungshaften nicht zuwiderläuft. Innerhalb des Genres „Meinung“ wird die im übrigen gerade „herrschende“ in der Regel die auflagenmaximierende, also bevorzugte sein.

Wie weit und wie lange ist die Tendenz zu größtmöglicher Zerstreuung für die größtmögliche Zahl erträglich? Wie zerstreut müssen wie viele sein, bis sie an dieser Gesellschaft zerbröseln oder diese Gesellschaft an sich und ihnen zerbröseln? Oder werden sich welche wo und wie wieder sammeln? Sammelpunkte gibt es schon. Unsere **Freie Medien!** sind, wie sie gegenwärtig sind, auch unzulänglich – das wissen wir. Wir brauchen weniger Gruppenbindung und mehr Diskussion, wir brauchen die qualifizierte, inhaltliche „Vernetzung“ bestehender Teilöffentlichkeiten, wir brauchen die Entwicklung unserer eigenen Aktualität und unserer schnellen Informationskanäle, um nicht bei jedem Anlaßfall der aufgenötigten, spektakulären Aktualität ausgeliefert zu sein. Wir brauchen Verallgemeinerung.

ProduzentInnen: Kümmert Euch darum, womöglich intensiver, besser, geschickter als bisher schon!

LeserInnen, HörerInnen, UserInnen: Öffentlichkeiten, womöglich bessere und größere als bisher schon, können wir nur gemeinsam bilden und entwickeln. Über nennenswerte Werbebudgets verfügen wir nicht. Wir können nicht viel tun, um Euch zu suchen – wir müssen uns von Euch finden lassen. Findet uns! Mehret Euch! Abonniert, was Euch interessiert! Spendet, so ihr könnt! Weist anderen den Weg zu den **Freien Medien!**, die sie interessieren könnten!

Es gibt keine Gedanken- und Informationsfreiheit, es sei denn, sie zu ergreifen!

*) Die **Medienkonferenz** wird derzeit **gebildet** von:

- Verband Freier Radios Österreich (VFRÖ)
 - Vereinigung alternativer Zeitungen und Zeitschriften (VAZ)
 - konsortium.Netz.kultur
 - IG Kultur Österreich
- unter derzeitiger **Beteiligung** von:
- Kulturplattform Oberösterreich (KUPF)